

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnementspreis pro Nummer 1 Pf. Vierteljahr 3,50 Mk., monatlich 1,10 Mk., einschließlich 25 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

**Die Insertions-Gebühr**  
 Beträgt für die sechsgehaltene Kolonelle aber deren Raum 50 Pf. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Beraternungs-Kartagen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (stehgedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stellengebote und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.  
 Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Erscheint täglich außer Montags.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 24. Februar 1911.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

## Eine Befestigung des Panama-Kanals.

Aus New York wird uns geschrieben:  
 Nach der zwecklosen Verpöbelung vieler Millionen Dollar beim Bau des Panamakanals, sollen nunmehr wieder viele Millionen zur Befestigung des Kanals ins Wasser geworfen werden. Noch vor Jahresfrist wurden die dadurch entstehenden Kosten auf 19 Millionen Dollar angegeben; in der von dem Präsidenten Laft an den Kongress gerichteten Botschaft wurden sie auf nicht ganz 13 Millionen Dollar geschätzt. Wie bei den Vorschlägen zum Kanalbau die Kosten absichtlich um Hunderte von Millionen zu niedrig angelegt wurden, um das Schleifenkanalprojekt statt des Niveaufanals durchzusetzen, so sind auch jetzt die Kosten für die Befestigungen viel zu gering angegeben, um die Opposition zu überwinden. Von sachverständiger, nichtamtlicher Seite wird berichtet, die ersten Anlagelosten werden nicht weniger als 50 Millionen Dollar und die jährlichen Unterhaltungskosten 5 Millionen Dollar betragen. Dazu sind die Kosten für eine ständige Garnison zu rechnen. Trotz aller Befestigungen würde es zu Kriegszeiten unbedingt notwendig werden, die beiden Einfahrten des Kanals durch eine starke Kriegsflotte decken zu lassen. Damit werden die Befestigungen aber nutzlos. Zudem haben die Vereinigten Staaten durch den 20. Dezember 1900 zwischen Hay und Baunrefote vereinbarten amerikanisch-britischen Vertrag die Verpflichtung übernommen, den Kanal im Kriege wie im Frieden den britischen Schiffen offen zu halten. Damit ist eine moralische Verpflichtung eingegangen, auch den Fahrzeugen anderer Nationen jederzeit die Passage zu gestatten.

Uebrigens ist auch noch gar kein Ende der Forderungen für die Sicherung des Kanals abzusehen. Zwar wurde der Plan, die Galapagos-Inseln von Ecuador um 15 Millionen Dollar für 99 Jahre zu pachten und eine Flottenstation auf den Eilanden zu errichten, vereitelt. Der Präsident von Ecuador sah sich angesichts der Volksbewegung gezwungen, die Verhandlungen mit Washington endgültig abzubrechen. Wie aber, wenn die 400 Einwohner der Galapagos sich unter der Einwirkung des amerikanischen Dollars „wie ein Mann“ erheben und ihre Unabhängigkeit von Ecuador erklären? Auf den Weistand Onkel Sams könnten sie ebenso rechnen, wie seinerzeit die Republik Panama, welche sich im November 1903 von Kolumbia losriss, nachdem der kolumbianische Kongress den Vertrag verworfen hatte, in dem sich die Regierung von Kolumbia bereit erklärte, das für den Bau des Panamakanals notwendige Land auf 100 Jahre an die Vereinigten Staaten zu verpachten.

Jede, selbst die frivollste Einmischung in die Angelegenheiten der zentralamerikanischen und der im nördlichen Teil von Südamerika gelegenen Republiken wird hierzulande mit dem Sahe begründet, die Vereinigten Staaten müßten die Gewähr haben, daß der Betrieb des Panamakanals wenigstens von jener Seite keine Störung erfährt. Das ist natürlich eitel Sumbug. Eine wirtschaftlich und militärisch schwachen Staatengebilde können gar nicht daran denken, dem „großen Bruder aus dem Norden“ in den Weg zu treten.

Aber mögen auch noch so viele Gründe gegen die Befestigung des Panamakanals sprechen, durchgeführt wird sie dennoch; machen unsere Lieferanten dabei doch ein glänzendes Geschäft. Die Höhe der Kosten spricht bei den maßgebenden Kreisen nicht gegen, sondern vielmehr für die Errichtung der Befestigungen. Es wiederholt sich das alte Spiel. Man täuscht zunächst das Volk über den Kostenpunkt und sagt sich, wenn erst einmal der Anfang gemacht ist, werden die Arbeiten auch fortgeführt. Genau so ging es mit dem Panamakanal, dessen Fertigstellung nunmehr für das Jahr 1913 in Aussicht gestellt wird.

Durch das Spooner-Gesetz bewilligte der Kongress im Jahre 1902 10 Millionen Dollar als erste Bauroate mit dem Zusatz, daß die Gesamtbaukosten des Kanals die Summe von 135 Millionen Dollar nicht überschreiten dürfen. Sechs Jahre später mußte der Vorsitzende der Kanal-Kommission dem Kongress gegenüber zugeben, daß der Kanal 250 bis 300 Millionen Dollar kosten werde. Gegenwärtig werden die Gesamtkosten bereits auf 375 Millionen Dollar geschätzt. Sicherlich wird auch diese Riesensumme nicht reichen.

Von dem Augenblick an, da sie von der französischen Panamakanal-Gesellschaft die Konzession zum Bau des Kanals, den Kanal selbst in seinem damaligen Zustand und die Maschinen um 40 Millionen Dollar erwarben, wurden die Vereinigten Staaten überborteilt. Schließlich wurde das Treiben der amerikanischen Lieferanten sogar unserer Regierung zu toll. Erst kürzlich teilte der Oberst Soehals, Vorsitzender der Panamakanal-Kommission, dem Repräsentantenhaus mit, es müßten auch ausländische Firmen zur Konkurrenz zugelassen werden, damit die Kosten für Schleifen, Maschinen usw. sich nicht ins Ungemessene steigern. Den Bemühungen unserer Großindustrie wird es schon gelingen, den Zuschlag an die ausländische Konkurrenz zu hintertreiben. Nehmen ja doch Regierung und Kongress auf unser

Unternehmertum auf Kosten des steuerzahlenden Volkes ein unverantwortliches Uebermaß von Rücksicht.

Dafür werden die am Kanalbau beschäftigten Arbeiter um so ärger ausgebeutet. Die Handwerker, durchgehends Amerikaner, erhalten zwar den gleichen Lohn wie in den Vereinigten Staaten. Aber die Lebensbedingungen sind in der Kanalzone sehr viel schlechter als hierzulande. Viel schlimmer sind die Nichtamerikaner daran. Im abgelaufenen Monat warnte der Gouverneur von Yomaila die Bewohner dieser britischen Insel vor der Auswanderung nach Panama, dessen Erwerbsverhältnisse er als miserabel bezeichnete. Und das den bedürfnislosen Negern und Indianern gegenüber! In Panama müssen die Arbeiter vielfach in Zelten kampieren oder in Güterwaggons logieren. Typhus, Malaria und Lungenentzündung halten eine furchtbare Ernte. Manches geschah im Interesse der Sanierung; viel mehr aber wurde unterlassen. Das Bundesgesetz, welches die täglich achtstündige Arbeitszeit für alle von den Vereinigten Staaten in Regie ausgeführten Arbeiten vorschreibt, wird umgangen, nachdem sich ein gefälliger Richter fand, welcher die Achtstundenbestimmung als unanwendbar auf die für den Monat eingestellten Leute erklärte. Und doch müßte in dem feuchten, tropischen Klima von Panama die Arbeitszeit recht kurz sein.

Wegen des Mangels an Läden errichteten die Vereinigten Staaten „Kommissarien“, in denen Lebensmittel, Möbel, Kleidungsstücke, kurz Bedarfsartikel aller Art zu haben sind. Fast 18 Millionen Dollar Reingewinn wurden von diesen Kommissarien in den ersten drei Monaten des Jahres 1907 erzielt. Damals waren 43 000 Arbeiter am Kanalbau beschäftigt. Seitdem sollen die Leute preiswürdiger bedient werden. Die amtliche Versicherung findet aber eine skeptische Aufnahme. Wie früher, so wird auch jetzt noch geklagt, daß die Kommissarien verdorbene Waren und ungenügend Maß und Gewicht liefern.

Auf der einen Seite wucherische Ausbeutung, auf der anderen Vergeudung ungezählter Millionen. Ein echt amerikanisches Bild.

## Der Verkauf des Tempelhofer Feldes in der Budgetkommission des Reichstages.

Mit dem Verkauf der westlichen Hälfte des Tempelhofer Feldes an die Gemeinde Tempelhof beschäftigte sich am Donnerstag die Budgetkommission. Im Sitzungszimmer sind zahlreiche Beobachtungspläne ausgestellt. Zunächst wird über die Rechtsfrage debattiert, nämlich, ob das Kriegsministerium berechtigt war, ohne Zustimmung der gesetzgebenden Körperschaften das Feld zu verkaufen. Der Referent, Abg. Erzberger, bejahte diese Frage. Seit Gründung des Reiches seien zahlreiche ähnliche Verkäufe abgeschlossen worden, ohne daß die Berechtigung der Verwaltung dazu bestritten worden ist. Durch die Fabrikanten von Rechtsgutachten dürfe man sich nicht irremachen lassen. Rahgebend seien die §§ 5, 10 und 11 des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der zum dienstlichen Gebrauch einer Reichsverwaltung bestimmten Gegenstände vom 25. Mai 1873. Zum besseren Verständnis lassen wir den Wortlaut der drei angezogenen Paragraphen folgen:

§ 5. Das Reich ist zur Veräußerung eines nach § 1 in sein Eigentum übergegangenen Grundstücks nur dann befugt, wenn dasselbe für die Zwecke der Reichsverwaltung entbehrlich oder unbrauchbar wird und der Erlös aus seinem Verkauf dazu bestimmt ist, durch Erwerb eines anderen Grundstücks, oder die Herstellung einer anderen Baulichkeit im Gebiet desselben Bundesstaates einen Ersatz für das entbehrliche oder unbrauchbar gewordene Grundstück zu beschaffen.

Der § 10 lautet: Alle Einnahmen aus der Veräußerung von Grundstücken, Materialien, Inventaren und sonstigen Gegenständen, welche sich im Besitz der Reichsverwaltung befinden, müssen für jedes Jahr veranschlagt und auf den Reichshaushaltsetat gebracht werden. (Artikel 69 der Verfassung.) Eine Nachweisung von Ueberschreitungen solcher Einnahmemeiats und der außerordentlichen Einnahme aus der Veräußerung der erwähnten Gegenstände ist jedesmal spätestens in dem auf das Etatsjahr folgenden zweiten Jahr dem Bundesrat und dem Reichstag zur nachträglichen Genehmigung vorzulegen.

§ 11 lautet: Die Einnahmen aus der Veräußerung der im Besitz der Reichsverwaltung befindlichen Grundstücke dürfen nur unter Genehmigung des Bundesrats und des Reichstages verausgabt werden und sind, sofern diese Genehmigung nicht anderweitig erfolgt ist, im nächsten Reichshaushaltsetat in die zur Deckung der gemeinschaftlichen Ausgaben bestimmten Einnahmen einzustellen.

Der Abg. Erzberger betonte, der Kriegsminister habe gemäß der oben angeführten Bestimmungen gehandelt, er sei also beim Verkauf des Feldes in seinem Recht gewesen. Außerdem konnte der Minister sich auf einen einstimmigen Beschluß der Budgetkommission berufen, der ihn zu der durchgeführten Maßnahme berechtigte. Es könnte höchstens die Frage aufgeworfen werden, ob die Kommission mit ihrem Beschluß nicht ihre Befugnisse überschritten habe. Aber das müsse verneint werden, denn in der Kommission seien alle Parteien vertreten und einstimmige Kommissionsbeschlüsse habe das Plenum noch stets sanktioniert. Professor Laband habe in einem Gutachten den Absatz 2 des § 10 einfach unterschlagen. — Kriegsminister v. Seevingen erklärte: An der Veräußerung von Grundstücken des Reiches sind die gesetzgebenden Körperschaften nicht beteiligt, das sei allein Sache der Verwaltung. Er habe ein bindendes Geschäft abgeschlossen und trage die staatsrechtliche Verantwortung dafür, daß der Reichstag nachträglich die Ge-

nehmigung vollzieht und über die Verwendung der in Einnahme eingestrichelten Verkaufssumme beschließt.

Abg. Dove bestritt, daß die Rechtslage so klar und glatt liege, wie Erzberger es darstellte. Zivilrechtlich sei der abgeschlossene Verkauf wohl nicht anfechtbar, aber der Vorgang müsse zu einer grundsätzlichen Regelung führen. Ein Terraingeschäft von 72 Millionen abzuschließen, ohne die gesetzgebenden Körperschaften zu fragen, sei doch nicht Aufgabe des Kriegsministers. — Staatssekretär Wermuth äußerte sich im Sinne des Kriegsministers und verwies dabei auf Verhandlungen in der Rechnungs-Kommission des Reichstages vom 27. Februar 1900. Im übrigen sei die Rechtslage auch so, daß z. B. nur Geldgeschäfte der Genehmigung der gesetzgebenden Körperschaften unterliegen, nicht aber Kaufgeschäfte, also im letzteren Falle die Verwaltung auch freie Hand habe. Das Reich habe schon viele und sehr wertvolle Grundstücke veräußert, ohne daß der Reichstag jemals die Rechtslage bestritten habe. — Abg. Weber trat ebenfalls dafür ein, daß der Kriegsminister zum Verkauf allein berechtigt gewesen sei. Er habe gemäß der konstanten Haltung des Reichstages und der vorliegenden Rechtslage gehandelt. Es bestehe allerdings im gegenwärtigen Zustand eine Lücke hinsichtlich des Bewilligungsrechtes des Reichstages, weshalb er und seine Freunde die nachstehende Resolution zur Annahme empfehlen:

Der Reichstag wolle beschließen: Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstag baldigt einen Gesetzentwurf über die Einnahmen und Ausgaben des Reiches und über den Rechnungshof vorzulegen.

Der Abg. v. Richter bezeichnete gleichfalls den Verkauf als zu Recht bestehend. — Genosse Ledebour: Die Sozialdemokraten werden der Resolution Weber zustimmen, ohne sich allerdings die Weber'sche Begründung zu eigen zu machen. Das Verhalten der Regierung beim Verkauf des Tempelhofer Feldes sei nicht einwandfrei; der Kriegsminister könne nicht nach eigenem Ermessen solche Geschäfte abschließen. Die Schwäche der Position der Regierung komme auch schon dadurch zum Ausdruck, daß sie sich fortgesetzt nur auf Kommissionsbeschlüsse berufe. Demgegenüber sei zu betonen, daß Kommissionsbeschlüsse für das Plenum gar keine bindende Gewalt haben, ebensowenig wie die Stellungnahme einzelner Kommissionsmitglieder für die Fraktionen bindend sein könne. Wenn der vorstehende Abg. Singer mehrfach als Kronzeuge für das Vorgehen des Kriegsministers aufgerufen werde, so wolle er doch bemerken, daß keine dokumentarischen Beweise dafür vorliegen, daß Singer dem Verkauf unter solchen Verhältnissen zugestimmt habe. Der § 10 des einschlägigen Gesetzes könne auch vernünftigerweise nur den Sinn haben, daß die Verwaltung nur dann zu einem solchen Verkauf ein Recht habe, wenn ein zwingender Grund vorliegt, wovon aber beim Verkauf des Tempelhofer Feldes nicht die Rede sein kann. Der Kriegsminister müßte deshalb mit dem Abschluß warten, bis die gesetzgebenden Körperschaften befragt worden sind. Es widerstreite auch dem gesunden Menschenverstand, dem Kriegsminister oder einer anderen Verwaltung solche Vollmachten zu erteilen, denn, theoretisch gedacht, könnte sonst ein Minister einmal alle möglichen Grundstücke, Kasernen oder Schiffe nach Gutdünken verkaufen und zu jedem ihm genehmen Preise. Die staatsrechtliche Verantwortung, die der Kriegsminister zu übernehmen bereit sei, bedeute in Deutschland gar nichts. Der Minister habe nicht einmal eine solche Verantwortlichkeit, sondern nur der Reichskanzler. Solange aber ein Ministerverantwortlichkeitsgesetz nicht existiere, bedeute auch das nicht sehr viel. Was würde und könnte geschehen, wenn z. B. der Reichstag jetzt die Genehmigung verweigere? Dem Kriegsminister würde es deshalb nicht einfallen, auch nur seinen Abschied zu nehmen, solange der Kaiser mit ihm zu Frieden sei. Es bleibe bestehen: der Kriegsminister habe seine Befugnisse überschritten, und die Aufhebung der Rationalisierungs- und des Zentrums und der Konservativen sei falsch; das Budgetrecht des Reichstages werde mit einer solchen Auffassung auch über den Haufen geworfen.

Abg. Fischer (Berlin): Im vorigen Jahre noch habe das Kriegsministerium eine ganz andere Auffassung darüber gehabt, ob der Verkauf des Tempelhofer Feldes das Parlament etwas angehe oder nicht. Als damals Erzberger in der Budgetkommission wegen einer Vorlage über das Tempelhofer Feld angefragt habe, habe Oberst Jastrow namens des Kriegsministers erklärt, daß der Reichstag nicht vor ein fait accompli gestellt werden solle. Es sei auch nicht beabsichtigt, erklärte der Oberst damals, Verkäufe oder Verträge ohne Genehmigung des Reichstages vorzunehmen. Jetzt nehme plötzlich der Kriegsminister eine andere Stellung ein. Auch Erzberger habe, als es sich um die Verträge wegen der Diamanten-gewinnung in Südwestafrika handelte, eine andere Stellung eingenommen und verlangt, daß die Verträge erst der Beschlussfassung des Reichstages unterliegen sollen. Es sei auch total falsch, gegen den Professor Laband den Vorwurf der Unterschlagung zu erheben. Laband habe in einem seiner Gutachten den zweiten Absatz des § 10 sehr wohl erwähnt und beachtet. Wörtlich habe er geschrieben:

Eine Befestigung ist übrigens aus dem § 10 selbst zu entnehmen. Er unterscheidet, ob die Einnahme aus dem Verkauf im Reichshaushaltsetat veranschlagt ist oder nicht. In einem solchen Falle bedarf es neben der Veranschlagung nicht einer besonderen Genehmigung; ist dagegen die Einnahme im Etats-gesetz nicht veranschlagt, so ist sie dem Bundesrat und dem Reichstag zur nachträglichen Genehmigung nicht bloß zur Kenntnisnahme vorzulegen. In beiden Fällen ist also die Genehmigung (Bewilligung) des Reichstages erforderlich; im ersten Falle ist sie in der Veranschlagung mitzuenthalten und in der not-

Wendigen Voraussetzung; im anderen Falle ist sie nachträglich besonders und ausdrücklich zu erteilen.

Der Kriegsminister habe schon dafür gesorgt, daß die Sache nicht in den ordentlichen Etat hineingekommen sei. Und nach Erzberger habe der Minister das Recht, eine solche Sache zu verschleppen, um den Reichstag vor die vollendete Tatsache zu stellen. Danach hätte der Reichstag auch dann nichts mehr zu sagen, wenn theoretisch jedwede der Kriegsminister das Feld für eine Million verschleudert hätte an irgendeine Spekulantengruppe. Ein solcher Zustand sei unhaltbar, wie der Verkauf des Tempelhofer Feldes auch sonst erwiesen habe.

Kriegsminister v. Heeringen will aus den Darlegungen und Erklärungen des Obersten Jastraw im vorigen Jahre nicht den Eindruck gewonnen haben, daß damals eine andere Stellung eingenommen worden sei. Durch die Zustimmung der Budgetkommission habe der Kriegsminister völlig freie Hand gehabt und sei danach verfahren. — Abg. Ledebour erklärte demgegenüber, der Beschluß der Budgetkommission habe den Minister nur ermächtigt, Verhandlungen einzuleiten, nicht aber einen Verkauf abzuschließen. Es sei der Kommission gar nicht eingefallen, das Verwilligungsrecht des Reichstags aus der Hand zu geben. — Nach einer längeren Erwiderung Erzbergers wurde zur Abstimmung über die nationalliberale Resolution geschritten, die einstimmige Annahme fand. — Der Konservative v. Richthofen hatte noch eine nur handschriftlich formulierte Resolution gestellt und selbst verlesen, deren Wortlaut aber den meisten Kommissionsmitgliedern entgangen und unbekannt geblieben war. In dieser Resolution sollte auch die öffentlich-rechtliche Bindung des abgeschlossenen Vertrages ausgesprochen werden. Von sozialdemokratischer und freisinniger Seite wurde lebhafter Einspruch gegen diese Resolution erhoben und auf ihre Unzulässigkeit hingewiesen. In die Enge getrieben, erklärte v. Richthofen, daß ihm der Wortlaut ganz gleichgültig sei. — Ledebour erklärte, daß das denn doch ein tolles Verfahren eines Abgeordneten sei, eine Resolution einzubringen und dann zu sagen, der Wortlaut sei ihm gleichgültig. — v. Richthofen zog hierauf seine Resolution zurück, die einem Lieberumstellungsversuch verteuert ähnlich sah. Weiter wurde darüber eine Abstimmung herbeigeführt, ob der Kriegsminister mit dem Verkauf des Tempelhofer Feldes recht gehandelt habe. Gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, der Freisinnigen und der Polen wurde das beschloffen; der Nationalliberale Gbrde enthielt sich der Abstimmung.

Hierauf wurde in die Erörterung der R ü h l i c h e i t s- und Zweckmäßigkeitsfrage eingetreten, wozu die folgenden beiden Resolutionen vorlagen:

Dr. Wiemer, Eichhoff, Dove, Wagner (Lobau), Die Kommission wolle beschließen: der Reichstag wolle beschließen, den Herrn Reichskanzler zu ersuchen:

- 1. mit Rücksicht auf die beim Verkauf des Tempelhofer Feldes zu wachsenden öffentlichen Interessen in neue Verhandlungen mit den Beteiligten einzutreten und etwaige Verbesserungen auf Herbeiführung einer Verständigung zu unterstehen;
  - 2. falls auch der Verkauf eines Teils des Stück der Tempelhofer Chaussee gelogenen Feldes in Erwägung gezogen wird, Entscheidung nicht ohne vorherige Verhandlung mit den in Betracht kommenden Gemeinden zu treffen.
- Erzberger, Fürst zu Löwenstein, Raden, Dr. Fischer, Speck. Die Kommission wolle beschließen: der Reichstag wolle beschließen: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, im Interesse einer großzügigen, von modernen Gesichtspunkten getragenen bebauung des Tempelhofer Feldes in Erwägungen einzutreten, ob und wie eine beiderseitige bebauung der Tempelhofer Chaussee zu ermöglichen wäre.

Der Abg. Erzberger erklärte, daß die Frage, ob es richtig war, daß das Feld an die Gemeinde Tempelhof und nicht an Berlin verkauft worden sei, den Reichstag gar nichts angehe. Zwar habe auch der Reichstag ein Interesse daran, daß so gebaut werde, wie es den hygienischen Interessen entspricht, aber das könne auch jetzt geschehen. So habe der Plan von Ranssen sehr viel für sich; eben so auch der Plan von Gerlach, beim letzteren Plan würden nur 45 Proz. des Geländes bebaut, während sonst allgemein nur 33 und höchstens 36 Proz. des Bauareals frei blieben. Im übrigen gehe es den Reichstag nichts an, welche Pläne die Behörde genehmigen und durchführen wolle.

Der Kriegsminister verteidigte sich gegen den Vorwurf, der in der Öffentlichkeit erhoben worden sei, er habe die Interessen Berlins vernachlässigt. Der Bauplan habe für ihn keinen anderen Zweck gehabt, als den einer Unterlage für die Werbaabschätzung. Wie gebaut werde, sei ihm gleichgültig, die Hauptsache sei, daß er das Geld bekomme. Im übrigen sei für die bebauung die Baupolizeiordnung von 1908 maßgebend. Zu hygienischen Zwecken dürften die Reichsgelder nicht verschwendet werden, er habe deshalb die Interessen des Reiches in erster Linie und schließlich zu vertreten. Für lokale Zwecke habe das Reich nicht aufzukommen. Würde dieser Gesichtspunkt ausgehen, so würde das dem Reich in kurzer Zeit Hunderte von Millionen kosten. Die Eingemeindungsfuge gehe die Militärverwaltung gar nichts an. Außerdem: Tempelhof wolle davon nichts wissen, der Kreis auch nicht, ebenso die Provinz und der Landtag. Was solle er da tun? Gegen Berlin sei die Militärverwaltung nicht animos gesinnt. Der Kriegsminister gab nochmals eine Darstellung der Verhandlungen mit Berlin, die darauf hinausläufe, nachzuweisen, daß Berlin die Sache verschleppt habe, alles Drängen unfruchtbar blieb, bis dann endlich der Militärverwaltung die Geduld gerissen sei. Wenn mit Berlin 14 Monate lang verhandelt und es drei Monate gedrängt wurde nach einem Abschluß, könne niemand behaupten, Berlin sei ungünstig behandelt worden.

Die Weiterberatung wurde hierauf auf Freitag verlegt.

### Aus dem klerikalen Finanzsumpf.

Brüssel, 21. Februar. (Fig. Ver.) Die belgische Kammer hat feinerzeit beschloffen, daß die Parlamentsmitglieder keinerlei Stellung in der Administration oder den Ausschüssen der Kolonialgesellschaften, an denen der Staat interessiert ist, annehmen dürfen. Herr Vegerem, Mitglied der klerikalen Rechten, hat, wie die meisten der katholischen Minister außer Dienst, Verwaltungsposten in einer Reihe — man sagt ihm ungefähr 10 solcher Pöfchen nach — finanzieller Gesellschaften. Einer seiner einträglichsten Posten ist der im Permanenzkomitee der Kasal-Gesellschaft im Kongo. Er trägt ihm ungefähr 40 000 Fr. jährlich ein — je nach den Benefizien der Gesellschaft.

Der demokratische Deputierte Lorand brachte vorige Woche diesen Inkompatibilitätsfall vor die Kammer. Die Kolonialgesellschaft — eigentlich ein Kaufschultrust — befindet sich augenblicklich in einem Prozeßverhältnis zum Staate, dessen Interessen der Deputierte, der ein Vertrauensamt seitens der Regierung in dem Komitee der Gesellschaft inne hatte, zu vertreten gehabt hätte. Herr Vegerem hat das Kapital der Gesellschaft vermehren lassen, damit der Staat, der früher Herr im Permanenzkomitee war, nicht mehr in der Majorität ist. Herr Vegerem stellte sich freilich als unschuldiges Lamm hin. Nicht das Permanenzkomitee,

dem er angehört, — der Verwaltsrat sei der wirkliche Herr der Gesellschaft — Lorand behauptete allerdings das Gegenteil — und es sei auch nicht das Permanenzkomitee, sondern der Verwaltungsrat im Prozeß mit dem Staate. Also sei er nicht im Konflikt mit dem Staate und er werde fortfahren, die Wähler, die ihn mit dem Vertrauen beehren, zu vertreten, und weiter die — 35 000 oder 40 000 Frank einzusparen, trotz Inkompatibilitäts-gesetz und allen Grundsätzen politischer Moral. Als Verteidiger fand der Mann eigentlich nur Herrn Woesie, dessen Fanatismus ihn trotz persönlicher Integrität nicht hindert, sich für die Finanzgeschäfte seiner Freunde einzusetzen. Die Rechte, obgleich sie selbst die Inkompatibilitätsbestimmung in das Amerikongesetz aufgenommen und obwohl ihr nicht minder wie der Opposition klar ist, daß der klerikale Deputierte als Vertreter des Staates und mit Rücksicht auf das ihm von der Regierung schmerzlich überwiesene Vertrauensamt im Permanenzkomitee die Interessen des Staates verletzt hat, setzten den Parteigeist über alle politische Moral und stimmte für Ueber-gang zur Tagesordnung. Die Prophezeiung, daß die klerikale Partei im Finanzkampf enden wird, erfüllt sich mit rapider Sicherheit.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 23. Februar 1911.

### Das Cinquennat.

Aus dem Reichstag, 23. Februar. Die neue Militärvorlage, durch die die Friedensstärke des Heeres auf weitere fünf Jahre festgelegt werden soll, kam heute im Reichstag zur zweiten Lesung. Als erster Redner der Zentrumsparthei vertrat auch bei dieser Gelegenheit der Abgeordnete Speck durchaus den Regierungsstandpunkt. Er glaubte sogar die Zustimmung aller Parteien, auch die der Sozialdemokratie zu der Vorlage erklären zu können. Wie sich schon aus der Debatte ergab, war das ein Irrtum, nicht einmal die ganze Zentrumsparthei tritt für den Entwurf ein. Für die Sozialdemokratie erklärte sofort Genosse Stücken, daß der Abg. Speck auch nicht den Schatten einer Berechtigung zu seiner Behauptung habe, denn unsere Partei lehne grundsätzlich die Vorlage ab. Stücken verwies dann darauf, daß die abermalige Verstärkung des Heeres, wie sie mit dieser Vorlage verknüpft ist, in der Weltlage durchaus keine Rechtfertigung finde. Alle Angelegenheiten sprächen vielmehr dafür, daß jetzt die Zeit gekommen sei, einen energischen Vorstoß in der Richtung auf die allgemeine Abrüstung zu unternehmen. Leider ließen sich aber die bürgerlichen Parteien durch die Kriegshetze beeinflussen. Wie diese an Kriegslieferungen interessierten Heber arbeiten, dafür erbrachte Stücken einen interessanten Beweis durch Verlesung eines nach Paris gerichteten Briefes der „Deutschen Waffen- und Munitionsfabrik“. Der Präsident Spahn nahm merkwürdigerweise aus der Charakterisierung des Verfahrens dieser Fabrik durch Stücken den Anlaß, dem Redner nachträglich eine Rüge zu erteilen.

In der weiteren Debatte sprachen sich die Herren Baffermann (natl.) und Wiemer (Sp.) für die Vorlage aus. Der General v. Liebert, den die Reichspartei vorgeschickt hatte, hielt es für angebracht, seine Rede mit einigen Angriffen auf die Sozialdemokratie zu spiden. Der Kriegsminister, General v. Heeringen, brachte zur sachlichen Rechtfertigung der Vorlage nur höchst dürftiges Material vor. Die Militärfrömmigkeit der bürgerlichen Parteien ermöglichte ihm diese Sparsamkeit an Gründen.

Dann hielt der Zentrumsabgeordnete Heim eine höchst merkwürdige Rede, die sich wie eine verschleierte Polemik gegen seinen Fraktionskollegen Speck anordnete. Heim schloß auch mit der Versicherung, daß er selbst gegen die Vorlage stimmen werde. Genosse Roske sprach die Vermutung aus, daß das Zentrum, trotzdem es in seiner überwiegenden Mehrheit für die Vorlage stimmen werde, doch die heimische Rede als Mittel zum Beweis seiner Volksfreundlichkeit bei den Wahlen verwenden würde. Roske hielt dann eine gründliche Abrechnung mit dem Reichsverbandsgeneral v. Liebert, wobei er sich wegen der Kennzeichnung von dessen wahrheitswidrigen Angriffen auf die Sozialdemokratie einen Ordnungsruf holte. Aus den Gbrresblättern sowie aus Reden des Generals Heuser wies Roske nach, daß das Zentrum sich in beständigen Widersprüchen bewege bei seinem Verhalten zu Militärforderungen.

Mit einigen persönlichen Bemerkungen ging die Debatte zu Ende. Da die Sozialdemokraten namentliche Abstimmung über den § 1 der Vorlage beantragt hatten und da namentliche Abstimmungen einer Uebereinkunft zwischen den Parteien zufolge erst am folgenden Tage nach ihrer Einbringung vorgenommen zu werden pflegen, wurde die Abstimmung über den § 1 auf Wunsch des Präsidenten ausgesetzt und zunächst nur die Abstimmung über die anderen Paragraphen des Gesetzes vorgenommen, die mit großer Mehrheit zur Annahme gelangten. Morgen wird zunächst die angesetzte namentliche Abstimmung über § 1 vorgenommen; dann kommt der Militäretat selbst zur Verhandlung.

### Furcht vor der Sozialdemokratie.

Die Eisenbahnarbeiter und Beamten vor der „Inflationierung mit dem Gifte des Sozialismus“ zu bewahren, scheint das Hauptbestreben der preussischen Regierung und der sogenannten Volksvertretung zu sein. Deutlich klang es aus den am Donnerstag bei der Fortsetzung der Beratung des Etats im Abgeordnetenhaus gehaltenen Reden hindurch, daß einzig und allein die Furcht vor der Sozialdemokratie es ist, der die Angestellten die geringen Lohnaufbesserungen verdanken, die ihnen im Laufe der Jahre zufließ geworden sind. Das Streikrecht will man ihnen nicht geben. Sogar der fortschrittliche Volksparteiler Funck will davon nichts wissen, ganz zu schweigen von dem Zentrumsarbeiter Giesberts, der der einen Streik der Eisenbahner für etwas ganz Unmögliches hält und die Verwaltung so herzlich lobt, daß der Minister von Breitenbach ihm garath in die Arme sinkt. Zwischen den Reden der Renommierarbeiter, die das Zentrum ins Dreiklassenparlament schickt, und denen der Schlot- oder Krautjunfer ist ein Unterschied überhaupt kaum noch zu entdecken — höchstens, daß die Giesberts und Konsorten noch wäfler gegen die Sozialdemokratie hegen als ihre Modbrüder. Und auch darin gleichen sich die Ritter und die Heiligen, daß sie den Sozialdemokraten, nachdem sie weidlich über sie geschimpft haben, das Wort abschneiden. Unserem Genossen Reiner nahmen sie infolge des üblichen Schlußantrages die Möglichkeit zur Erwiderung. Aber es wird der Gesellschaft nichts geschenkt werden, sie werden bei passender Gelegenheit die gebührende Antwort bekommen.

Im weiteren Verlauf der Sitzung hielt Abg. v. Pappenhelm (L.) eine donnernde Philippika gegen das undankbare Vessen, dem durch die Betriebsgemeinschaft mit Preußen 2 Millionen mehr zugestossen sind, das aber immer noch nicht zufrieden ist. Man verlangt, daß dessen in Zukunft jede Kritik an Preußen unterläßt und sich mit den

„preussischen Eigenarten“ abfindet. Tut es das nicht, dann wird ihm der Maulkorb höher gehängt. So wollen es die Junker und so will es auch Herr v. Breitenbach. Das Wort vom Zuckerbrot und Peitsche soll in die Tat umgesetzt werden, nicht nur gegen Arbeiter, sondern auch gegen widerspenstige Bundesstaaten.

Freitag: Fortsetzung der Staatsberatung.

### Mirbachs Rückzug.

Der von uns in der letzten Mittwochsznummer mitgeteilte Antrag des Grafen Mirbach-Sorquitten, der die preussische Regierung zu einer tendenziösen Darstellung der durch die letzte Reichsfinanzreform geschaffenen Steuerbelastung auffordert, wird, wie verlautet, das preussische Herrenhaus nicht beschäftigen, da die konservative Fraktion des Herrenhauses — angeblich in voller Uebereinstimmung mit dem Antragsteller — beschloffen hat, vorläufig den Antrag zurückzustellen. Ein einfaches Begründnis! Ueber die Gründe, aus denen Graf Mirbach und seine 107 Parteifreunde auf ein Erörterung dieses Antrages verzichteten, schreibt die „Kreuz-Zeitung“:

„Die konservative Fraktion des Herrenhauses hat in voller Uebereinstimmung mit dem Antragsteller Grafen v. Mirbach-Sorquitten beschloffen, die Beratung des Antrages desselben betreffend die Aufklärung über die Reichsfinanzreform vorläufig zurückzustellen, weil die gelegentlich offiziös inspierte „Neue Korrespondenz“ soeben Aufklärungen gebracht hat, welche dem Antrage zum Teil entsprechen, und weil weitere Ergänzungen erwartet werden dürfen.“

Diese Gründe sind natürlich nur vorgeschoben, um den Rückgang zu verdecken. Die klügeren Parteigenossen des Grafen Mirbach werden wohl eingesehen haben, daß eine einfache Darlegung der Steuerverhältnisse die erhoffte Wirkung nicht haben kann, und daß eine gar zu grobe tendenziöse Entstellung die Regierung blamieren und ihre ohnehin geringe Autorität noch mehr schwächen würde. Zudem würde eine Erörterung der Frage durch die Regierung im Sinne des Genbrerand-Kongresses die nationalliberale Partei in noch weit schärferem Gegensatz zu den Konservativen bringen.

### Wahlvorbereitungen des Zentrums in Bayern.

Es will diesmal in Bayern nicht so glatt gehen bei den Wahlvorbereitungen des Zentrums, wie man das in dieser Partei früher gewohnt war. Während früher die Wähler gehorsam die Kandidaten akzeptierten, die ihnen von der Parteileitung oder von der Geistlichkeit empfohlen waren, haben die „Wahgebenden“ heute fast ausschließlich mit, wenn nicht gerade offenem, so doch verstecktem Widerstand zu kämpfen. Deffentlich wagt sich die Unzufriedenheit zwar nur selten hervor, und in den offiziellen Vertrauensmännerversammlungen angelehnt der anwesenden hohen und hochwürdigen Herren klappt es immer noch einigermaßen, so daß dann triumphierend verkündet werden kann: Herr X. ist „einstimmig“ als Kandidat für die Reichstagswahl aufgestellt. Daß es mit dieser Einstimmigkeit im Grunde nicht weit her ist, wissen die Führer selbst am besten, und ihre Angst, daß ihnen die Fügel aus den Händen gleiten könnten, ist nicht gering.

Ein charakteristisches Beispiel für die im Zentrum herrschende Uneinigkeit bietet der unterfränkische Reichstagswahlkreis Neu-Isard a. S. Hier hat eine Anzahl von Zentrumswählern aus der Rhön sogar den Mut gefunden, in einem Schreiben an den Landesausführer der Partei gegen die Annahme einer Wiederwahl des bisherigen Abgeordneten General Häusler laut und deutlich Protest erhoben. General Häusler hat, wie seine Fraktionsgenossen, für alle Verteuerungen der notwendigen Genutz- und Verbrauchsartikel gestimmt, und das hat doch so manchen unserer Wähler aus dem kleinen und mittleren Bauernstand und aus den Kreisen der Arbeiter stutzig gemacht. Aus Speichers, einem kleinen Dorf bei Brückenau, wurde als besserer Kandidat der von dort stammende jetzige Geheimregierungsrat und Abteilungsvorstand beim Patentamt in Berlin, Häfner, vorgeschlagen. Darob bei der Parteileitung natürlich tiefste Entrüstung. Hochmässig schreibt der „Bayer. Kurier“:

„Diese Quertreibereien — Häusler wurde an Kaisers Geburtstag einstimmig aufgestellt! — gehen von Verwandten des Geheimrats aus, und zwar von dessen Schwager. Der Abg. Häusler hat dem Zentrum wertvolle Dienste geleistet, während von dem vorgeschlagenen Kandidaten Häfner nicht bekannt ist, ob er überhaupt Zentrumsmann ist. An seinem Wohnort Berlin hat er sich als solcher bisher nicht betätigt. Dieses ein Beispiel zeigt, daß man in allen Kreisen gut tut, bald die Kandidatenfrage zu erledigen, weil sonst noch mehr Quertreibereien zu befürchten sind. Heute ist General Häusler aufgestellt und bleibt der Kandidat des Zentrums.“

Entscheidend für die Aufstellung eines Kandidaten ist also nicht, daß die Wähler den Aufgestellten wollen, sondern daß er der Zentrumsparthei „wertvolle Dienste“ zu leisten vermag — und daß er der Geistlichkeit gefällig ist.

### Die mecklenburgische Verfassungskomödie.

Noch vor sechs Wochen verkündete die Regierung Mecklenburg-Schwerins, daß sie Verfassungsvorschläge, die den Boden der Regierungsvorlage verließen, „unter keinen Umständen“ zustimmen könne. Diese Versicherung hat nicht verhindert, daß zwischen der mecklenburgische Justizminister Staatsrat Dr. Langfeld einen neuen Verfassungsentwurf ausgearbeitet hat, der freilich vorläufig nicht als offizielle Regierungsvorlage gilt, sondern als „Privatarbeit“ des Justizministers bezeichnet wird. Wie dem „Berl. Tagebl.“ von einem Mitarbeiter gemeldet wird, sollen nach dem neuen Entwurf die alten Stände des Landtags erhalten bleiben. Die Landschaft soll in corpore, die Ritterschaft in 70 ausgewählten Experten im Landtage vertreten sein. Hinzukommen einige öffentlich und indirekt von und aus den Gemeindegeldbesitzern gewählte Vertreter des Domaniums und einige Vertreter anderer Berufsstände, die ebenfalls öffentlich und indirekt gewählt werden sollen. Außerdem soll das Wahlrecht derart verknäuelert sein, daß nur ganz wenige es ausüben können.

Zu dieser Mitteilung bemerkt der Mitarbeiter des „B. T.“, die Regierung habe sich anscheinend doch geniert, diesen Entwurf selbst hinausgehen zu lassen. Deswegen sei er ausdrücklich als „Privatarbeit“ des Ministers Langfeld bezeichnet. Damit solle nur der Rückzug der Regierung verborgen werden, denn es sei doch wohl undenkbar, daß ein Minister auf eigene Faust einen Reformvorschlag mache, der im ausgesprochenen Gegensatz zu einer Vorlage stehe, die er selbst mit ausgearbeitet und von der das ganze Ministerium nicht abgehen zu können erklärt habe. Daher sei auch erklärlich, daß die Regierung verlangte, der Vorschlag solle streng geheim bleiben.

Das Resultat der jahrelangen mecklenburgischen Verfassungskampagne ist also, die Regierungen der beiden Großherzogtümer weichen vor den Ansprüchen der „Ritter“ völlig zurück und geben sämtliche „heiligen“ Grundzüge preis.

### Aus dem Bundesrat.

Der Bundesrat hat in seiner heutigen Sitzung die Vorlage betreffend Prägung von drei Millionen Mark in fünfsernigjährigen

Sowie den Entwurf einer zweiten Ergänzung des Besoldungsgesetzes den zuständigen Ausschüssen überweisen. Die Vorlage betreffend den am 13. November 1909 in Bern unterzeichneten Niederlassungsvertrag zwischen dem Deutschen Reich und der Schweiz wurde angenommen.

### Selbst das Scherblatt wird rebellisch!

In einer Besprechung der letzten Reichstagsdebatten über die Noabiter Vorkommnisse kommt selbst das Scherische Postblatt zu folgenden kritischen Bemerkungen:

Allein eins bleibt, das muß einmal offen ausgesprochen werden, weiten Kreisen verständlich. Es sind doch zweifellos ungeschickte Dinge vorgekommen, es haben zweifellos Unschuldige mit den Schuldigen leiden müssen, und einer von ihnen ist sogar getötet worden. Die ersten Fehler der Ordnung haben aber in den Debatten an denen sie sich beteiligten, auch für die folgenden besten Begriffe nicht ein Wort des Bedauerns gefunden. Das ist um so weniger verständlich, da man überzeugt sein darf, daß ihnen innerlich das Mitleid durchaus nicht fremd ist.

Das Blatt irtt freilich darin, wenn es glaubt, durch ein paar Worte des Bedauerns hätte die Regierung über die folgenschwersten Mißgriffe hinwegkommen können. So leicht ist die empörte öffentliche Meinung, ist das durch solche Polzei mißgriffe in der schlimmsten Weise bedrohte Volk denn doch nicht zu beschwichtigen! Nicht durch ein paar Worte des Bedauerns hätten die Ausschreitungen der Polizei ihre Sühne gefunden, sondern einzig und allein durch die schärfste Zurechenhaftigkeit der nach dem Gerichtsurteil tätigen Beamten. Solange diese Sühne nicht gegeben wird, wird die Erörterung der Noabiter Polizeigesetze nicht zur Ruhe kommen!

### München-Glabbacher Dressurverfolge.

Der Zentrums-Arbeitersekretär Gronowski, einer der Höglinge der bekannten jesuitischen Dressuranstalt in München-Glabbach, hat am 14. d. Mts. im preussischen Abgeordnetenhaus allerlei alte Verleumdungen gegen die Sozialdemokratie ausgekratzt und diese durch einige erlogene Anschuldigungen eigener Erfindung ergänzt. Alle diese jesuitischen Verleumdungen und Fälschungen nachzuprüfen, lohnt sich nicht der Mühe; eine seiner Fälschungen möchten wir jedoch immerhin sehnägeln, da sie gewissermaßen typisch dafür ist, wie Herr Gronowski „arbeitet“.

Er sagte in seiner Rede:  
Das sozialdemokratische Frauenorgan, die „Gleichheit“, gibt in der Nr. 8 1910 den sozialdemokratischen Frauen folgenden Rat zur Zubereitung von Fleischabfällen:

„Ihr Nährwert ist keineswegs geringer als der des teuren Muskelfleischs. Durch geschickte Zubereitung lassen sich aus Köpfen, Beinen, Lungen, Herzen, Nieren usw. sehr wohl schmeckende und kräftige Gerichte herstellen. Hier sei nur in Kürze auf weniger bekannte Zubereitungsmethoden hingewiesen.“

Das soziale Dertzen, das schreibt ein sozialdemokratisches Frauenblatt. Ja wollte die Zentrums- oder die bürgerliche Presse bedauern, die den Frauen anraten würde, Abfallfleisch zuzubereiten, dann würde von Remel bis München ihre Presse über Verrat und Niedertracht der Arbeiterfamilien räfionieren.“

Herr Gronowski hat hier unverschämmt geschwänzelt, wenn er behauptet, die „Gleichheit“ hätte die Zubereitung von „Abfallfleisch“ empfohlen. Die betreffenden Artikel befinden sich in der „Gleichheit“, Jahrgang 1910, Nr. 7 und 8. Sie tragen den Titel: „Kampf gegen die Interner nähung im Haushalt“ und geben der Hausfrau Ratsschläge, wie sie Fleisch, Gemüse usw. behandeln soll, um nicht deren Nährwert durch Auswässern, Auslängen usw. unnützlich herabzusetzen. Dann wird gesagt, daß die Hausfrau auch das verhältnismäßig billige Fleisch der sogenannten Schlachtabgänge für den täglichen Tisch heranziehen könne, darauf folgt der von Gronowski zitierte Passus.

Herr Gronowski hat also die Lausache auf den Kopf gestellt, wenn er behauptet, die „Gleichheit“ hätte die Zubereitung von „Abfallfleisch“ empfohlen. Die betreffenden Artikel befinden sich in der „Gleichheit“, Jahrgang 1910, Nr. 7 und 8. Sie tragen den Titel: „Kampf gegen die Interner nähung im Haushalt“ und geben der Hausfrau Ratsschläge, wie sie Fleisch, Gemüse usw. behandeln soll, um nicht deren Nährwert durch Auswässern, Auslängen usw. unnützlich herabzusetzen. Dann wird gesagt, daß die Hausfrau auch das verhältnismäßig billige Fleisch der sogenannten Schlachtabgänge für den täglichen Tisch heranziehen könne, darauf folgt der von Gronowski zitierte Passus.

Über woher kommt es denn, daß für Millionen von Proletarierfamilien auch solche Gerichte, wie die „Gleichheit“ sie beschrieb, noch festtagessen sind, und daß ein derber Schweine- oder Kalbsbraten fast nie auf den Tisch des Arbeiters kommt? Das ist das Werk der Föllner und Wucherer, in dessen Chorus die München-Glabbacher Größten a la Gronowski die erste Geige spielen.

### Ein Fortschrittler als Reichsverbandskandidat.

In Lübeck stellen die Nationalliberalen, die Fortschrittliche Volkspartei und der Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie gemeinsam den Postsekretär Julius Klein, der sich zur Fortschrittlichen Volkspartei rechnet, als bürgerlichen Kandidaten vor. Besonders die Vertreter des Reichsverbandes verpacken dem „liberalen“ Postsekretär ihre Pisse im Wahlkampf. Die Liberalen und der Reichsverband Arm in Arm! Wirklich ein edles Weidderpaar!

### Ein Zeugniszwangsverfahren

Wegen den Redakteur der „Straßburger Rundschau“, Herrn Göb, eingeleitet worden. Die „Straßburger Rundschau“, die zur Umgehung der Kautionsvorschriften im Preussenausnahmegeretz für Wahl-Vorbringen (20 000 M.) für ein täglich erscheinendes Blatt in Straßburg, auf der badischen Rheinseite, gedruckt wird, beschäftigt sich mit Vorliebe mit Mißständen in der elsässisch-lothringischen Schulverwaltung, wobei dem Redakteur Göb seine Beziehungen als früherer Lehrer zustatten kommen. Neulich war das Blatt nun in der Lage, aus den abhanden gekommenen Gerichtsakten gegen einen elsässischen Lehrer Veröffentlichungen vorzunehmen, und nun soll Redakteur Göb in einem hieraus entstandenen Disziplinarverfahren gegen einen Straßburger Rechtsanwalt, der angeklagt ist, diese Gerichtsakten in Besitz gehabt zu haben, als Zeuge darüber vernommen werden, was die Akten später auf der Redaktion bei ihm abgeholt hat. Göb verweigerte unter Verufung auf das Redaktionsgeheimnis und ferner auf § 54 der Strafprozessordnung die Namensnennung, worauf er im Zeugniszwangsverfahren zu einer Geldstrafe von 40 Mark und zu den Kosten verurteilt wurde, und gleichzeitig gegen ihn zur Erzwingung des Zeugnisses die Haft angeordnet worden ist, die der Zeuge Göb im Straßburger Bezirksamtsgefängnis am 27. Februar 1911 antreten soll. Göb hat sofort Beschwerde beim Oberlandesgericht Colmar eingelegt, er will ferner, wie er in seinem Blatte mitteilt, auch an den Reichsanwalt und die weiteren obersten Justizinstanzen sowie an den Reichstag und den Landesaußenhof scharf bewertete Eingaben abgeben lassen. Das ist zwar ein wenig viel auf einmal, und es ist mit diesem Petergeschrei nicht wohl zu verfahren, daß gerade diese „Straßburger Rundschau“ bisweilen, wie z. B. im Falle „Lorraine Sportive“ in Metz, gegen andere Leute an die starke Hand“ der Regierung von Elsch-Vorbringen appelliert. Aber gesagt muß doch werden, daß dieser neue Fall wiederum be-

stätigt, wie wenig ernst die wiederholten Kundgebungen regierender Stellen in Preußen-Deutschland gegen die Anwendung des Zeugniszwangsverfahrens bei Redakteuren zu nehmen sind.

### Ein drakonisches Urteil.

Der Maurer und Kanonier d. R. Schiller war im Herbst v. J. zu einer dreitägigen Uebung bei einem auf dem Uebungsplatz in Barmen gebildeten Reserve-Artillerieregiment eingezogen. Seine aktive Dienstzeit hatte er schon von 1905—1907 abgeleistet. In der Korporalschaft Schillers war auch der Unteroffizier d. R. Kammergüter, der eine gewisse Antipathie gegen Sch. hatte. Es kam zwischen beiden mehrfach zu Reibereien, in deren Verlaufe sich der Reservemann zu Insubordinationen und Verleumdungen gegen den Reserveunteroffizier hinreißte. Das Verhältnis des letzteren gegen Schiller ergibt sich deutlich daraus, daß er eines Tages äußerte, der (Schiller) muß mal verprügelt werden. Am 15. Oktober hatten die Mannschaften nachmittags frei und der größte Teil begab sich in die Kantine, wo in froher Stimmung gegesetzt wurde. Schiller hatte ein großes Quantum Bier und Schnaps zu sich genommen und war infolgedessen stark betrunken. Gegen 9 Uhr abends erschien der Reserveunteroffizier, der auch nicht ganz nüchtern war, und befahl Schiller, sich in die Baracke zu scheren. Es kam zu einem Wortwechsel und schließlich wurde der Reservemann vom Unteroffizier gestoßen, wodurch Schiller in eine sehr gereizte Stimmung geriet. Beide begaben sich dann nach der Baracke; hier kam es abermals zu Auseinandersetzungen. Bei dieser Gelegenheit soll nun Schiller den Unteroffizier in „schändlicher Abficht“ einen Stoß versetzt haben. Obgleich der Unteroffizier diesen Vorfall provoziert hatte, befahl er die Nüchtheit, den Reservemann zu melden. Es wurde ein tätlicher Angriff konstatiert und Schiller erhielt hierauf sowie wegen einiger Insubordinationen vom Kriegsgericht in Köln — ein Jahr sechs Monate Gefängnis! Dabei hat das Gericht noch angenommen, daß der Angeklagte durch das Verhalten des Unteroffiziers gereizt und zur Tat hingeworfen worden sei. Es wurde ihm deshalb der § 28 des Militärstrafgesetzbuchs, wonach in solchen Fällen die Strafe bis auf die Hälfte ermäßigt werden kann, zugestimmt.

Der Angeklagte legte gegen das Urteil Verufung ein; er könne sich infolge seiner damaligen Trunkenheit nicht auf den Vorfall genau bestimmen, jedenfalls habe ihm aber ein Vergreifen an dem Vorgesetzten ferngelegen. Das Oberkriegsgericht in Dresden traf aber dieselben Feststellungen wie die Vorinstanz, hielt auch die „Strafe für angemessen“ und verwarf die Verufung. Die lange Untersuchungsfrist kam auch nicht zur Anrechnung.

### Aus einer kleinen Republik.

Wir gaben am Mittwoch einer Meldung der „Vossischen Zeitung“ Raum, nach welcher der Senat Lübeds es zu einem Konflikt mit der dortigen Bürgererschaft wegen der Erhöhung der Gehälter der Lehrerschaft kommen lassen will. An der gahngen Nachricht ist nur soviel zutreffend, daß der Senat den wiederholten Abänderungsbeschlüssen der Bürgererschaft zum Beamtenbesoldungstatut nicht beigetreten ist. Daß es zu einem Konflikt zwischen den beiden gesetzgebenden Faktoren Lübeds kommen würde, können nur Leute glauben, welche die Zusammenfassung der Lübeder „Bürgerchaft“ nicht kennen. Die auf Grund eines schätzbaren Klassenwahlrechts gewählte Bürgerchaftsmehrheit hat dem Senat gegenüber noch nie Festigkeit gezeigt und hat es auch in diesem Falle nicht getan. Bereits am Montag, den 13. Februar, fielen die Herren Weidmannsdorfer, der Senat, dem Antrag des Senates, nach welchem die Volksschullehrer ihr Endgehalt erst in 27 Jahren erreichen sollen, zur Annahme. Von unseren Genossen in der Bürgerchaft wurde das schmachliche Verhalten der Mehrheit scharf geurteilt. Davon, daß am kommenden Montag die Bürgerchaft sich noch einmal mit der Besoldungsvorlage beschäftigen wird und daß eine Enquete-Kommission das Periculum schlichtet, kann keine Rede sein. Der ganze Lübeder Beamtenbesoldungstatut ist bereits vor einigen Tagen amtlich als Gesetz verkündet worden.

### Zur Pestgefahr.

Auf Grund des § 25 des Gesetzes betreffend die Bekämpfung gemeingefährlicher Krankheiten vom 30. Juni 1900 und der Bekanntmachung betreffend die Ein- und Durchfuhrbeschränkung zur Abwehr von Cholera- und Pestgefahr vom 4. Juli 1900 hat der Reichsanwalt nachstehende Verfügungen erlassen:

1. Die Ein- und Durchfuhr von Leibwäsche, alten und getragenen Kleidungsstücken oder von Teilen solcher Kleidungsstücke, z. B. sogenannter Chinawatte, von gebrauchtem Bettzeug, Gubern und Lumpen jeder Art aus China ist verboten.
2. Auf Leibwäsche, Bettzeug und Kleidungsstücke, welche Reisende zu ihrem Gebrauch mit sich führen, oder welche als Umzugut eingeführt werden, findet das Verbot unter Nr. 1 keine Anwendung. Jedoch kann die Befreiung ihrer Einfuhr von einer vorherigen Desinfektion abhängig gemacht werden.
3. Dem Reichsanwalt bleibt vorbehalten, Ausnahmen von dem Verbot unter Anordnung der erforderlichen Vorkehrungsmaßnahmen zuzulassen.

Druckfehlerberichtigung. In Spalte 2 unseres vorgestrigen Beitarikels stand: Es genügt festzustellen, daß das Reich im Jahre 1878 eine Einnahme von 503 246,6 Millionen Mark hatte... während diese Einnahme im Jahre 1910 eine Höhe von 2 853 781,1 Millionen erreichten. Es mußte natürlich heißen: 503 246,6 Millionen Mark und 2 853 781,1 Millionen. Durch den Interpunktionsfehler waren die Beträge vertauscht worden.

### Frankreich.

#### Die Marinedebatte.

Paris, 23. Februar. Deputiertenkammer. Bei der Beratung über den Gesetzentwurf betreffend den Bau von zwei Panzerschiffen sagte Sembat (Soz.), England habe seit langer Zeit erklärt, daß es bereit sei, an einer internationalen Vereinbarung für die Beschränkung der Rüstungen teilzunehmen. Er forderte die Regierung auf, eine solche Vereinbarung zu veranlassen. Der Redner griff sodann den Ruf der Metallindustriellen an, der ein Interesse an der Fortsetzung der Rüstungen habe, und brachte schließlich im Namen der sozialistischen Partei einen Antrag gegen die Vorlage ein. Der Abg. Coude (Rein. Soz.) sagte, es gehe, daß die Modelle der Panzerschiffe „Jean Bart“ und „Courbet“, die für zukünftige Bauten hätten verwendet werden können, verloren gegangen seien. Diese Modelle seien eine Million wert (Bewegung). Der Marineminister Coude de Laperrère verwarf, den Tatbestand festzustellen und der Kammer sofort mitzuteilen. Coude tadelte sodann in scharfer Weise die gegen die Arsenalarbeiter unternommene Kampagne. Die Industrie verliere es, Opfer zu bringen, um sich gewisse Beamte geneigt zu machen. So habe man gesehen, daß die Lieferungspreise von den Marinetechnikern gefälscht worden seien. (Rärm.) Der Marineminister protestiert gegen diese Anschuldigung.

#### Pflichtiger Tod des Kriegsministers.

Paris, 23. Februar. Wie die „Agence Havas“ meldet, ist der Kriegsminister General Brun plötzlich gestorben.

### England.

#### Annahme der Vetobill.

London, 22. Februar. Im Unterhause wurde die erste Lesung der Parlamentsbill mit 351 gegen 227

Stimmen angenommen. Von den Vätern der Ministerkassen ertönten langanhaltende Cheers, besonders Asquith war der Gegenstand begeisterter Kundgebungen. Beim Schluß der Debatte erklärte der Minister des Innern, er wisse die Behauptung, daß ein Kompromiß möglich sei, zurück. Wenn die Regierung die Einladung der Opposition zu einer Konferenz über die Reformfrage annehmen und so die Erledigung der Betsfrage bis zum nächsten Jahre verschieben wollte, so fände sie im Unterhause nicht 50 Stimmen zu ihrer Unterstützung. Die Regierung werde keinen Schritt ungetan lassen, der nötig sei, um die Parlamentsbill schnell zum Gesetz zu erheben.

### Eine Anklage gegen die Polizei.

London, 22. Februar. Das Komitee für Frauenstimrecht ersuchte den Minister des Innern Churchill, eine Untersuchung über das Verhalten einzuleiten, das die Polizei gegen Anhängerinnen des Frauenstimmrechts an den Tag gelegt habe, als diese am 18., 22. und 23. November des vergangenen Jahres Kundgebungen veranstalteten. Das Komitee behauptet, daß die Polizei den Befehl, keine Verhaftungen vorzunehmen, als Erlaubnis angesehen habe, zu tun, was ihr beliebt. Eine Menge Zeugen, auch Zuschauer, könnten bezeugen, daß Frauen mit Häften geschlagen wurden und anderen Mißhandlungen ausgesetzt waren, und daß sie ferner unbillig behärzt worden seien.

### Rußland.

#### Judenhetze.

Aus dem Gouvernemente Tschernigoff kommen Nachrichten über massenweise Ausweisungen von Juden. Aus dem Kreise Surasch dieses Gouvernements werden allein 210 Familien von der Ausweisung betroffen. Diese völlig geschlossenen Ausweisungen vollziehen sich zudem unter sehr grausamen Verhältnissen. Um die jüdischen Familien zur schleunigen Abreise zu zwingen, werden bei 30 Grad Kälte die Türen und die Fenster ihrer Wohnungen von der Polizei geöffnet, so daß die Ausgewiesenen schwer zu leiden haben. Der Gouverneur von Tschernigoff befahl, alle geflüchteten Weiber der Juden gegen die Ausweisungen ohne Prüfung abzuweisen.

### Der ehrlose Führer der Cästraffen.

Riskinew, 23. Februar. Die Deputierten auf der Gouvernementsadelsversammlung haben das Verhalten Kurischewitsch, der den Adelsmarschall und Abgeordneten Krupenski bei dessen Wiederwahl ehrloser Handlungen beschuldigt hatte, für offenbar ehrlos erklärt und beschlossen, bei der Adelsversammlung die Ausschließung Kurischewitschs aus dem besarabischen Adel zu beantragen.

### Amerika.

#### Von den Wählern abgesetzt.

New York, 9. Februar. (Fig. Ver.) Die Absetzung des Mayors (Oberbürgermeisters) Hiram C. Gill von Seattle, Washington, ist unseren berufsmäßigen Politikern gar arg in die Glieder gefahren. Welchen Wert hat es, die schönsten Wahlversprechungen zu machen, wenn man sie halten muß? Was hilft dem Stehlenjäger der Stimmensfang, wenn er, ins Amt gelangt, ehelich sein muß oder abgesetzt wird?

Mit einer Mehrheit von 8500 Stimmen wurde Gill im März letzten Jahres zum Mayor gewählt; am 1. April trat er sein Amt an. Seinen Wahltag verbandte er in erster Linie seinem vielversprechenden Programm, das er mit einschmeichelnder Verebtheit entwickelte. Ramentlich, so versprach er, sollte die Ehrlichkeit ihren Eingang in die Stadtverwaltung Seattles halten.

Statt dessen brachte Gill die Erpressung in ein raffiniertes System. Nur abte er sie nicht direkt. Durch den von ihm ernannten Polizeidirektor Wapenstein ließ er ein Konsortium gründen, das die Vermittlung zwischen dem Rathaus und den gesetzlich verbotenen Bordellen übernahm, die Händler in Menschenfleisch weiblich schröpfte und einen gewissen Prozentsatz des ergaunerten Geldes an Gill abließerte. Dafür blieben die Wähler der Freudenhäuser von der Polizei unbehelligt. Das ist nur einer von vielen für die Ehrlichkeit der Verwaltung Gills charakteristischen Zügen.

Letzten November gewährte der Staat Washington den Angehörigen weiblichen Geschlechts das Stimmrecht. Zugleich sah er die Abberufung der bei öffentlichen Wahlen erforenen Beamten vor. Vorgestern fand dieses neue Recht nun zum ersten Male in Seattle Anwendung. Mit einer Mehrheit von über 4000 Stimmen wurde Gill von George W. Dilling geschlagen und muß damit sofort aus dem Amte scheiden. Fast 60 000 Wahlberechtigte, darunter 22 000 Frauen, nahmen an der Abstimmung teil. In ihrer weitläufig überwiegenen Mehrheit stimmten die weiblichen Wähler gegen Gill und damit gegen die überhäufte Korruption.

Als überraschend bezichnen die durchweg bürgerlichen Nachrichtenagenturen das Wachstum der sozialistischen Stimmen. Fünfaufend Stimmblätter auf den Namen unseres Kandidaten, während im November letzten Jahres wenig über 2000 Stimmen gezählt wurden.

### Aus der Partei.

Wegen angeleglicher Verleumdung des Offizierskorps der deutschen Armee hatte sich Genosse Dittmann von der „Bergischen Arbeiterstimme“ in Solingen vor der Oberfelder Strafkammer zu verantworten. Die Verleumdung sollte begangen sein durch eine Theaterproduktion, die am 24. Oktober 1910 unter Ohligs über eine Aufführung des Militärdramas „Wehr ab“ verhängt worden war. Der Angeklagte wies darauf hin, daß es sich um eine rein literarische Kritik handelte, deren Rahmen nirgends verlassen wurde. Der Staatsanwalt beantragte 300 M. Geldstrafe. Das Gericht ließ die Frage offen, ob der Strafanzug richtig gestellt und ob in dem Artikel wirklich eine Verleumdung enthalten war. Der Angeklagte habe überzeugend nachgewiesen, daß er vor der Veröffentlichung keine Kenntnis von dem Artikel gehabt habe. Er schied daher nach § 20 des Preßgesetzes als Täter aus. Aber auch nach § 21 des Preßgesetzes könne er nicht bestraft werden, da er vor Verkündung des Urteils erster Instanz den Täter (im Einverständnis mit demselben) genannt habe. Das Urteil lautete auf Freisprechung.

#### Wieder vorbeigelungen.

Vor kurzem wurde Genosse Behold, der Verantwortliche der „Erfurter Tribune“ von der Anklage freigesprochen, durch den Abdruck eines Gerichtsberichts die Allenheimer Offiziere beleidigt zu haben. Am Donnerstag stand Genosse Dahl von der „Tribüne“ wegen des gleichen Delikts vor der Erfurter Strafkammer. Er soll durch den auszugewiesenen Abdruck der beanstandeten Stellen aus dem Artikel „Das andere Allenstein“, der ihm 300 M. Geldstrafe eingetragen hatte, die „Beleidigungen“ wiederholt haben. Der Herr Staatsanwalt beantragte 6 Wochen Gefängnis; das Gericht erkannte auf kostenlose Freisprechung. Auch die Kosten der Verteidigung fallen der Staatskasse zur Last. Dem Genossen Dahl wurde der Schutz des § 193 zugestimmt. — Das Landgericht hatte das Verfahren ursprünglich abgelehnt, worauf die Staatsanwaltschaft Verufung beim Oberlandesgericht eingelegt hatte, das dann der Staatsanwaltschaft die Gelegenheit verschaffte, eine höhnische Aktion vorbeigelungen zu sehen.



Reichstag.

138. Sitzung. Donnerstag, den 23. Februar 1911, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratssitz: v. Hertingen.

Zweite Beratung der neuen Militärvorlage,

welche die Friedenspräsenzstärke des deutschen Heeres um etwa 11 000 Mann erhöht.

Abg. Speck (Z.): Es stimmen wohl alle Parteien in der Ueberzeugung von der Notwendigkeit der Vorlage überein, in der Kommission hat selbst ein Sozialdemokrat ausgeführt, daß im Falle eines Angriffskrieges gegen uns das Vaterland verteidigt werden müsse. Von dieser Anerkennung bis zur Gewährung der notwendigen Bewaffnung, die ja die logische Folge dieses Standpunktes sein müßte, ist nur ein kleiner Schritt. — Die Frage, ob es nicht besser ist, die Friedenspräsenzstärke alljährlich festzusetzen, hat früher die Gemüter stark erregt; jetzt ist man allseitig überzeugt, daß man der Verwaltung einen gewissen Spielraum lassen müsse, zumal das Budgetrecht des Reichstags durch die jährliche Festsetzung des Etats getrübt ist. — Auch die Frage wurde aufgeworfen, ob das Beforderte ausreiche. Wir meinen, daß wir der Verwaltung nicht mehr aufdrängen sollen, als sie selbst fordert. Die Mehrbelastung durch die Vorlage beträgt nach der persönlichen Seite 10 875 Mann, besonders stark erscheint Bayern belastet im Gegenlag zu Preußen; aber es ist zu beachten, daß Preußen mehr zu den Lasten der Marine beiträgt.

Angeichts der starken Belastung durch die Militäringen empfiehlt es sich doch, dem Gedanken der gegenseitigen Verständigung der Nationen über das Maß der Rüstungen näher zu treten und jedenfalls nicht aus dem Auge zu verlieren.

Die neue Vorlage erfordert auch finanzielle Opfer und meine Freunde sind entschlossen, keine Ausgaben ohne zureichende Deckung zu bewilligen. Die Veteranenfürsorge, für die 5 Millionen Mark reserviert werden sollen, darf unter keinen Umständen leiden. Die Balancierung des Etats wird in den nächsten Jahren sehr schwierig sein und bei der schwankenden Natur der Reichseinnahmen ist eine absolute Sicherheit, daß die nötigen Mittel vorhanden sein werden, natürlich nicht zu geben, aber eine relative Sicherheit besteht doch. Jedenfalls werden meine Freunde, vielleicht mit wenigen Ausnahmen (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten) der Vorlage zustimmen. (Bravo! im Zentrum.)

Abg. Stöckel (Soz.):

Wir sehen im gesamten Militarismus eine kulturfeindliche Einrichtung

und lehnen deshalb die Vorlage ab. Der Vorredner meinte zu Anfang, niemand könne sich der Notwendigkeit der Vorlage verschließen und sogte zum Schluß, seine Freunde stimmen der Vorlage „vielleicht mit wenigen Ausnahmen“ zu. Es gibt also Sünden auch in den Reihen des Zentrums. Meine Freunde haben schon in der Budgetkommission gegen die Vorlage Stellung genommen. Daß wir, wenn Deutschland zum Beispiel von Rußland überfallen würde, nicht mit den Händen in den Taschen zusehen würden, wie die gesamte Kulturarbeit Deutschlands vernichtet würde, ist ja selbstverständlich und haben wir immer betont. Aber wir verlangen eine

Vollwehr an Stelle des fehlenden Heeres.

Auch wir Sozialdemokraten lieben das Land, in dem wir geboren und erzogen sind, und arbeiten darauf hin, daß es hier besser werde. Wir sind bessere Vaterlandsfreunde als diejenigen, die die Massen mit neuen Steuern belegen und deren

Vaterlandsliebe einen metallischen Beigeschmack

hat. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Daß wir aber für eine Militärvorlage eintreten, die den Massenstaat und den Militarismus stützen soll, werden Sie nie erleben. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Im Sommer schien es, als ob auch das Zentrum der Vorlage Widerstand leisten werde; so erklärte Herr Erzberger, eine neue Militärvorlage wäre eine Torheit, sie würde wie Sprengpulver auf die bürgerlichen Parteien wirken. (Abg. Erzberger (Z.): Eine neue Steuervorlage!) und Herr v. Hertling wandte sich in der bayerischen Reichsratskammer dagegen, daß dem Reichstag neue große Vorlagen, die dem Volke Lasten aufbürden, namentlich Militär- und Marinevorlagen vorgelegt werden. Aber in der Kommission machte man nicht einmal die berühmten Abstriche, die nachher im Plenum wieder zugelegt oder durch Ueberschreitungen ausgeglichen werden, und die Resolution des Zentrums, welche die Festsetzung der Friedenspräsenz vom Reichstage forderte, wurde in dem Augenblicke zurückgezogen, als wir beantragten, alljährlich hinzuzulegen. (Abg. Erzberger (Z.): Das ist wieder nicht wahr!) Das ist allerdings wahr! (Zustimmung

Kleines feuilleton.

Die bisherigen Leistungen des Pestserums. Nachdem im Jahre 1894 der französische Arzt Herstin den bereits von Pasteur vorausgesagten Erreger der Pest als einen Bazillus entdeckt hatte und nachdem dann bald mit der Serumbehandlung bei anderen Krankheiten bedeutende Erfolge erzielt worden waren, wurden gleiche Versuche auch mit dem Keim der Pest angestellt. Freilich hatten sie erhebliche Schwierigkeiten zu überwinden, denn für die künstliche Injektion ist der Pestbazillus ein zartes Ding, das leicht zugrunde geht oder wenigstens seine Giftigkeit verliert. Nur gegen Mäuse ist er in hohem Grade unempfindlich, während er schon bei 70 Grad Celsius in 15 Minuten stirbt. Seine existierende Kraft scheint auch unter der Austrocknung zu leiden, die ihn aber nicht abtötet, doch sind über diesen Punkt die Forschungen noch nicht abgeschlossen. Gegen chemische Stoffe besitzt er nur eine geringe Widerstandskraft, besonders gegen Sublimat, das ihn schon in einer Lösung von einem Teil auf tausend Teile Wasser sofort vernichtet. Gegen schwarze Seife wehrt er sich dagegen etwas mehr als eine Stunde. Ferner halten die Bazillen auch einer Sonnenbestrahlung höchstens eine Stunde lang stand. Mit Impfvaccinen, durch die eine Ansteckungsgefahr bei gesundem Leuten vermindert oder ganz beseitigt werden sollte, begann Herstin schon 1895, zunächst allerdings nur an Tieren, wozu er Kaninchen benutzte. Dann ging er zu Pferden und schließlich zu Menschen über. In Indien hat eine weitgehende Prüfung mit dem von Herstin hergestellten Pestserum stattgefunden. Eine Uebersicht über die Erfolge bis zum Jahre 1901 zeigt einen bedeutenden Erfolg der Serumbehandlung, der aber doch recht ungleich ausgefallen ist. Während die Sterblichkeit der Pest sonst im Durchschnitt auf 70 v. H. geschätzt wird, schwankte sie für die geimpften Kranken zwischen 7 und 55 v. H. Daraus ergab sich bereits der Schluß, daß ein zuverlässiges Mittel in der Impfung nicht erblickt werden kann. In den chinesischen Hafenanton und Amoy brachte Herstin von 26 geimpften Pestkranken alle bis auf 2 zur Heilung, in Bombay von 50 Kranken 33; bei einer Pestepidemie in der Südee dagegen starben auch von den geimpften Personen mehr als die Hälfte. Auch jetzt in der Mandchurien sind selbstverständlich nicht nur das von Herstin hergestellte Serum, sondern auch alle anderen Arten von Serum, die bisher gewonnen worden sind, versucht worden. In der Mandchurien haben alle diese Mittel in möglichstster Weise versagt. Die Pest ist eben eine Krankheit von ganz besonderer Art, die wahrscheinlich in eine ganze Reihe verschiedener Krankheiten zerfällt, abgesehen davon, daß dieselben Bazillus erzeugt werden. Zwischen einer Epidemie, wie die von Porto im Jahre 1899, wo die Sterblichkeit

bei den Sozialdemokraten.) Im Sommer war eine große Geheimnisthüherei mit der Militärvorlage, man nannte ganz sabelhafte Summen. So ist es bei Militärvorlagen immer; wenn sie dann schließlich herauskommt und nur 150 Millionen statt der 250 verlangt, die in der Presse genannt waren, atmet der Spielbürger auf. Der Kriegsminister hat freilich behauptet, er habe von Anfang an nicht mehr verlangt, aber sicherlich wird die neue Militärvorlage weitere im Gefolge haben. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Auch ist sie außerordentlich teuer, sie ist seit Bestehen des Reiches die zweitgrößte. Man glaubt das Volk täuschen zu können, als ob jährlich nur acht Millionen Mark verlangt werden, in Wirklichkeit aber werden 141 Millionen Mark verlangt (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.), so daß die Vorlage mit den üblichen Ueberschreitungen

150 Millionen Mark

kosten wird. Mit der Kriegsgesfahr konnte man diesmal nicht operieren. Aber man hat uns vertrauliche Mitteilungen gemacht. Man schrieb auf das Material „ganz geheim“ und händigte es nur gegen Unterschrift aus. Aber diese „großen Geheimnisse“ konnte man aus einer Zahl von Handbüchern ohne weiteres feststellen. Auch aus den vertraulichen Mitteilungen ging hervor, daß der Friede keineswegs gefährdet ist, und trotzdem diese neuen Forderungen! Gerade jetzt war zweifellos der geeignete Zeitpunkt, die

Frage der Abrüstung

ernstlich zu erwägen, denn alle Staaten leiden ganz ungeheuerlich unter den Ausgaben für die Rüstungen. In Deutschland sind die Ausgaben pro Kopf der Bevölkerung von 14,90 M. im Jahre 1908 auf 19,12 M. im Jahre 1909 gestiegen, und durch diese Vorlage steigen sie auf annähernd 23 M. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Man verweist darauf, daß sie in England bereits im Jahre 1908 mehr als 27 M. betragen. Man übersieht aber dabei, daß England aus der Erbschaftsteuer Hunderte von Millionen zieht, während man bei uns die Ausdehnung der Erbschaftsteuer abgelehnt und lieber

die Massen durch indirekte Steuern

belastet hat. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) In allen Kulturstaaten ist heute eine Bewegung gegen den Militarismus vorhanden, die auch in die bürgerlichen Kreise hineingeht. Von Rußland haben wir gewiß nichts zu fürchten, wieviel von seinem Heer bei der korrupten Verwaltung nur auf dem Papier steht und in weissen Taschen dort die großen Ausgaben fließen, weiß niemand. Es wird ja bekanntlich nirgends soviel gestohlen als bei unserem Erbfeind. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Revolution ist dort keineswegs ausgelöscht und daher hat Rußland im Innern genug zu tun. Frankreich ist das friedensbedürftigste Land und das französische Volk wünscht den Frieden, die paar Redaktionskreier nimmt niemand ernst mit Ausnahme unserer Heeresverwaltung. Zaurus hat den Mut gehabt, darauf hinzuweisen, daß man die Folgen von 1871 also etwas Gegebenes hinnehmen muß. Das Geschrei der Chauvinisten haben und drüben muß man doch noch der Frage bewerten, wem nützt es; wir wissen ja, was alles unter dem Deckmantel der Vaterlandsliebe geschieht. Nur ein Beispiel will ich geben. Die Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken telegrophieren 1907 an ihren Vertreter in Paris, er möchte doch dafür sorgen, daß in ein Pariser Blatt die Notiz käme, die französische Heeresverwaltung hat sich entschlossen, die neue Bewaffnung der Armee mit Maschinen-gewehren zu beschleunigen und die doppelte Anzahl zu bestellen. (Hört! hört! bei den Sozialdem.) Ich weiß nicht, ob dieser Artikel erschienen ist, aber das weiß ich, daß die Heeresverwaltung von dieser Firma für 40 Millionen Mark Maschinengewehre gekauft hat. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Es ist eine

Gewissenlosigkeit und Niederträchtigkeit ohnegleichen,

wenn gewisse Kreise in solcher Weise Stimmung machen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Mit einer Firma, die sich derartiger schmutziger Mittel bedient, sollte das Reich ohne weiteres brechen. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Ganz ungeheuer sind die Ausgaben für das Heer und die Marine gestiegen. Seit 1879 sind über 23 Milliarden für das Landheer und 5 Milliarden für die Marine, im ganzen also über 28 Milliarden für die Rüstung ausgegeben. Im gleichen Zeitraum hat das Reich 5 Milliarden Schulden gemacht. Die Einnahmen des Reiches, die im wesentlichen aus Zöllen und Stempelabgaben bestehen, betragen in derselben Zeit nur 2 1/2 Milliarden, die gesamten Schulden sind fast allein für die Forderungen von Heer und Marine gemacht. Da muß man immer wieder fragen,

wo bleiben die Kulturaufgaben?

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Vorhin wurde von der Fürsorge für die Veteranen gesprochen. Ganze fünf Millionen

eine so geringe war, daß man schon von einem entschiedenen Erfolg der Serumbehandlung sprach, und der jetzigen mandchurischen Epidemie, wo jeder Erkrankte einem sicheren Tode verfällt, besteht eben ein weitgehender Unterschied. Wenn das Pestserum überhaupt wirksam ist, so bewährt es seine Eigenschaften also nur bei den milderen Formen der Pest.

Wie groß ist unsere Wässerigkeit? Ein neugeborenes Menschenkind ist eine sehr wässrige Ware, denn nur zum dritten Teile besteht sein Körper aus festen Stoffen, zwei Drittel davon sind Wasser. Im den Erwachsenen steht es in diesem Punkte besser, aber doch ist wirklich wenigstens zur Hälfte konsistent wäre, darf er doch nicht mit gutem Gewissen behaupten, denn der Wassergehalt seines Körpers beträgt gewöhnlich mehr als 50 Prozent, nämlich ungefähr 55 Prozent. Dies ist natürlich nur die Durchschnittszahl für den Gesamtkörper. Seine verschiedenen Organe und Bestandteile weisen einen sehr verschieden großen Wassergehalt auf. Die Knochen sind am wasserärmsten und für sie gilt die Prozentzahl 12,2. Weit mehr, nämlich 22,9 Prozent Wasser enthält das Fettgewebe; fast 70 Proz. Wasser finden wir in der Leber, 72 Proz. in der Haut, 75 Proz. im Gehirn, ungefähr ebenso viel im Muskelfleisch und am meisten natürlich im Blut, das aus 83 Proz. Wasser und nur 17 Proz. festen Stoffen besteht. Als auffallende Tatsache muß aber erwähnt werden, daß beim Säugling nicht das Blut, sondern — das Gehirn am wasserreichsten ist. Während bei ihm das Blut 85 Proz. Wasser besitzt, weist sein Gehirn mehr als 89 Proz. auf. Wie die Lebensalter, so verhalten sich auch die Geschlechter im Punkte der Wässerigkeit von einander verschieden. Nach den hier in Frage kommenden Untersuchungen sind die Männer das wasserreichere, die Frau das wasserärmere Geschlecht. Die konsistentere Beschaffenheit der letzteren erklärt man sich aus ihrem größeren Fettreichtum. Wie wir sehen, enthält ja das Fettgewebe nicht einmal 30 Proz. Wasser, das bei den Männern reicher entwickelte Muskelfleisch dagegen über 75 Proz. Als völlig gelöst darf man aber die (hochwichtige) Frage nach dem wasserreicheren Geschlechte doch nicht betrachten. Bei anderen Untersuchungen zeigten sich nämlich die Frauen wässriger als die Männer. Es waren dann wahrscheinlich magere Individuen.

Ein Engländer vor 170 000 Jahren. Einen interessanten Beitrag zu den dunklen Fragen über das Alter des Menschengeschlechts gab der Professor am Londoner College of Surgeons Arthur Keith in einem Vortrag, der sich mit dem Skelettfund des sogenannten Galley Hill-Menschen beschäftigte. Es handelt sich um die Knochen eines menschlichen Körpers, der im Boden des Themstals bei Galley Hill in der Nähe von North Street von Robert Elliot gefunden wurde. Das Alter dieses Galley Hill-Menschen läßt sich nach der Ansicht Keith' auf Niveauveränderungen der Themse

Mark will man neuerdings für sie in den Etat einstellen, und wie lange haben nicht die Veteranen dafür kämpfen müssen, und dann hat man dazu noch erst eine neue Steuer gemacht. Welche Kämpfe kostet es, bis wir die Witwen- und Waisenversicherung bekommen, und wo bleibt die Erhöhung der Mannschafszahlen? Die neue Vorlage mit ihren 141 Millionen Mark steht nur hinter der von 1899 zurück, die 160 Millionen Mark kostete, alle anderen waren geringer. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Uebrigens gehört auch die Marine zu der unter den Waffen stehenden Mannschaf, und mit ihr beträgt die Präsenz 665—670 000 Mann, so daß das 1 Prozent schon vollständig erreicht ist.

Beschleidenheit und Kriegsministerium

sind Begriffe, die man nicht zueinander bringen darf. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wir werden uns nicht darauf einlassen zu verlangen, daß hier und da vielleicht an der Militärvorlage 2000 M. erspart werden sollen. Solche Dinge sollen ja nur auf die Öffentlichkeit wirken. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Gewiß wird uns die Heeresverwaltung jeden Wiemig als dringende Notwendigkeit hinstellen. Aber militärische Forderungen sind gewöhnlich so undurchsichtig, daß man ihre Tragweite nie erkennen kann. — Die Militärvorlage stimmt auch nicht mit dem Grundgedanken des Herrn Schaussekretärs überein, keine Ausgabe ohne Deckung zu bewilligen. Im ersten Jahre verlangt sie 8 Millionen Mark, die aus der Zuwachsteuer auskommen sollen, doch liegt die Zuwachsteuer noch ganz im Dunken. Aber woher die Ausgaben der nächsten Jahre kommen sollen, weiß der Schaussekretär sicher noch nicht. Im Jahre 1912 verlangt die neue Vorlage bereits 25,7 Millionen, im Jahre 1913 32,8 Millionen, im Jahre 1914 37,9 Millionen und im Jahre 1915 wieder 33,7 Millionen. Kann man denn annehmen, daß die Erträge der Zölle und Steuern sich so steigern werden, daß wir diese Ausgaben noch neben den laufenden machen können?

Der Militäretat wächst an sich schon jährlich und der Gesamtetat des Reiches ist in diesem Jahre nur mühsam balanciert. Man wird unforglisch ohne neue Steuern nicht auskommen. Man hütet sich freilich sehr, das einzugehen, denn man möchte sich nicht gern die Wahlen fürchten noch mehr verschlechtern. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Diese Heeresvorlage ist nur die

Vorläuferin einer neuen, größeren.

Das ist ja die Eigentümlichkeit des Kriegsministeriums, daß es fortwährend die Ausfüllung von Lücken verlangt und in denselben Augenblick reißt es neue Lücken, deren Ausfüllung alldann wieder verlangt wird. So wird es auch diesmal gehen. Die „Kreuzzeitung“ hat schon hingewiesen auf die Lücken, die durch die neue Vorlage gerissen werden, und auf die Notwendigkeit einer baldigen Füllung dieser Lücken. (Lebhaftes Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wie lange wird es dauern und man fordert von uns die Verdoppelung der Maschinengewehrkompanien.

Wir lehnen die Vorlage ab, weil wir es im Interesse des Vaterlandes ablehnen müssen, dem Militarismus immer neue Opfer zuzuwenden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Die Budgetkommission gleich wahrhaftig einer politischen Anmieschade. (Heiterkeit und Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Der Kriegsminister wurde geradezu aufgefordert zum Fördern. Und man merkte es den Herren Referenten in der Kommission ordentlich an, wie schwer es ihnen wurde, in

Rückblick auf die kommenden Wahlen

hier und da einmal in einen kleinen Abstrich willigen zu müssen. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Eine so willige Kommission dürfte der Minister im nächsten Reichstag kaum wiederfinden. Während

der Reichstag immer nachgiebiger

gegen die extravagantesten Forderungen des Militarismus wird, nimmt das Treiben der Militarisisten außerhalb des Hauses direkt pathologische Züge an. Besonders gilt das von dem satism bekannten General Keim (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten), der ja schon im vorigen Wahlkampf eine Rolle spielte. Die bürgerlichen Parteien sollten es wirklich als ihre Ehrenpflicht betrachten, dem verbrecherischen Treiben der Kriegshetzer ein Ende zu machen und diese Leute gründlich von sich abzuschnitten. Aber dazu schwingen sich die Parteien nicht auf, die immer abhängiger vom Geiste des Militarismus werden, die es nicht wagen, dem Gedanken der Abrüstung ernsthaft näher zu treten, die selbst nicht an eine Herabsetzung der Dienstzeit zu denken wagen. Da schwillt denn den Chauvinisten der Kamm, da treten dann Leute auf, die sich nicht scheuen, über den langen Frieden zu jammern, die es beklagen, daß Deutschland nicht schon längst losgeschlagen hat. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

bestimmen. Nach der niedrigsten Schätzung muß man annehmen, daß sich das Themstbett um wenigstens 170 Fuß gesenkt hat, seit die Sanddichten, in denen der Fund gemacht wurde, in einer Epoche nach der Eiszeit abgelagert wurden. Bedenkt man nun, wie wenig sich das Niveau und das Aussehen des Themstals seit der römischen Periode verändert hat, und daß sein Grund vorhanden ist, anzunehmen, daß Veränderungen des Niveaus oder des Klimas den Flußlauf in früheren Zeiten rascher gesenkt hätten als heute, so kann man mit ziemlicher Sicherheit annehmen, daß der Fluß für jeden Fuß, den sein Niveau sich senkte, tausend Jahre gebraucht hat. Auf der Grundlage dieser Annahme läßt sich das Alter des Skelettfundes von Galley Hill auf 170 000 Jahre bestimmen. Eine Betrachtung der Knochen ergibt nun, wie alt der noch heute gültige Typus des Menschen ist. Der Galley Hill-Mensch ist, wenn auch in einzelnen Zügen verschieden, so doch im wesentlichen dem Typus des modernen Menschen gleich. Dieser „Engländer vor 170 000 Jahren“ ist der einzige bekannte Vertreter der Laufende von Generationen Engländern, die in der gewaltigen Periode von der Eiszeit bis zur neolithischen Epoche in England lebten.

Notizen.

— Vorträge. Der Wissenschaftszentralverein Humboldt-Akademie veranstaltet Sonnabendabend in der Aula des Franz. Gymnasiums, NW., Reichstagsufer 6 einen wissenschaftlichen Abend. Thema: Heraklit, der dunkle Philosoph von Ephesus als Stammvater der Entwicklungsgeschichte. Vortragender Prof. Ludwig Stein. Eintritt für jedermann frei.

— Die Straßengefahr in Riesenstädten. Nach einer Statistik über die Straßenschüsse in New York, die auf einem Vergleich zwischen dem Jahre 1886 und dem Jahre 1908 fußt, hat die Bevölkerung selbst in den Straßen noch stärker zugenommen als die Bevölkerung selbst. Auf Hoch- und Untergrundbahnen wurden im letztgenannten Jahre 75, auf der Straßennfläche 913 Menschen getötet. In London kamen im Jahre 1909 insgesamt 308 Menschen durch Straßenschüsse ums Leben, und die Zahl der Verletzten betrug 13 688.

— Das Geburtshaus Dantes wiederhergestellt. Das keine altertümliche Haus in der Via Dante Alighieri in Florenz, in dem der große Genius italienischer Dichtung, der Schöpfer der „Göttlichen Komödie“ das Licht der Welt erblickt hat, ist nun wieder hergestellt. Schon früher war der Bau mit seiner malerischen unregelmäßigen Steinmauerung restauriert worden, aber jene ersten Arbeiten vernichteten eher das Gepräge der Dantzeit, als daß sie einen Eindruck von dem Wesen des 13. Jahrhunderts vermitteln hätten. Die Stadt Florenz hat nun die neue Restaurierung durchgeführt und sich dabei getreu an die Bauweise der Zeit gehalten, da Dante in der Arnostadt geboren wurde.

kraten.) Die Schwäche der bürgerlichen Parteien trägt die Mitschuld daran. In erster Linie sind dieselben Parteien, die die Belastung des Volkes mit unerträglichen Verbrauchsteuern verschuldet haben, auch die Hauptschuldigen an der unerträglichen Last des Militarismus. Es sind diese Leute, die das Streben der Proletariatsmassen nach einem größeren Anteil an dem Volkseinkommen mit dem Ruf nach Ausnahmestufen beantwortet, die, wenn die Arbeiter zu Ausständen schreiten müssen, nach der Polizei, jetzt auch nach Militär schreiben. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Ist es doch gar nicht einmal unwahrscheinlich, daß ein Teil der jetzt vom Reichstag geforderten Maschinengewehre dazu bestimmt ist, gegen den sogenannten „inneren Feind“, gegen die Arbeiterklasse gebraucht zu werden. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Und da verlangt man von uns, daß wir für diese Vorlage stimmen sollen! Wir lehnen im Bewußtsein voller patriotischer Pflichterfüllung die geforderte Heeresvermehrung ab, wie wir den ganzen volksfeindlichen Militarismus ablehnen. (Lebhafte wiederholte Weisung bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Wasserhagen (naff.): Den Resolutionen der Kommission auf Verbesserung des Militärstrafrechts, auf weitestgehende Berücksichtigung der Verteilungsgesetze und auf zweckmäßigere Verteilung des Erlasses stimmen wir zu. — Der Kollege Stücken hat sich hier wieder grundsätzlich gegen den Militarismus gewandt. Kollege Hebel pflegte bei solchen Gelegenheiten das Militärsystem zu empfehlen. Es dürfte keinen unglücklicheren Augenblick für die Empfehlung des Militärsystems geben, als den gegenwärtigen. Alle großen Mächte sind zurzeit bestrebt, ihre Militärmächte auszubauen. — Der Vorkriegsgedanke ist ja ein sehr idealer, aber mit Idealen allein kann man keine Politik treiben. Frankreich verstärkt fortgesetzt sein Herr, in England werden trotz finanzieller Schwierigkeiten Dreadnoughts gebaut, wie weit Ausland wieder erstarkt ist, läßt sich nicht abschätzen. Da kann man nicht mit Herrn Stücken sagen: die augenblickliche Lage ist nicht bedrohlich, also ist keine Heeresvermehrung nötig. Das ist keine Realpolitik! Wir bedürfen einer starken Rüstung als Deckung für unser blühendes Wirtschaftslieben und ein starkes Deutschland ist auch, wie sich bei der Balkankrise gezeigt hat, eine der besten Bürgschaften für den Weltfrieden. — Sollten neue Steuern zur Deckung der unumgänglichen Militärausgaben nötig sein, so muß zur Besteuerung der Vermögen und Erbschaften geschritten werden. (Zustimmung links.) — Der Weltfrieden ruht auf den deutschen Wajonetten. Das mag eine kostspielige und unbequeme Unterlage sein, aber es ist ein sicherer Sitz. So stimmen wir denn der Vorlage zu. (Lebhafte Weisung bei den Liberalen.)

Vizepräsident Dr. Spahn: Herr Stücken hat von einer Firma gesprochen, die aus Geschäftsinteresse Notizen über französische Rüstungen in die Presse lanciert habe. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wenn ich gehört hätte, daß der Redner dabei den Namen der Firma genannt hat, so hätte ich das gerügt. (Zurufe bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Wiemer (Sp.): Uns erscheint die Notwendigkeit der Vorlage nachgewiesen und so stimmen wir für sie. — Ich habe nicht erwartet, daß die Sozialdemokratie für diese Vorlage stimmen würde. (Heiterkeit.) Aber daß unser Heer technisch auf der Höhe steht, ist in der Kommission auch von sozialdemokratischer Seite anerkannt worden. Ich halte es für sehr unangebracht, daß Herr Sped die Sozialdemokratie wegen ihrer konsequenteren Haltung gegenüber dem Militarismus mit Hohn überschüttet hat. Wenn Herr Sped meint, daß diese Haltung der Sozialdemokratie wohl von ihrer Annäherung an die bürgerliche Linke her rühre, so ist mir von einer solchen Annäherung nichts bekannt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Es ist Sache der Sozialdemokratie, wie und wohin sie sich entwickeln will. (Sehr richtig! bei der Volkspartei und den Sozialdemokraten.) Das glaube ich allerdings, daß eine Annäherung an die bürgerliche Linke sich zuträglich für die Sozialdemokratie erweisen würde, als ihr Zusammengehen mit dem Zentrum 1908 und in den folgenden Jahren. (Heiterkeit.) — Unsere Zustimmung zu der jetzigen Heeresvorlage verpflichtet uns, wie ich ausdrücklich hier erklären will, in keiner Weise für die Zukunft! Ich glaube nicht, daß der Grundtag „Keine Ausgaben ohne Deckung“, sich ohne neue Steuern wird durchführen lassen. Die neuen Steuern werden sich aber in einer andern Richtung bewegen müssen, als in jener der Reichsfinanzreform von 1909. (Leb. Zustimmung links.) Aber heute ist es nicht an der Zeit, nach neuen Steuern zu suchen. Was wir jetzt verlangen müssen, das ist strengere Sparsamkeit. (Sehr wahr! links.) Auf sie muß, auch gegenüber den Forderungen des Kriegs- und Marineefforts, der Schatzsekretär dringen und der Reichstag muß ihn nachdrücklich in seinem Sparsamkeitsstreben unterstützen. Nicht aber dürfen unter der Sparsamkeit die Veteranen leiden. Sie dürfen auch nicht auf die völlig unsicheren Erträge der Wertwachstumssteuer allein angewiesen werden. (Sehr richtig! links.) — Wir bebauern, daß sich in der Kommission nicht weitere Abstriche im Heereetat haben erzielen lassen. Besonders glauben wir, daß sich durchaus eine Verminderung der Kavallerie ermöglichen lassen würde. (Lärm. Widerspruch rechts.) Im Gegensatz zu dem Abg. Stücken freuen wir uns über die Potsdamer Verständigung zwischen Ausland und Deutschland. Die Frage der internationalen Abklärung läßt sich weder durch überhitzte Begeisterung, noch durch läbliche Ablehnung lösen. Gewiß kann nicht Herabsetzung der Heeresstärke durch internationale Verträge herbeigeführt werden, wohl aber läßt sich doch denken, daß Deutschland einmal einer Regelung der Abrüstungsfrage auf dem Wege internationaler Verständigung zustimmt. (Zustimmung links.) Jedenfalls sollten wir nicht nochmals den Fehler einer scharfen Ablehnung machen, wie in der Frage der Flottenrüstung. Wir stimmen der Heeresvorlage bei unter der Voraussetzung, daß der Grundtag der allgemeinen, aber auch gleichen Wehrpflicht immer mehr zur Wirklichkeit wird. (Lebhafte Weisung links.)

Abg. Hans Eder Herr zu Pustitz (L.): Was die Vorlage fordert, ist äußerst bescheiden, wirklich nur das Mindestmaß des aller-notwendigsten. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Wir müssen es dem Kriegeminister überlassen, die Verantwortung für die Verschärfung der Forderung auf das Mindestmaß zu tragen. Wenn wir statt des stehenden Heeres eine Volksmiliz hätten, so würden die Sozialdemokraten schon eher zu Vermittlungen bereit sein. Das ist eben der springende Punkt bei den Herren Sozialdemokraten: sie sind Gegner unseres stehenden Heeres. Ich leugne nicht, daß die Heereslasten groß und schwer sind. (Hört! hört! links.) Aber immer noch sind die Ausgaben für Rüstungen leichter zu tragen als die Kosten eines unglücklichen Krieges. (Bravo! rechts.)

Abg. v. Liebert (Sp.): Nach der Verfassung soll 1 Prozent der Bevölkerung im Heere dienen, und zwar im Heer allein, nicht in Heer und Marine zusammen, wie Herr Stücken meinte. Danach ist unsere Forderung noch weit zurück. Daß jeder taugliche Mann auch dienen würde, wäre schon im Interesse der Erziehung gut gegenüber den dunklen Phantasmen der Linkspartei an unserer Jugend. (Zuruf bei den Sozialdemokraten.) Meine Freunde stimmen der Vorlage zu. Herr Stücken rühnte die Vaterlandsliebe der Sozialdemokratie, aber sie lieben nicht das Vaterland, das wir meinen, das deutsche Kaiserreich, sondern sie lieben die soziale Republik und setzen alles herunter, was sich auf unser Heer bezieht. In ihrem Soldatenkleid hat gleich das erste Gewicht „die Unterwerfung den Restrain Wehr“, auf den sich alles reimt, Kompagnie usw. (Zurufe bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Graf Schwerin: Sie dürfen nicht den Zuruf „Schwindel“ machen. (Zurufe bei den Sozialdemokraten.) Ich konstatiere nur Tatsachen!

Abg. v. Liebert (fortfahrend): Die Sozialdemokraten bekämpfen den Kapitalismus und schreiben mit Bezug auf ihn: „Der Mensch soll frei sein, nicht ein Knecht der Herrschenden.“ (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ein Lied, „Das Vaterland“ überschrieben, schließt mit den Worten:

„Und als ich trauernd sang,  
Ich hab kein Vaterland;  
Das mich geboren, nennt ich nie mein eigen,  
Dah' ich beimad den Schanbel mir verbrannt;  
Ich war Soldat — Soldaten müssen schweigen.“

Das ist Ihre Meinung, Sie haben kein Vaterland. (Bravo! rechts. Zurufe und Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Kriegsminister v. Heeringen: Der vom Abgeordneten Stücken erwähnte Artikel von 1907 ist, wie der Generaldirektor der Deutschen Waffen- und Munitionsfabrik schon 1907 erklärte, lediglich deshalb in die französische Presse gebracht, um Anhaltspunkte über die Absichten der französischen Heeresverwaltung zu gewinnen. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Uebrigens hatte die deutsche Heeresverwaltung schon 1906 mit der Firma den Vertrag über die Lieferung von Maschinengewehren abgeschlossen und zwar nicht über 40 Millionen, sondern über 6½ Millionen.

Herrn Wiemer bemerke ich, daß die Söhne unseres Volkes auch jetzt schon so behandelt und gefoltert werden, wie es recht ist. Es wäre eine schmachvolle Vernachlässigung der Pflicht der Vorgesetzten, wenn es anders wäre. Fehler kommen vor, doch bitte ich, diese nicht zu verallgemeinern.

Wir der Aufnahme der Vorlage durch die Parteien kann die Heeresverwaltung zufrieden sein. Eine Verminderung der Kavallerie wegen der Einführung der Luftschiffe kann nicht in Frage kommen, wir können doch bei nebligem oder windigem Wetter nicht sagen: Bitte sehr, heute spielen wir nicht mit. (Heiterkeit.) Die Ausgaben für das Heer stellen eine Versicherungssprämie gegen einen unglücklichen Krieg dar; übrigens sind sie geringer wie in Frankreich pro Kopf der Bevölkerung. Auch gibt die Heeresverwaltung fast die gesamten Millionen wieder in Deutschland aus; das Heer stellt also nur einen Durchgangsposten dar. (Große Heiterkeit.) Dazu kommt, daß es in weite Kreise Gesundheit hineinragt, die Dienstjahre sind Jahre der Gesundheit und Energie hervor. (Zustimmung rechts.) Die großen Fortschritte, die Deutschland in den letzten 40 Jahren gemacht hat, werden nicht zuletzt verdankt der allgemeinen Wehrpflicht. (Lebhafte Bravo! rechts.)

Abg. Korfanty (Pole): Wir müssen doch fragen, ob die Heere der Nachbarstaaten technisch dem unseren überlegen sind, und ob der Friede bedroht erscheint. Beides ist nicht der Fall. Der Grundtag: „Keine Ausgabe ohne Deckung“ ist bei der Militärvorlage nicht gewahrt, die Zuwachsteuer wird nicht reichen, ohne neue Steuern wird es nicht gehen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Und dabei singt man immer das Lied von der Sparsamkeit! Es ist sehr bedauerlich, daß die Regierung sich gewagt hat, mit England über das Maß der Rüstungen zu verhandeln. Aus allen diesen Gründen werden wir gegen die Vorlage stimmen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten und den Polen.) Dazu kommt, daß die Militärverwaltung eine antipolnische Politik betreibt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Liebermann v. Sonnenberg (Wirtsch. Sp.) fühlt sich beleidigt, daß der Kriegsminister nicht erst auch seine Rede abgewartet habe, spricht seine und seiner Partei Zustimmung zu der Heeresvorlage aus, erklärt, daß auch er nicht die Verweigerung der Veteranen ausschließlich auf die Erträge der Wertwachstumssteuer wolle und bezeichnet die Idee des Weltfriedens als einen Traum ohne Realität.

Abg. Dr. Heim (Z.): Alle Parteien haben sich auf den Standpunkt gestellt, daß neue Ausgaben nicht ohne Deckung bewilligt werden sollen. Speziell hat sich das Zentrum früher sehr entschieden auf diesen Standpunkt gestellt. Nach dem Flottengesetz vom 1900 nahm das Zentrum diesen Standpunkt ein. Die Zeiten haben sich sehr geändert. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Jetzt haben sich die bürgerlichen Parteien auf den Standpunkt gestellt: Wir bewilligen die Vorlage, aber keine neuen Steuern. Das Rätsel kann ich nicht lösen. (Sehr gut! h. d. Sp.) — Jetzt wird uns die Finanzlage sehr rosig geschildert. Ich bin überzeugt, wenn ich angeregt hätte, eine alte Ehrenschuld des Reichstages einzulösen und die Mannschafstulose zu erhöhen, dann wäre die Finanzlage und die Finanzkraft sehr geschildert worden. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Eingelöst werden nur die Versprechen, die neue Lasten bringen. (Erneute Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Herr Stücken hat uns die mutmaßlichen Kosten vorgeführt, die uns diese Vorlage im Laufe der nächsten fünf Jahre bringen wird. Ich gehe hierin sogar noch weiter und sage, daß kein Abgeordneter die finanziellen Konsequenzen dessen übersehen kann, was er jetzt bewilligen will. (Abg. Ledebour: Also lehnen Sie ab?) Sagen Sie doch nicht so ungeduldig, Herr Kollege. Sie sind doch nicht mehr so jung. (Stürmische Heiterkeit.) Von Sparsamkeit wird immer geredet, nur schade, daß sie uns nicht gezeigt werden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Gerade das platte Land trägt die Lasten des Militärdienstes, wie ich gegenüber dem Hansabund bemerken will. (Zustimmung rechts.) Das Zentrum sagt, die Deckung sei da. Ich bestreite das. Aber die Haltung der Liberalen ist viel sonderbarer: sie erklären, Deckung sei nicht da, und stimmen doch dafür. Ich sehe keineswegs auf dem antimilitaristischen Standpunkt der Sozialdemokratie, die unbedenklich in ihren Irwegen ist. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) aber ich stimme gegen diese Vorlage, die mir nicht genug begründet erscheint.

Abg. Rostke (Soz.):

Die Gegner unserer Partei haben wieder die Gelegenheit benutzt, um unsere Stellung zum Militarismus zum Ziel ihrer Angriffe zu machen. Selbstredend durfte dabei der Herr v. Liebert nicht fehlen. Rastlos kam er auch wieder mit seinen Zitate herbei. Bei den Zitate des Herrn v. Liebert muß man immer erst nachfragen, wieviel daran nicht unklar ist. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Bei der fassam bekannten Agitationsweise des Abg. v. Liebert, die man außerhalb des Hauses verächtlich nennt (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten), ist sorgsame Voricht bei seinen Zitate ganz besonders geboten. Der Herr v. Liebert hat da nämlich eine Proklamation geschrieben, in der er die Stirn hat, einen Mann, wie unserem Führer Hebel, dessen Ehrenhaftigkeit von allen Seiten, auch von den bestigsten politischen Gegnern anerkannt wird. (Leb. Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) die Ehrenhaftigkeit abzuschreiben. (Zurufe bei den Sozialdemokraten.) Derselbe v. Liebert wirft der Sozialdemokratie Beförderung des Alkoholismus vor. Angesichts des Schnapsbottens würde ich das außerhalb des Hauses eine bewusste Unwahrheit nennen. (Unruhe rechts, lebhafteste Zustimmung bei den Sozialdemokraten. Glode des Präsidenten.)

Präsident Graf Schwerin: Sie dürfen auch in dieser Form einem Abgeordneten nicht bewusste Unwahrheit vorwerfen. Ich rufe Sie zur Ordnung. (Lebhafte Weisung rechts. Zuruf bei den Sozialdemokraten: Der Ordnungsdienst ändert nichts an der Sache.)

Abg. Rostke (fortfahrend): Die anderen Ausführungen des Herrn v. Liebert in seiner Proklamation stehen auf derselben Höhe. Einmal entschließt sich ihm aber doch das Gewissen, daß die Sozialdemokraten sich während ihrer Militärzeit durchweg gut führen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Wie gelangt die Bevölkerung von unserer Vaterlandsliebe lassen und kalt. Wie es mit dem Patriotismus der Herren von der Rechten bestellt ist, haben wir ja in der Kommission gesehen. Als der Reichsschatzsekretär gegen Verteuerung der Remontepferde eintrat, da traten sehr rechtsstehende Herren auf und beschuldigten den Schatzsekretär der Militarfeindlichkeit, ja beinahe der Vaterlandsliebe und sozialdemokratischen Bestimmung. (Hört! hört! und Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Es läßt uns wirklich kalt, wenn solche Leute uns der Vaterlandsliebe beschuldigen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Ueber den Wandel der Anschauungen im Zentrum hat sich ja Herr Dr. Heim ganz ergötzt verbreitet. Bei der Gelegenheit möchte ich übrigens fragen, warum denn der bedeutendste militärische Sachkenner des Zentrums, der General Häusler, in der letzten Zeit in der Kommission nicht gesehen oder wenigstens nicht gehört

wurde. Was hat das vielleicht auf Blick der Fraktion? (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Auch über die Daktung der Liberalen machte Dr. Heim Ausführungen, die mir zum Teil unterschreiben können. Herr v. Pustitz hat die Friedensliebe des französischen Volkes bezweifelt. Wie kommt er dazu? Herr Wasserhagen hat ja auch die deutsche Friedensliebe betont. Bei einem Kriege ist eben nichts zu gewinnen, wohl aber viel zu verlieren. Diese Einsicht hat zur Friedensliebe geführt, freilich nicht bei allen Abgeordneten; ein Konservativ hat in der Kommission den vierzigjährigen Frieden bedauert. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Völker wünschen überall den Frieden, Interesse am Kriege hat nur eine ganz kleine Schicht Herrschender; die Masse der Völker ist überall friedliebend, und der Wert der internationalen Bestrebungen der Sozialdemokratie liegt darin, daß dieser Friedensliebe Rechnung getragen werden muß. Aber gewisse Kreise haben an der innerwährenden Vermehrung der Arme ein Interesse.

Nach dem Kriegsminister gehen wir eigentlich recht wenig für unsere Rüstung aus, und er erzählt von den gesundheitslichen und ethischen Wirkungen des Heeresdienstes. Aber bei uns sterben von 1000 Soldaten 18, in der Schweiz 10,2. (Hört! hört!) Turnen, Sport, bessere Ernährung, die freilich durch die Finanzreform in Frage gestellt ist, tragen zur Gesundheit und Gefundung bei. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Zu einer wirkungsvollen Sozialreform fehlt uns das Geld. Auch die Ausgaben für die neue Heeresvorlage werden nicht einkommen, wenn die Regierung es auch hofft, die Rechnungen der Regierung haben noch niemals gestimmt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Es kann auch gar nicht bestritten werden, daß das Reichsschatzamt und das Kriegsministerium verschiedene Meinungen über die Kosten und den Umfang der neuen Vorlage waren; das Kriegsministerium will weiter gehen. Der Grundtag: „Keine neue Ausgabe ohne Deckung“ wird in dem Augenblick durchbrochen, wo es sich um eine neue Militärvorlage handelt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wir müssen ernste Sorge haben, daß weitere Forderungen kommen werden — das geht aus den Ausführungen der meisten Redner hervor. Von Reformen im Heer aber ist keine Rede; vor einem Jahre hat noch Herr Häusler betont, die

#### Verkürzung der Dienstzeit

werde das Zentrum im Auge behalten. Aber kein Wort ist heute darüber gesprochen. Aber auch grundsätzlich kann sich unsere Stellung zum Militarismus nicht ändern, so lange das System des Militarismus daselbe bleibt. Gibt es etwas Lächerliches, den Millionen von Sozialdemokraten zu sagen, ihr dürft euch torisch lassen, aber gleiches Recht daß ihr nicht. Aber Sie werden sich mit der Tatsache abfinden müssen, daß wir vier Millionen geworden sind, und die Stellung und Stimmung der Sozialdemokratie wird bei jedem künftigen Kriege sehr zu beachten sein. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Das Manifest, mit welchem Nikolaus II. zur ersten Haager Friedenskonferenz eingeladen hat, sprach von der Aufrechterhaltung des Allgemeinen Friedens und der Herabsetzung der Rüstungen als einem Ideal. Mit Begeisterung wurde das Manifest von allen Parteien aufgenommen. Aber gezeichnet hat die Rüstung bei den Herrschenden nichts. Um so nachdrücklicher haben die Massen dafür einzutreten, daß der Friedensidee Rechnung getragen wird. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Deshalb lehnen wir diese neue Vermehrung der Rüstungen ab. (Lebhafte Weisung bei den Sozialdemokraten.)

Reichsschatzsekretär Wermuth: Die Reichsfinanzverwaltung hat die Deckung der Kosten dieser Militärvorlage in das Programm der jetzigen Finanzperiode aufgenommen und ist entschlossen, die Deckung ohne neue Steuern zu erreichen. (Hört! hört! rechts.) Ich bin mir bewußt, damit eine schwere Verantwortung übernehmen zu haben. (Hört! hört! links.) Ich habe auch keineswegs die Lage so rosig geschildert, wie Herr Dr. Heim behauptet hat, sondern ich habe zu allen meinen Ausführungen das Fragezeichen gesetzt, zu dem ein Schatzsekretär sozusagen berufsmäßig verpflichtet ist. (Große Heiterkeit des ganzen Hauses, in die auch der Kriegsminister einstimmt.) Redner gibt eine gedrängte Uebersicht über den Stand der Reichseinnahmen, schildert die einzelnen Posten als recht günstig, legt jedoch unter steigender Heiterkeit des Hauses stets hinzu: „Aber Garantie für die Zukunft übernehme ich nicht.“

Damit schließt die Debatte.  
Abg. v. Liebert (Sp.): Meine von Herrn Rostke zitierte Schrift von 1904 sind alle Kamellen. (Stürmische Heiterkeit.) In der zweiten Auflage bin ich der ehrenhaften Persönlichkeit Hebel, die ich hier kennen gelernt habe, gerecht geworden. Herr Rostke mag doch diese zweite Auflage lesen.

Abg. Rostke (Soz., persönlich): Die Zitate, die ich verlesen, entstammen einer Proklamation des Herrn v. Liebert nicht aus dem Jahre 1904, sondern aus dem Jahre 1908. Ich stelle fest, daß diese Zitate, diese Beschimpfungen Hebel's noch heute im Buchhandel zu haben sind.

Abg. v. Liebert (Sp., persönlich): Ob die erste Auflage meiner Proklamation im Jahre 1904 oder 1908 erschienen ist, weiß ich nicht; jedenfalls war es vor meinem Eintritt in den Reichstag. Die zweite Auflage ist 1908 erschienen, nachdem ich hier die Verhältnisse kennen gelernt hatte.

Die Abstimmung über den § 1 wird auf Antrag des Abg. Ledebour (Soz.) eine namentliche sein und morgen stattfinden. Der Rest der Vorlage nebst den von der Kommission beantragten Resolutionen wird debattelos angenommen, ebenso die durch die neue Heeresvorlage bedingten Etatspositionen.

Hierauf vertagt sich das Haus.  
Nächste Sitzung Freitag 1 Uhr: Der eigentliche Militäretat.  
Schluß 7¼ Uhr.

## Abgeordnetenhaus.

24. Sitzung vom Donnerstag, den 23. Februar, vormittags 10 Uhr.

Am Ministertisch: v. Cretenbach.

Die zweite Beratung des Eisenbahnetats wird bei der Besprechung der Beamten- und Arbeiterfragen fortgesetzt.

Abg. Luerke (L.) tritt für einen Ausbau der Wohlfahrts-Einrichtungen für die Eisenbahnhandwerker und Arbeiter ein und schließt sich den Ausführungen der Abg. Weyer und Schröder-Rosell an.

Abg. Eder (H.) betont lebhaft die lokale Gefundung des früherer Arbeiterverbandes und bittet um Berücksichtigung der Petitionen dieses Verbandes vor allem in Bezug auf den Ausbau der Pensionsversicherung. Arbeiterausbildungsmittel dürfen wegen ihrer Wichtigkeit im Ausmaß nicht gemindert werden.

Abg. Hund (Sp.) weist den Vorwurf des Abg. v. Hennigs zurück, daß der Abg. Delius wahllos alle ihm entgegengebrachten Wünsche der Eisenbahner vorgetragen habe. Ein Streikrecht der Eisenbahner können auch wir nicht anerkennen, umso mehr aber haben wir Abgeordnete die Pflicht, die Versammlungen der Eisenbahner zu besuchen, um ihre Wünsche kennen zu lernen. Die Verwaltung sollte es dem Takt der einzelnen Abgeordneten überlassen, wie weit sie dabei gehen. — Gegenüber dem Vorwurf der Wohlpolitik erwidere ich dem Abg. v. Hennigs: Wer im Stadthaus sitzt, soll nicht mit Steinen werfen. (Zuruf des Abg. Wappenheim.)

Präsident v. Röscher: Herr v. Wappenheim, Sie dürfen Zwischenrufe nur vom Plage aus machen. (Große Heiterkeit.)

Abg. Hund (fortfahrend): Ich dachte dabei an die plötzliche Fürsorge des Herrn Hund für die Lehrer. (Sehr gut! links.) — Redner bekräftigt des weiteren eine Verbesserung der Pensions-Einrichtungen der Eisenbahner.

Abg. Wiskerdt (Z.) polemisiert gegen den Abg. Reinert. Es ist eine reklamatorische Ueberzeugung, wenn die Sozialdemokratie es so hinstellt, als sei sie die einzige Vertreterin der Interessen der Eisenbahner. Auch und gehen sehr zahlreiche Wünsche

der Eisenbahnarbeiter zu. Das auch ein Teil der Eisenbahnarbeiter sozialdemokratisch gesinnt sind, gebe ich zu, das beweist gerade die objektive Haltung der Verwaltung. Auch in Sachen des Verfallsfestes in Stendal bin ich anderer Meinung, als Herr Veinert. Solche Feste können nur zur Förderung der Solidarität zwischen Verwaltung und Arbeitern beitragen. (Sehr richtig! im Zentrum.) Generalstreik und passive Resistenz sind Dinge, die nicht auf deutschem Boden gewachsen sind. Die christlichen Gewerkschaften wollen von solchen Mitteln nichts wissen. Die Eisenbahnarbeiter sollten sich nicht auf unerfüllbare sozialistische Illusionen einlassen, nur auf sachlichem Wege ist etwas zu erreichen. Das wichtigste in einer Lohnstatistik wäre das Dienstalter der Arbeiter. Niedrige Löhne werden zur vollständigen Verzerrung ausgenützt. (Weißal im Zentrum.)

Eisenbahnminister v. Breitenbuch: Solche Auffassungen, wie wir sie jetzt haben, können das Vertrauen zwischen Arbeitern und Verwaltung nur stärken. (Bravo! rechts und im Zentrum.) Auf anonyme Angaben über Mißstände usw. lasse ich mich nicht ein. (Verhaftes Bravo!) Die Verwaltung ist nicht zimperlich gegen Verheerungen in Arbeiterverammlungen; sie muß aber doch aufpassen, daß nicht Verheerung und Verbitterung in die Arbeiterschaft getragen wird. (Bravo! rechts und im Zentrum.) Wir müssen mindestens den Widerstand leitender Verammlungen verlangen. Dem Vertrauensverhältnis zwischen Arbeitern und Verwaltung entspricht es, daß die Arbeiter Statuten und Tagesordnung ihrer Versammlungen mitteilen. (Abg. Hoffmann (Soz.): Zur Zensur vorlegen.) Der Minister spricht dann über den finanziellen Stand der Pensionskassen, insbesondere der der früheren Privatbahnen. Der Staat zahlt erheblich zu.

Abg. Dr. Wagner-Bresslau (fl.) wünscht Vermehrung des Lokomotivpersonals, wodurch auch die Unfälle sich vermindern würden. Auf konservativen Antrag wird die Besprechung gegen einen Teil des Zentrums und die Linke geschlossen.

Beim Titel Pensions- und Wohlfahrtszwecke wendet sich

Abg. Dr. Hiesch (Op.) dagegen, daß die Eisenbahner, die in den vom Staate erbauten Wohnungen wohnen können, den Wohnungsgeldzuschuß abgeben müssen, und fordert Heranziehung der Arbeiter zu den verschiedenen vorbereitenden Ausschüssen. Das würde manches Mißtrauen beseitigen.

Abg. Imbusch (Z.) wünscht, daß den Unfallverletzten das Krankengeld vom ersten Tage gewährt werde.

Abg. Meyer-Lilich (l.) dankt dem Minister für die Erhöhung der Pension der Eisenbahner.

Ein Schlußantrag wird angenommen.

Abg. Veinert (Soz.): Ich bedauere sehr, daß das Haus für die so wichtige Frage des Pensionswesens nicht noch eine Viertelstunde Zeit gehabt hat. Ich bedauere aber auch, daß sich der Herr Präsident bei der Feststellung, daß der Antrag genügend unterstützt sei, geirrt haben muß, wie ich annehme.

Präsident v. Kröcher: Das können Sie nicht annehmen, denn wenn sich selbst der Präsident geirrt hätte, dann hat er sich nicht allein geirrt, sondern auch die beiden amtierenden Schriftführer.

Der Rest des Etats wird nach unwesentlicher Debatte, in der lediglich lokale Wünsche vorgetragen werden, erledigt.

Nächste Sitzung Freitag 11 Uhr. (Etat der Seehandlung, der direkten und indirekten Steuer.) Schluß 4 1/2 Uhr.

## Aus Industrie und Handel.

### Der Arbeitsmarkt im Januar 1911.

Nach dem „Reichsarbeitsblatt“ zeigte sich am Ruhrkohlenmarkt eine leichte Abschwächung. In den übrigen Steinkohlengebieten ließen sich nur leichte Veränderungen konstatieren.

Im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau war die Beschäftigung der Werke im allgemeinen befriedigend. In der rheinischen Erzfabrikation war der Geschäftsgang im ganzen nicht schlecht. Die Metallindustrie wird teilweise ungünstig beeinflusst von der Unsicherheit, die über das Zustandekommen der Syndikate herrscht. Die Lage der Maschinenindustrie befriedigte im allgemeinen. In der Textilindustrie waren die Baumwollspinnereien noch immer recht unbefriedigend beschäftigt; auch die Lage der Tuchindustrie läßt viel zu wünschen übrig. Der Geschäftsgang der elektrischen Industrie war befriedigend, auch die chemische Industrie hatte gut zu tun. Die Lage des Kalimarktes wird weiter günstig beurteilt. Nach den Berichten der Krankenkassen hat der Beschäftigungsgrad, wie meist um diese Jahreszeit, jedoch etwas stärker als im Vorjahre im Laufe des Januar weiter nachgelassen; dies ist zum Teil auf das Baugewerbe und das nach Abwindung des Weihnachtsgeschäfts weniger Leute brauchende Handelsgewerbe zurückzuführen. Es ergab sich am 1. Februar 1911 gegenüber dem 1. Januar eine Abnahme der versicherungspflichtigen Mitglieder abzüglich der Kranken von insgesamt 42 565 (39 797 männlichen und 2758 weiblichen Mitgliedern). Gegenüber dem 1. Januar ist der Beschäftigungsgrad der männlichen Personen von 100 auf 99 gesunken, während der der weiblichen Personen derselbe geblieben ist. Im Gegensatz zu den Krankenkassenziffern ergeben die Arbeitsnachweisziffern eine scheinbare Besserung gegenüber dem Dezember und dem Januar des Vorjahres. Bei der Gesamtabzahl der berichtenden Arbeitsnachweise, für welche vergleichbare Angaben vorliegen, kamen nämlich im Januar 1911 auf je 100 offene Stellen bei den männlichen Personen 190, bei den weiblichen Personen 98 Arbeitsgesuche gegen 218 bzw. 100 im Dezember und 254 bzw. 98 im Jahre 1910. Die Lage des Berliner Arbeitsmarktes verschlechterte sich gegen den Vormonat weiter, gegen Januar 1910 hatte sich jedoch für männliche Arbeiter der Beschäftigungsgrad erheblich gebessert, für weibliche Arbeitskräfte war er auf derselben Höhe geblieben. In Schleswig-Holstein, Lübeck und Hamburg war die Erwerbsmöglichkeit für ungelernete Arbeiter ungünstiger als im Vorjahre, in dem starke Schneefälle Arbeitsgelegenheit schafften. Aus dem Rheinlande wird berichtet, daß der Beschäftigungsgrad gegenüber dem Dezember wenig Veränderung aufweist. Der Bericht über den Arbeitsmarkt in Hessen und Nassau stellt eine Besserung gegenüber früheren Jahren fest, die auch dadurch zum Ausdruck kommt, daß die Städte erst später als sonst mit Notstandsarbeiten beginnen. In Bayern, Württemberg und Baden läßt sich eine Besserung des Beschäftigungsgrades bemerken. Die Einnahmen aus dem Wälderwerke deutscher Eisenbahnen betragen im Januar 1909/10 404 M., das sind 10 699 824 M. mehr als im gleichen Monate des Vorjahres. Das bedeutet eine Mehrernte von 171 M. oder 8,68 Proz. auf 1 Kilometer.

### Fleischpreise.

Die Fleischpreise halten sich, trotz der ministeriellen Erklärung, die Teuerung werde eine nur vorübergehende Erscheinung sein, auf Notstandshöhe. Die bekanntesten amtlichen Zusammenstellungen der Statistischen Korrespondenz über Preise von 50 Markorten ergeben folgende Durchschnittspreise. Es kostete 1 Kilogramm Pfennige:

	1910	1911
Rindfleisch	153,6	165,4
Schweinefleisch	153,8	158,6
Lammfleisch	165,2	173,3
Kalbsteck	172,0	185,7
Rohfleisch	71,2	77,0
Speck	177,2	184,8

Nur das Schweinefleisch ist gegen das Vorjahr nicht teurer geworden, bei den übrigen Fleischsorten ergeben sich Steigerungen von 8—14 Pf. Und die Junfer fordern eine Verschärfung der Grenzsperr.

Schutzlohn-Ausfuhrvergütung. Die Stabelferkonvention soll in der bisherigen Form verlängert werden, mit der Maßgabe, daß für die Nichterhaltung der Konventionspreise hohe Konventionalstrafen festgesetzt werden. Der Stabelferkonvention wurde auf 105 M. Grachs-

grundlage Oberhausen, ermäßigt; ferner wurde die Zahlung von Ausfuhrvergütungen beschloffen, wozu die Mitglieder des Stahlwerksverbandes 2,50 M. für die Tonne und die Kartonswerte 1,50 M. für die Tonne beisteuern sollen. Mit Hilfe des Schutzzolles werden Ausfuhrvergütungen gezahlt, die die Konkurrenz der inländischen Weiterverarbeitungsindustrie auf dem Auslandsmarkt erschweren.

Ein neues Werk. Demnächst soll ein neues Werk der Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg A. G. südlich von Duisburg in Wanheim-Angerhausen entstehen. Die Sicherheiten der Werke in Nürnberg, Augsburg und Gustavsburg sollen nach Wanheim verlegt werden. In Aussicht genommen ist auch die Verlegung des Großmaschinenbaues selbst, die sich in Nürnberg befindet und ebenso ein Teil des Strandaues und des Schiffsmaschinenbaues. Das Werk soll anfänglich etwa 8000 Arbeiter beschäftigen, später bis 12 000. Geplant ist der Bau einer großen Kolonie von Arbeiterwohnhäusern in Wanheim-Angerhausen. Der Bau einer Straßenbahn von Duisburg nach Wanheim ist ebenfalls bereits geplant.

Die Warenpreise im Großhandel sind im Januar d. J. stärker in die Höhe gegangen als im Januar 1910. Der Index für siebenzehn Waren, deren Preis zu ihren Konsummengen ins Verhältnis gesetzt ist, stellte sich im Januar des laufenden Jahres auf 5790,19 M. gegen 5726,53 M. im Dezember 1910. Er ist also um 0,69 Proz. hinaufgegangen. Im Januar des Vorjahres betrug die Indexziffer der nämlichen Waren 5621,53 M., während sie im vorhergehenden Dezember 5694,57 M. betragen hatte; demnach stieg sie um 0,46 Proz. Infolge dieser ungleichmäßigen Bewegung der Großhandelspreise in diesem und im vorigen Jahre ist die Ermäßigung wieder ein wenig zurückgegangen, sie stellte sich im Dezember noch auf 2,06 Proz., ging aber im Januar auf 2,72 Proz. zurück. Verursacht ist das Hinaufgehen des Index im Berichtsmontat durch die Steigerung, die der Preis von Roggen, Kartoffeln, Rälbern, Kaffee, Tabak und Zute erfahren hat. Bei diesen Waren betrug die Indexziffer im Großhandel in Markt:

	Dezember 1910	Januar 1911	Januar 1910
Roggen	773,16	784,01	875,29
Kartoffeln	487,02	581,30	507,72
Rälber	179,56	188,50	189,63
Kaffee	125,50	138,50	88,00
Tabak	69,00	72,00	60,00
Zute	27,47	28,17	19,77

Auffallend hat sich die Indexziffer für Kartoffeln in die Höhe gegangen, so daß sie nun auch merklich über die vorjährige hinausgeht; im Dezember stand sie noch gleich hoch wie im Jahre zuvor. Der Rälberpreis hat fast wieder die vorjährige Höhe erreicht, und der Index für Kaffee geht gar um mehr als 60 Proz. über den vom Januar 1910 hinaus. Bei Tabak ist der Vorprung gegenüber 1910 ebenfalls beträchtlich, wenn auch nicht derartig stark wie bei Kaffee; die Steigerung der Indexziffer für Tabak gegenüber 1910 beläuft sich auf 20 Proz. Die Preissteigerung für Zute von Dezember auf Januar hat, so gering sie an und für sich ist, den Preis doch so in die Höhe getrieben, daß er um 48 Proz. über das Vorjahrsniveau hinausgeht. Von Waren, deren Preisindex vom Dezember auf Januar d. J. gesunken ist, wie z. B. Weizen, Schweine, Rinder und Rohstoffe, weisen einige ganz empfindliche Zunahmen gegenüber dem Vorjahre auf. So geht der Index für Rinder im Januar d. J. um 11 1/2 Proz. über den entsprechenden des Vorjahres hinaus, der Preisindex für Seide zeigt einen Vorprung von 50 Proz. Im Vergleich zum Januar vergangenen Jahres auf. Bei den Preisen von Weizen, Roggen, Sämereien und Zuder ist eine bemerkenswerte Ermäßigung auch gegenüber dem Vorjahre eingetreten.

## Aus der Frauenbewegung.

### Zur Frage des Mutter- und Säuglingschutzes.

So lautet der Titel einer von Genossin Luise Fiech verfaßten Broschüre, die im Verlage der „Völpziger Volkszeitung“ zum Preise von 15 Pf. jetzt erschienen ist. Bei Massenbezug durch die Organisationen ist der Preis auf 10 Pf. gestellt.

Die Broschüre enthält in knapper Form und die für die Agitation brauchbar zusammengestellt das wichtigste Material zu dieser Frage.

Das Problem, worum es sich handelt, wird aufgezeigt in den Kapiteln: Frauenerwerbsarbeit — Beruf und Mutterschaft — Ernährung und Wohnen — Säuglingssterblichkeit — Jugendliche Krüppel. Die Frauenerwerbsarbeit ist in Deutschland von 5 Millionen 541 000 im Jahre 1882 auf 9 1/2 Millionen im Jahre 1907 gestiegen; sie hat sich seit 1882 also fast verdoppelt. Das sozial bedeutsamste dabei ist, daß fast vier Millionen Ehefrauen im Hauptberuf erwerbstätig beschäftigt sind. Der Prozentanteil dieser Erwerbstätigen stieg seit 1882 von 16,4 auf 31,1 Proz. Diese Tatsache bedingt unter den heutigen Umständen geradezu entsetzliche Folgen für das Familienleben der Arbeiterschaft und für die Mutterschaft der Arbeiterfrau überhaupt. Für die verheiratete Frau bedeutet die jegliche Erwerbsarbeit das Doppeljoch der Haus- und Lohnarbeit. Unter dieser Doppellast sinkt frühes Siedumt und Sterben für die Frau, Verfall des Familienheims für den Mann die unausbleiblichen Folgen. Für die Kinder bedingt sie eine schwache Konstitution, Veranlagung zu Krankheit, Ursache der hohen Säuglingssterblichkeit.

Wie die gesamte Ungunst der sozialen Verhältnisse, unter denen die Arbeiterschaft lebt, auf die Säuglingssterblichkeit einwirkt, zeigt die Broschüre unter vielen anderen Beweisen an einer Statistik aus Halle, die in Nr. 46 der „Kommunalen Praxis“ von 1909 erschien. Es starben in Halle von je 100 Säuglingen: 4,3, wenn der Vater höherer Beamter, Offizier oder akademisch Gebildeter war; 13,0, wenn der Vater Fabrikant, Kaufmann, Landwirt war; 13,5, wenn der Vater mittlerer Beamter war; 18,9, wenn der Vater gelernter gewerblicher Arbeiter war. Dasselbe aufreizende Ergebnis zeigt die Schrift an einer Statistik, aus den Arbeitervierteln Berlins, wo die Sterblichkeit in Weiskese 31,92 Proz., in Reich 29,34 Proz., in Lichtenberg 25,11 Proz., dagegen in dem Villenviertel Döbelen nur 6,67 Proz. betrug. — Die Arbeiterfrauen trauern, wenn ihre Kinder sterben; sie sollten lieber wie Rätinnen, die ihre Jungen gegen Gefahr verteidigen, sich mit unserer Partei zum Kampf gegen die Klassenverhältnisse wenden, die ihnen ihre Lieblinge morden.

Die Säuglingssterblichkeit ist in Deutschland so hoch, daß sie in den kultivierten Staaten und Weltteilen nur noch von Amerika, Rußland und Oesterreich übertroffen wird. In den Jahren von 1901—1908 hatten eine Säuglingssterblichkeit nach Prozenten: Amerika 29,8 Proz., Rußland 27,2 Proz., Oesterreich 20,2 Proz., Deutschland 19,5 Proz., Frankreich 14,3 Proz., Holland 12,2 Proz., Dänemark 10,8 Proz., Schweden 7,1 Proz., Norwegen 6,7 Proz., England 12,1 Proz., und Australien 6,8 bis 9,8 Proz. Die Broschüre zeigt die bemerkenswerte Erscheinung, daß den schlechten agrarischen Verhältnissen in Ost- und Westpreußen, in Pommern, Posen und dem Königreich Bayern ebenso viele neugeborene Arbeiterkinder zum Opfer fallen, wie der kapitalistischen Proletariat in den allerträurigsten industriellen Stenbezirken.

Ein ebenso düsteres Bild wie das des Frauenschicksals und der Säuglingssterblichkeit ist jenes der jugendlichen Krüppel. Deren wurden 1900/07 in Deutschland über 90 000 festgestellt. Und die überwiegenden Arten der Krüppelheiten — Lähmung, Tuberkulose, Verkrüppelung der Wirbelsäule, englische Krankheit — zeigen, daß Säuglingssterblichkeit und Verkrüppelung aus den gleichen, gekennzeichneten sozialen Ursachen erwachsen. — Der Mangel an sachkundiger Hebammenhilfe, den die Broschüre für weite Gebiete Deutschlands konstatiert, ist ein weiterer Befehl für die Notwendigkeit des geforderten Schutzes.

Weiter wird geschildert, was unsere Partei zur Verbesserung der Bestimmungen der Gewerbeordnung (Titel 7, §§ 135—139a, und der gesetzlichen Vorschriften zum Schutze gegen Vergiftungs-

gefahren in den Gewerbebetrieben), des Kinderschutzes der Krankenversicherung und der geplanten Reichsversicherungsordnung getan hat, was sie vom Staate und von den Gemeinden fordert. Die Verfasserin zeigt weiter, daß die Mutter- und Säuglingsfürsorge nicht ein Problem für sich darstellt, welches man losgelöst von der Gesamtheit unserer Verhältnisse und Kämpfe behandeln kann, sondern nur im engsten Zusammenhang mit dem Kapitalismus und unserm grundsätzlichen Klassenkampf. Für unsere sozialistische Bewegung heißt es: Kampf gegen die kapitalistische Ausbeutung, besonders gegen ihre verwerfende Form, den Raubbau am Leben der Frau und der heranwachsenden Generation! Im übrigen die Bahn frei für die Lösung der Frau aus wirtschaftlicher Abhängigkeit! Einem mit der Frau in die Arbeiterbewegung, und durch gemeinsamen Kampf neben dem Manne zum Sozialismus! Mit dem Siege des Sozialismus, der Produktion für die Bedürfnisse aller, lösen sich alle Probleme, die unter der Herrschaft des Kapitals mit ihrer Produktion nur zur Vergrößerung des Mehrwerts aufgetaucht sind.

## Aus aller Welt.

### Kirche und Volkszählungslisten.

Nach den gesetzlichen Bestimmungen sind die Zählbogen für Volkszählungszwecke von den mit dem Zählgeschäft betrauten Faktoren völlig diskret zu behandeln und keinem anderen Interesse zu anderen Zwecken zur Verfügung zu stellen. Bei der letzten Volkszählung sind nun die Erhebunglisten in einem Ludwigshafener Pfarrbezirk durch den katholischen Geistlichen zu kirchlichen Zwecken mißbraucht worden.

In einer Sitzung des Stadtrats machte der mit der Untersuchung beauftragte Polizeikommissar Angaben über den Vorfall, aus denen hervorging, daß die Anregung zu der unerlaubten Benutzung der Listen von dem Pfarrer Hans ausging. Dieser wünschte sich daraus angeblich über verkommene Pfarränder näher zu unterrichten und trat an den Schulverwalter, der die Listen in Verwahrung hatte, mit einem entsprechenden Ansuchen heran. Bei der Unterredung war der frühere Polizeibeamte und jetzige Wagemeister Kuhn anwesend, und als der Schulverwalter sich weigerte, die Listen herauszugeben, versprach Kuhn, sie dem Pfarrer zu verschaffen. Kuhn war sich bewußt, daß die Listen Amtsgeheimnis bleiben sollten. Trotzdem besorgte er sich den Duplikatschlüssel zum dem Schulhause und dem Pfarramt und nahm die Listen an sich. Der Pfarrer soll angeblich von dem unrechtmäßigen Vorgehen Kuhn gewußt, aber nichts dagegen eingewendet haben. Nach dieser Sachdarstellung beschloß der Stadtrat, sowohl gegen Pfarrer Hans wie gegen den Wagemeister Kuhn bei der Staatsanwaltschaft Anzeige zu erstatten.

### Tribüneneinsturz bei einem Hahnenkampf.

In der im nördlichen Frankreich gelegenen Stadt Cambrai fand am Mittwoch ein Hahnenkampf statt, der eine große Anzahl Zuschauer herbeigelockt hatte. Während der Vorstellung stürzte plötzlich die provisorisch errichtete Tribüne unter der Last der vielen Menschen zusammen. Fünfzig Personen sind hierbei teils getötet, teils schwer verwundet worden. Eine ganze Anzahl anderer Personen erlitten leichte Verletzungen.

### Eine Bettlerkundgebung.

Vor der Wiener Polizeidirektion fand am Mittwoch eine Kundgebung von Bettlern statt, die unzufrieden sind, weil sie aus dem Nachlaß des Barons Rothschild nichts bekommen haben. Unmittelbaren Anlaß zu dieser Demonstration gab, wie der „Voss. Zig.“ gemeldet wird, eine Kundmachung am Tore der Polizeidirektion, in der es hieß: „Ansuchen um Beteiligung aus dem Rothschild'schen Nachlaßlegat können nicht mehr berücksichtigt werden, weil dasselbe erschöpft ist.“ Unter den Bettlern sah man Blinde und Lahme. Ihre Rufe: „So viel Geld, und wir haben nichts bekommen!“ erregten großes Aufsehen. Die Wache machte der Kundgebung ein Ende.

Die Rufe der Armen sind sehr begrifflich, hat der Verstorbene doch 600—700 Millionen Kronen seinen trauernden Erben hinterlassen. Ein Trinkgeld von dieser ungeheuren Summe in hochherziger Weise für Wohltätigkeitszwecke bestimmt worden.

### Brandkatastrophe in Moskau.

In der vergangenen Nacht brach in Moskau in einem von Arbeitern bewohnten Hause Feuer aus, das schnell um sich griff. Die Bewohner sprangen zu den Fenstern hinaus, wobei acht Personen schwer und sieben leicht verletzt wurden. Unter den Trümmern des eingestürzten Hauses fand man fünf verkohlte Leichen.

### Heiliger Bureausrat!

Das I. L. Kreisgericht Eger hat das Verfahren zur Todeserklärung des seit seinem 19. Jahre verstorbenen Schuhmachers Georg Adam Nieldbauch eingeleitet und fordert ihn auf, vor dem Gericht in Eger zu erscheinen oder es auf andere Weise in Kenntnis seines Lebens zu setzen. Georg Adam Nieldbauch ist geboren in Eger am — 9. Juli 1770.

### Kleine Notizen.

Die Pest in Chorbín. Am Mittwoch sind in Chorbín an der Pest zwanzig Chinesen gestorben. In der Nähe der Stadt wurde ein vollständig ausgestorbener Chinesendorf entdeckt; die im freien liegenden Leichen sind übersäet.

Mordtat eines neunjährigen Knaben. In Neapel ein neunjähriger Knabe, dem während des Spiels von einem Kameraden die Röhre entwendet war, aus Wut darüber ein Messer gezogen und den Kameraden erstochen. Die angefallene Volksmenge drohte den Täter zu lynchen. Nur schwer gelang es den Polizeisten, ihn in Sicherheit zu bringen.

Schwerer Unfall in einem bergigen Bergwerk. In der Grube Boucau bei Racheigne ist ein Arbeiter, in dem sich zwanzig Arbeiter befanden, entgleist. Zahlreiche Arbeiter wurden aus dem Korbe gefleudert und erlitten schwere Verletzungen.

Vom Zuge überannt. Auf einem Bahnübergang in der Nähe von Krakau wurde ein Bauernwagen, in dem sich vier Personen befanden, von einem Eisenbahnzug überannt. Eine der Personen wurde getötet, die übrigen schwer verletzt. Der Wagen ging vollständig in Trümmer.

Durch den Abzug eines Schneeberges in der Nähe von Ardler an der Röhre des Schwarzen Rheines wurden zwei Häuser zerstört. Dabei kamen vier Personen ums Leben, außerdem wurde eine größere Menge Vieh getötet.

Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter (G. d. 29. Hamburg). Filiale Baumfchulenweg, Sonnabend, 25. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal von Köding, Baumfchulenstr. 67: Außerordentliche Mitgliederversammlung.

Amstlicher Marktbericht der städtischen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Central-Markthallen. Markttag: Fleisch: Zufuhr stark, Geschäft schleppend, Preise für Schweinefleisch anziehend, sonst un verändert. Milch: Zufuhr ohne Bedeutung, Geschäft ruhig, Preise gut. Geflügel: Zufuhr genügend, Geschäft nicht lebhaft genug, Preise nachgebend. Fisch: Zufuhr etwas reichlicher, Geschäft ziemlich lebhaft, Preise wenig verändert. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise un verändert. Gemüse, Obst und Südfrüchte: Zufuhr genügend, Geschäft ruhig, Preise fest.



# A. WERTHEIM

G. M. B. H.

## LEIPZIGER STR. 132-137 am Leipziger Platz



ROSENTHALER STR.

Freitag und Sonnabend:

ORANIEN-STRASSE

# Preiswerte Lebensmittel

## Konserven

Stangenspargel extra stark 1/2 Dose 1.55	Junge Schoten extra fein 1/2 Dose 90 Pf.
Stangenspargel extra stark 1/2 Dose 85 Pf.	Junge Schoten I 1/2 Dose 75 Pf.
Stangenspargel I 1/2 Dose 1.45	Junge Schoten IV 1/2 D. 36 Pf.
Stangenspargel II 1/2 Dose 1.35	Karotten . . . . . 1/2 Dose 45 Pf.
Stangenspargel III 1/2 Dose 1.15	Gemischtes Gemüse 1/2 D. 48 Pf.
Bruchspargel I . . . 1/2 Dose 1.15	Grünkohl fein gewiegt 1/2 Dose 32 Pf.
Bruchspargel II . . . 1/2 Dose 88 Pf.	Kohlrabi in Scheiben 1/2 Dose 27 Pf.
Bruchspargel ohne Köpfe 1/2 Dose 68 Pf.	Rosenkohl . . . . . 1/2 Dose 68 Pf.
Kaiserschoten . . . 1/2 Dose 1.05	Sellerie in Scheiben 1/2 Dose 50 Pf.
Kaiserschoten . . . 1/2 Dose 58 Pf.	Pfefferlinge . . . . . 1/2 Dose 48 Pf.
Pflaumen . . . . . 1/2 Dose 40 Pf.	Bratheringe . . . . . Dose 40 Pf.
Pflaumen halbe Frucht 1/2 Dose 48 Pf.	Bismarckheringe . Dose 40 Pf.
Pflaumen geschält, 1/2 Dose 85 Pf.	Forellenheringe . . Dose 48 Pf.
Heidelbeeren . . . 1/2 Dose 55 Pf.	Neunaugen . Dose 6 Stück 65 Pf.
Aprikosen Ia halbe Frucht, geschält . . . . . 1/2 Dose 1.55	Russische Sardinen Glas 24 Pf.
Melange Früchte II 1/2 D. 85 Pf.	Hummern . . . . . 1/2 Dose 2.35
Kirschen mit Steinen 1/2 Dose 58 Pf.	Appetit-Sild . Dose 38, 48 Pf.
Zuckergurken . . . Glas 70 Pf.	Oelsardinen . Dose 38, 48 Pf.
Znaimer Gurken . . Glas 70 Pf.	Oelsardinen Spezialmarke 1/2 Dose 75 Pf., 1/2 Dose 1.30, 1/2 Dose 2.50

## Engl. Porter und Ale

Baxters Double Brown stout . . . . . 10 Flaschen 1.90	
Baxters Pale Ale . . . . . 10 Flaschen 2.70	
<small>Flaschen werden mit 10 Pf. berechnet und ebenso zurückgenommen.</small>	
Blankenhainer Kraftmalzbier 10 Flaschen inkl. Flasche . . . . . 3.50	
Braunschweiger Doppel-Mumme 1/2 Dose 2.10, 1/2 Dose 1.10	
<small>konzentriertes Malzextrakt</small>	

## Fleischwaren

Landschinken ca. 8-11 Pfd. schwer Pfund 1.25
Rollschinken ca. 6-10 Pfd. schwer Pfund 1.25
Mausschinken ca. 2 1/2-3 Pfd. schw. Pfund 1.15
Schinkenspeck in Stücken von 1 1/2 bis 4 Pfd. Pfund 95 Pf.
Zerelat- u. Salami in Rinddarm Pfund 1.20
Zerelat- u. Salami in Blasen Pfund 1.30
Teewurst und Plockwurst Pfund 1.10
Bauern-Mettwurst . . . Pfund 95 Pf.
Feine Leberwurst . . . Pfund 95 Pf.
Landleberwurst . . . . Pfund 80 Pf.
Jagdwurst . . . . . Pfund 95 Pf.
Rotwurst . . . . . Pfund 45, 65 Pf.

## Käse und Butter

Magdeburger Landkäse Stück 15 Pf.
Steinbuscher Käse . . . Pf. 85 Pf.
Romatour . . . . . Stück 25 Pf.
Schles. Stangenkäse 3 Stück 20 Pf.
Limburger . Pf. 60, Tilsiter 50 Pf.
Spitzkäse . . . . . 2 Stück 10 Pf.
Schweizer Käse . . Pf. 70, 80 Pf.
Emmentaler Käse . . . Pf. 1.05
Edamer Pf. 75, Brikkäse Pf. 48 Pf.
Camembert-Käse . . . 2 Stück 35 Pf.
Ess-Butter . . . . . Pf. 1.20, 1.28

## Steinpilze

1/2 Dose 85 Pf.

## Rote Rüben

1/2 Dose 33 Pf.

Dose ca. 10 Pfd. 1.20

## Senfgurken

Dose ca. 10 Pfd. 2.50

## Mirabellen

1/2 Dose 65 Pf.

## Bratheringe

Dose 4 Liter 1.05

## Hülsenfrüchte

Viktoria-Erbesen . . Pfund 16 Pf.	Mittel-Linsen . . . . Pfund 13 Pf.
Kleine Erbsen . . . . Pfund 14 Pf.	Grosse Bohnen . . Pfund 22 Pf.
Glasierte Erbsen gelb, Pf. 22 Pf.	Mittel-Bohnen . . . Pfund 18 Pf.
Spalt-Erbesen glas., gelb, Pf. 18 Pf.	Kleine Bohnen . . . Pfund 15 Pf.
Grüne Erbsen . . . . Pfund 18 Pf.	Java-Reis . . . . . Pfund 28, 23 Pf.
Grosse Linsen . . . . Pfund 18 Pf.	Rangoon-Reis Pfund 19, 15 Pf.

### Getrocknete Gemüse.

Gem. Gemüse Pfund 52, 90 Pf.	Grünkohl . . . . . Pfund 70 Pf.
Wirsingkohl . . . . . Pfund 95 Pf.	Karotten . . . . . Pfund 45 Pf.
Weisskohl . . . . . Pfund 75 Pf.	Spinat . . . . . Pfund 1.55
Rotkohl . . . . . Pfund 70 Pf.	Schnittbohnen . . . Pfund 1.45

## Backobst

Gem. Backobst 28, 36, 48 Pf.	Kalif. Pfirsiche 44, 52, 65 Pf.
Pflaumen . Pf. 23, 38, 42 Pf.	Kaliforn. Nectarinen Pf. 52 Pf.
Entsteinte Pflaumen Pf. 48 Pf.	Amerikan. Ringäpfel Pf. 64 Pf.
Kaliforn. Aprikosen 74, 85 Pf.	Saure Kirschen . . . Pf. 44 Pf.
Kalif. Birnen 58, 68, 76 Pf.	Italien. Prunellen . Pf. 84 Pf.

## Teigwaren

„Senta“-Makkaroni stark und fein. 1 Pfd.-Paket 40 Pf.	Schnitt- u. Fadennudeln leicht gefärbt . . . . . 1 Pfd. 26 Pf.
„Globus“-Makkaroni stark und fein, leicht gefärbt, 1 Pfd.-Paket 32 Pf.	Prima Fasson-, Graupen- und Hörnchennudeln . Pf. 35 Pf.
„Olympia“-Schnitt-, Faden- und Bandnudeln 1 Pfd.-Paket 50 Pf.	Fasson- und Graupennudeln leicht gefärbt . . . . . Pf. 30 Pf.
„Senta“-Schnitt-, Faden- und Bandnudeln 1 Pfd.-Paket 40 Pf.	

## Obst und Gemüse

Kaliforn. Tafeläpfel Pf. 35, 40 Pf.
Italien. Tafeläpfel . . . . Pf. 18 Pf.
Ananas . . . . . Pf. 58, 75 Pf.
Datteln . . . . . Karton 35 Pf.
Blut-Apfelsinen . . . . . Dtz. 35, 40 Pf.
Valencia-Apfelsinen Dtz. 30, 55 Pf.
Zitronen . . . . . Dtz. 18, 22, 28 Pf.
Sellerieknollen . . . . . Stück 5, 8 Pf.

## Räucherwaren

Geräucherter Seelachs Pf. 35 Pf.
Forellenstör . . . . . Pf. 50 Pf.
Geräucherte Aale . . . . . Pf. 1.10
Sprottbücklinge . . . . . Pf. 12 Pf.
Fleckheringe . . . . . 3 Stück 20 Pf.
Makrelen-Bücklinge . . 3 Stück 20 Pf.
Hummer-Krabben . . . . Pfund 63 Pf.
Fischwürste aus Fischfleisch Stück 15 Pf.

## Geflügel

Schneehühner . . . . . 85 und 95 Pf.
Suppenhühner . . . . . 1.25 bis 2.10
Puten . . . . . Pfund 75 u. 85 Pf.
Haselhähne . . . . . 1.35
Junge Gänse u. Poularden zu billigen Preisen.

Nur Leipziger und Rosenthaler Str.

## Rindfleisch

Schmorfleisch . . . . Pf. 90 Pf.
Filet im Ganzen . . . . Pf. 1.00
Roastbeef . Pf. 95 Pf., aus-geschält 1.30
Gulasch u. Kamm . Pf. 70 Pf.
Gehacktes u. Talg . . Pf. 60 Pf.
Pökelszunge . . Pf. 1.35 u. 1.50

## Schweinefleisch

Frischer Schinken Pf. 75 Pf.
Kamm u. Schuft . . . Pf. 75 Pf.
Kotelettes . . Pf. 80, geteilt 90 Pf.
Eisbein (Dickbein) . Pf. 65 Pf.
Rückenfett . . . . . Pf. 55 Pf.
Pökelkamm . . . . . Pfund 70 Pf.

## Kalbfleisch

Kalbskeule u. Nieren-braten Pf. 90 Pf., geteilt 1.00
Kamm u. Bug Pf. 75 Pf., geteilt 80 Pf.
Brust Pf. 80 Pf., Spitze 90 Pf.

## Hammelfleisch

Hammelkeule Pf. 80, geteilt 85 Pf.
Dicke Rippe . . . . . Pf. 80 Pf.
Dünnung . . . . . Pf. 60 Pf.

## Fische

Kabeljau . . . . . Pfund 10 Pf.	Tafelzander Pf. 65, 75 Pf.	Lebende Bleie Pfund 38 Pf.
Schellfische groß Pf. 18, 23 Pf.	Tafellachs . . . Pfund 38 Pf.	Lebende Schleie 85 Pf., 1.00
Seelachs . . . . . Pfund 13 Pf.	Stockfische gewässert Pfund 35 Pf.	Hechte lebend 95, ganz 80 Pf.
Heilbutten klein Pfund 45 Pf.	Grüne Heringe M. 28 Pf.	Karpfen lebend Pfund 65, 75, 90 Pf.

Kasseler Rippespeer . . . . . Pfund 70 bis 85 Pf.

Hirsch- u. Wildschwein 85 Pf. 60 Pf. 25 Pf.

Ständiger Verkauf, Leipziger Strasse:

## FEINE KALTE KÜCHE

Arrangements von kalten Buffets, sowie jede Art garnierter, kalter Platten. Portionsweiser Verkauf fertiger Speisen.

Schinken in Burgunder . . . . . 1.25
Frikassee von Huhn . . . . . 1.25
Gebratene Steyrerische Poulets . . 1.90 bis 2.30
Krusten-Gänseleber-Pasteten mit Trüffeln, in Madeira-Gelee Stück 1.10



Verband der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgegend.

Die ordentliche Generalversammlung des Verbandes findet statt am Sonntag, den 26. Februar 1911, mittags 12 Uhr, in Kellers Festsaal (Zuh. Freyer), Koppenstraße 29.

Tagesordnung:

- 1. Vorstand-, Kassen- und Revisionsbericht.
2. Anträge der Kreiswahlvereine.
3. Der Bezirks-Raifonds.
4. Partei- und Verbandsangelegenheiten.

Der Verband der Mandatskarten an die Kreise und Einzelteilnehmer ist erfolgt. Der Aktionsauschuss.

Anträge zu Punkt 2.

Antrag 1: 4. Kreis und Nieder-Barnim.

Groß-Berlin möge auf das Erscheinen einer Montags-Abendausgabe des „Vorwärts“ hinwirken, insbesondere während der Reichstagswahlperiode.

Antrag 2: Teltow und Nieder-Barnim.

Die Gewerkschaftszugehörigkeit der Parteigenossen ist, um den Beschlüssen des Mannheimer Parteitages nachzukommen, erneuter Prüfung zu unterziehen.

Antrag 3: 4. Kreis und Nieder-Barnim.

Die Zeitungskommissionen sollen auch für die Zukunft bestehen bleiben, resp. als Beschwerdel Kommissionen wieder eingeführt werden.

Antrag 4: 2. Kreis.

Um eine stärkere Beteiligung an den Parteiarbeiten herbeizuführen, sind Tätigkeitsmarken oder eine andere zweckentsprechende Kontrolle einzuführen.

Antrag 5: Nieder-Barnim.

Parteigenossen dürfen nicht Mitglieder von Haus- und Grundbesitzervereinen sein.

Zu Punkt 3.

Antrag 6: Resolution des Zentralvorstandes.

Die Vorstände der Berliner Gewerkschaften haben in ihrer Sitzung vom 21. Februar beschlossen:

Zur Bildung eines Raifonds wird, vom 1. Mai ab, eine allgemeine, freiwillige Sammlung vorgenommen, zu welcher Marken im Werte von 50 und 25 Pf. herausgegeben werden.

Diese Marken sind durch die Vertrauensleute der einzelnen Organisationen abzugeben und unterliegt es dem freien Willen jedes einzelnen Abnehmers, mit welcher Anzahl Marken er zum Raifonds beisteuern will.

Es wird jedoch von jedem Organisierten (gleichgültig, ob Mann oder Frau) erwartet, daß er sich an der Sammlung zum Raifonds beteiligt.

Der Zentralvorstand des Verbandes schließt sich dieser Deklaration an, mit der Mahnung, daß die Parteigenossen und Genossinnen moralisch verpflichtet sind, Markten im Betrage von nicht unter 1 M. für Männer und nicht unter 50 Pf. für Frauen zu entnehmen.

Stadtverordneten-Versammlung.

8. Sitzung vom Donnerstag, 23. Februar, nachmittags 5 Uhr.

Vorsteher Richelet eröffnet die Sitzung um 5 1/2 Uhr.

In den Ausschuss zur Vorbereitung der Neuwahl des Oberbürgermeisters und zweier befohlener Stadträte hat die sozialdemokratische Fraktion die Stadtverordneten Bruns, Heimann, Pinke und Pfannschuch delegiert.

Auf der Tagesordnung steht die erste Beratung des Stadthaushaltsplans für 1911. Mit Zustimmung aller Fraktionen wird dieser Punkt von Tagesordnung abgesetzt.

Stadtv. Liebenow (A. L.) berichtet über die Ausschussverhandlungen zur Vorlage betr. neue und erhöhte Zuwendungen an gemeinnützige Anstalten und Vereine.

Der Ausschuss hat von den neu beantragten Zuwendungen zwei gestrichelt, nämlich 2000 M. für die „Vereinigung zur kirchlichen Fürsorge für die Alth- und Kanalschiffer“ und 30 000 M. für den „Organisationsausschuss“ unter dem deutschen Ueberlandwettbewerb 1911/12 (dieser Posten unter dem Vorbehalt späterer Subvention, sobald das Unternehmen festere Form angenommen haben wird). Verhört ist die Position von 1500 M. für die Lamphorfschen Kinderarbeitsstätten auf 1000 M., erhöht dagegen die außerordentliche Subvention für den Verein zur Unterstützung und Verpflegung armer Wäscherinnen von 1000 auf 1500 M. Für das „Deutsche Museum von Reiterwerten der Naturwissenschaft und Technik“ in München soll ein Mitgliedsbeitrag nicht von 100, sondern von 1000 Mark eingestellt und außerdem der Magistrat um eine Vorlage zur Bewilligung eines angemessenen Zuschusses an dieses Museum ersucht werden.

Die im Ausschuss eingebrachten Anträge, dem Schülerverein „Mannsee“ mit 920 M. Jahresbeitrag für 1911 beizutreten, und dem Verein der Volkshilfsgärten in Berlin über die wieder bewilligten 16 000 M. hinaus noch eine weitere Beihilfe von 2500 Mark zu gewähren, sind zurückgezogen worden.

Zu der Position von 18 000 M. für den Verein „Kinderhort“ bemerkt

Stadtv. Dr. West (Soz.): In der ersten Lesung haben sich alle Redner für den Verein „Kinderhort“ eingelegt und ihre Stimme für eine Erhöhung der 18 000 M. Subvention erhoben. Der Ausschuss ist nun doch nicht über diese Summe hinausgegangen. Da der Verein noch über 13 000 M. Kassenbestand verfügt, schien es der Mehrheit nicht aufgeklärt, wofür der Verein noch mehr Mittel als jene 18 000 M. gebraucht. Aber mit diesen 18 000 M. soll der Verein noch bis zum 1. April 1911 wirtschaften. Nachdem im Ausschusse der Magistratskommissar erklärt hat, wenn diese 18 000 M. nicht ausreichen und neue Kinderhorte eröffnet werden sollten, dann eine Nachtragsforderung an uns kommen wird, möchte ich dringend bitten, wenn der Verein im kommenden Etatsjahre an die Stadt herantritt, der Magistrat und die Versammlung dem Verein ihre offene Hand bewähren zu lassen.

Die 18 000 M. werden bewilligt.

Zu der beantragten Subvention von 9000 M. für den „Gemeinnützigen Verein für Rechtsauskunft in Groß-Berlin“ erklärt

Stadtv. Ritter (Soz.): Wir können diese Summe nicht bewilligen. Nicht, daß wir grundsätzlich dagegen wären, Unbemittelten Rat und Hilfe zu gewähren; wir selbst sind Träger von Einrichtungen, welche sich in Deutschland einen gewissen Namen verschafft haben; wir besitzen einige hundert Arbeitersekretariate und Rechtsauskunftstellen. Prinzipiell meinen wir aber, daß es sich hier um eine Aufgabe der Gemeinde handelt. (Zustimmung.) Die private Arbeit kann hier nur Stückwerk leisten; ihre Träger halten selbst ihre Aufgabe für erfüllt, sobald die Gemeinde die Arbeit übernimmt. Der zu subventionierende Verein sieht auf dem gleichen Standpunkt; in seinem Bericht von 1908 führt er auch lebhaftest Klage darüber, daß gerade diejenigen Kreise, deren Mitwirkung man von Anfang an erwartet hatte, die Korporationen der Industrie und des Handels und das große Publikum, völlig verfaßt haben. Unterstützung dieser privaten Einrichtungen auf Kosten der Steuerzahler ist nach unserer

Auffassung nicht das Richtige; wir stimmen deshalb für Ablehnung dieser Position.

Stadtv. Goldschmidt (A. L.): So aus dem Handgelenk kann die Gemeinde eine solche Einrichtung doch nicht schaffen; auch würde sie weit mehr als 9000 M. zahlen müssen.

Die Summe wird bewilligt. Für den Zentralvorstand des Oberlinvereins für Rowawes sind 5000 M. eingestellt.

Stadtv. Dr. West (Soz.): In dem Krüppelheim des Oberlinvereins werden unter dem Deckmantel der Krüppelfürsorge pietätische Sonderinteressen gepflegt, wie mir mitgeteilt worden ist. Wir haben in Berlin zur Unterbringung von Krüppeln ein vorzüglich geleitetes Institut, in dem kirchliche Zwecke gänzlich außer acht bleiben, obwohl den Kindern nach Bedarf auch religiöser Unterricht erteilt wird; ein Institut, an dessen Spitze ein Arzt steht, während das Oberlin-Institut unter einem Pastor zu stehen das Glück hat. Der dortige Leiter ist auch eines der bedeutendsten Mitglieder der „Inneren Mission“. Wir halten dafür, daß eine Krankenanstalt, eine Heilanstalt unter ärztlicher Leitung stehen muß. Die ärztliche Versorgung in Rowawes ist unzulänglich; es ist für Krüppel eine chirurgisch-orthopädische Behandlung notwendig. Es führt aber nur ein- bis zweimal die Woche ein Orthopäde aus Berlin hinaus und gibt Ratsschläge, ohne selbst zu behandeln; keine Operationen führt der das Krankenhaus leitende Arzt aus. Genügende ärztliche Versorgung scheint also ausgeschlossen. Mit den 5000 M. werden freilich abgegolten die Kosten der Verpflegung und Behandlung der 100 Berliner Kinder, die sich dort seit Jahr und Tag schon aufhalten. Ich nehme die Gelegenheit wahr, unsere Armenverwaltung zu ersuchen, dieses Institut einer recht eingehenden häufigen, unermüdeten Revision zu unterziehen. (Zuruf.) Daß es geschieht, davon ist mir und meinen Freunden nichts bekannt. Es wird nichts haben, da wir doch schließlich an einem Mißlingen genug haben, wenn wir schon unsere Waisen Kinder in solche Anstalten geben müssen.

Die 5000 M. werden bewilligt. Im übrigen beschließt die Versammlung ohne weitere Debatte durchweg nach den Ausschussvorschlüssen.

Die amtliche Bezeichnung „Stadtbauinspektor“ soll vom 1. April 1911 ab fortfallen, dafür sollen die Inhaber dieser Amtsbezeichnung künftig „Stadtbaumeister“ heißen. Infolge dieser Aenderung wird auch eine neue Gehaltsordnung nötig. Möglicherweise nach ihrer Anstellung als Stadtbaumeister sollen sie in Magistratsbauratsstellen berufen werden können und damit eine entsprechende Titularstellung erhalten.

Die Magistratsvorlage geht auf Antrag der Stadtv. Körte (Fr. Fr.) und Stapp (A. L.) in einen Ausschuss.

Der Kirchengemeinde Ralchow will der Magistrat als Eigentümer des Ritterguts Ralchow und als Patron der Kirche eine Fläche von 60 Ar für 3000 M. zur Anlegung eines Begräbnisplatzes verkaufen.

Die Vorlage gelangt mit einem Amendement Manasse (Soz.) zur Annahme, wonach Berlin das Recht haben soll, das Grundstück zum gleichen Preise zurückzukaufen, wenn es nicht mehr benutzt werden sollte.

Schluß der öffentlichen Sitzung gegen 7 Uhr.

Jugendbewegung.

Preussische Minister und Schulaufsichtsbehörde über dem Reichsgericht.

Die Polizeibehörde in Lichtenberg bei Berlin hat den Kampf gegen die proletarische Jugendbewegung von jeher mit besonderer Schärfe geführt. Als der dortige Jugendauschuss vor Jahresfrist einen Geschichtskursus veranstalten wollte, ging dem Referenten zwei Tage vor dem ersten Unterrichtsabende folgende Verfügung des Polizeipräsidenten zu:

Wie ich in Erfahrung gebracht habe, beabsichtigen Sie am 11. Februar 1910 in Lichtenberg „für die Jugend“ einen Unterrichtskursus für Geschichte zu beginnen. Ich fordere Sie auf, mir vor Beginn des Unterrichts den gemäß § 15 der Ministerialinstruktion vom 31. Dezember 1899 zur Ausführung der Kabinetsorder vom 10. Juni 1894 erforderlichen Erlaubnischein zum Unterrichten jugendlicher Personen vorzulegen, widrigenfalls ich den Unterricht verbieten würde.

Die vorhin erwähnten Verordnungen sind tatsächlich ergangen, nur haben die Aktenmängel der Polizei übersehen, daß sie sich auf den Unterricht für schulpflichtige Kinder beziehen, was übrigens auch vom Oberverwaltungsgericht festgestellt worden ist. Es lag darum auch keine Veranlassung vor, auf den Kursus zu verzichten. Die Lichtenberger Polizeibehörde befürwortete sich aber nicht um die Auffassung des obersten Verwaltungsgerichtshofes, sondern entwandte zu dem Vortragsabend ein erhebliches Polizeiaufgebot, das die Veranstaltung verhindern mußte. Schließlich wurden auch die Einzelvorträge mit anderen Themen verboten oder mit Gewalt verhindert, weil angeblich auch solche Vorträge als ein Erteilen von „Unterricht“ aufzufassen seien.

Gegen das Verhalten der Lichtenberger Polizei wurde im Wege des Verwaltungsstreitverfahrens sofort Beschwerde eingelegt. Schon jetzt — nach einem Jahre! — ist vom Minister des Inneren folgende Entscheidung ergangen:

Berlin, den 1. 2. 1911.

Die namens des Tischlers Friedrich Tarnow in Boxhagen gegen den Bescheid des hiesigen Kgl. Polizeipräsidenten vom 8. Oktober v. J. ergohene, von dem Herrn Unterrichtsminister mir zur zuständigen Entscheidung übermittelte Beschwerde vom 22. desselben Monats erscheint begründet. Es ist bei den angefochtenen Verfügungen des Kgl. Polizeipräsidenten zu Lichtenberg vom 7. und 11. Februar v. J. um Anordnungen schulpflichtiger Natur handelte, hätten diese Anordnungen entweder unmittelbar von der zuständigen Schulaufsichtsbehörde erlassen werden müssen, oder es hätte, wenn die Ortspolizeibehörde in Lichtenberg sie im Auftrage und als ausführendes Organ der Schulaufsichtsbehörde erließ, aus den Verfügungen hervorgehen müssen, daß es sich um Anordnungen im Auftrage der Schulaufsichtsbehörde handelt. Die angefochtenen Verfügungen bringen leichers nicht zum Ausdruck, sondern stellen sich der Form nach als gewöhnliche ortspolizeiliche Verfügungen dar, zu deren Erlass in Schulaufsichtsangelegenheiten der vorliegenden Art die Ortspolizeibehörden nicht zuständig sind. Ich habe aus diesem Grunde die Aufhebung der fraglichen Verfügungen veranlaßt.

In Vertretung (Unterschrift).

An dieser Entscheidung ist zunächst interessant, daß die Lichtenberger Polizeibehörde mit der Verhinderung der Vorträge nicht in rechtmäßiger Ausübung ihrer Befugnisse handelte. Aber ein volles Jahr konnte sie sich in dieser ungesetzlichen Position behaupten! Der Berliner Polizeipräsident als Vorinstanz habe die Beschwerde abgewiesen, weil die Polizei angeblich im Auftrage der Schulaufsichtsbehörde gehandelt habe. Traue das zu, würde der Minister sicher nicht verurteilt haben, die Behauptung zur Entlastung der Lichtenberger Polizei zu wiederholen.

Weit interessanter aber ist das, was nicht in der Entscheidung steht. Die Beschwerde hatte sich gegen die ungesetzliche Auslegung der Verordnungen aus der vorwärtigen Zeit gewandt. In einer erneuten Beschwerde wurde auch auf das am 14. Juni ergangene Urteil des Reichsgerichts in Sachen Bildung und Weber verwiesen, die in ihren Zeitungen öffentlich aufgefordert hatten, sich der ungesetzlichen Auslegung der angeführten Verordnungen zu widersetzen. Sie wurden nach erhobener Anklage vom Landgerichte und auch vom Reichsgerichte freigesprochen. In dem Erkenntnis des obersten Gerichtshofes heißt es ausdrücklich: „Die dahingehenden Anordnungen sind von der Schulaufsichtsbehörde nicht innerhalb ihrer Zuständigkeit getroffen.“ Demnach mußte man selbstverständlich erwarten, daß der Minister auf die Beschwerde gegen

das Vorgehen der Lichtenberger Polizei erklären würde, in Zukunft das gesetzwidrige Verhalten der ihm unterstellten Organe verbieten zu wollen. Der Herr Polizeiminister denkt aber gar nicht daran; er beschränkt sich darauf, seine Untergebenen anzuweisen, in ähnlichen Fällen künftig immer erst den „Auftrag“ der Schulaufsichtsbehörde einzuholen, und der Unterrichtsminister, der die Beschwerde gleichfalls prüfte, rührt sich überhaupt nicht. Nach dem Wortlaute der Entscheidung kann es keinem Zweifel unterliegen, daß die preussischen Minister es trotz der klaren ungesetzlichen Entscheidung des obersten deutschen Gerichtshofes nach wie vor billigen und unterstützen, daß die unteren Behörden ihren Kampf gegen die Gesetzverletzung fortsetzen.

Die ministerielle Entscheidung hat aber auch noch eine andere Seite. Wegen die Anordnungen der Polizei ist immerhin noch der Beschwerdeverfahren im Verwaltungsstreitverfahren möglich. Die Schulaufsichtsbehörde aber ist aller Kontrolle entzogen; gegen ihre Entscheidungen gibt es in Preußen überhaupt kein Rechtsmittel. Diese Behörde kann unter Umständen ungesetzliche Verfügungen erlassen, ohne jeden gesetzlichen Grund Strafen verhängen und sich bei ihrem Kampfe gegen die gesetzlichen Rechte der Staatsbürger der Polizei-gewalt bedienen, ohne daß die Möglichkeit besteht, dagegen Einspruch zu erheben. Man darf diese Praxis der Schulaufsichtsbehörde als ungesetzlich kennzeichnen, man darf öffentlich auffordern, sich den Anordnungen dieser Behörde zu widersetzen, ohne Gefahr zu laufen, deswegen bestraft zu werden. Aber es gibt kein Rechtsmittel, durch das die Schulaufsichtsbehörde gezwungen werden könnte, die Staatsbürger nicht an der Ausübung ihrer geschützten Rechte zu hindern, kein Mittel, die von dieser Behörde verhängten Strafen von sich abzuwenden!

Die Kölner Staatsaktion gegen die freie Jugend.

Gegen die Verfügung des Polizeipräsidenten von Köln, durch die der „Verein freie Jugendbewegung Köln“ für aufgelöst erklärt wird, und deren völlige Wirkungslosigkeit schon durch die Massenversammlung vom vorigen Sonntagargetan ist, hat der Vorsitzende des Jugendausschusses, Genosse Sollmann, eine Beschwerde eingereicht, in der es heißt: „Dem Jugendausschuss, dessen Vorstand ich bin, gehören nur Personen von mehr als achtzehn Jahren an. Deshalb würde seine Wirksamkeit auch dann nicht gegen die Befehle verstoßen, wenn er ein Verein sein würde und wenn seine Tätigkeit als politisch anzusehen wäre, was beides bestritten wird. Die angeklagte „freie Jugendbewegung Köln“, die, wie der angefochtene Bescheid behauptet, einen Verein bilden und von dem Jugendausschuss geleitet werden soll, existiert nicht. Der Jugendausschuss ist allerdings bestrebt, für die Bildung jugendlicher Personen, die das achtzehnte Lebensjahr noch nicht erreicht haben, zu sorgen, und er tut dies durch mancherlei, stets unpolitische Veranstaltungen. Er wendet sich damit aber an eine völlig unorganisierte, wechselnde Menge von einzelnen Personen, und es wird durchaus bestritten, daß er mit diesen zusammen oder daß diese für sich einen Verein bilden. Jugendwelche Beweise für die gegenteilige Behauptung sind nicht beigebracht. Die freie Jugendbewegung, von der (wie es in der Auflösungsverfügung des Polizeipräsidenten heißt) in der Sitzung des Kölner Gewerkschaftsrates vom 27. Januar 1911 gesprochen worden sein soll, ist so wenig ein Verein, wie man „die Abstammungsbewegung“, „die Sittebewegung“, „die Friedensbewegung“ und ähnliche geistige Strömungen als Verein bezeichnen kann.“ Nun mag man sich im Reiche der Köpfe den Kopf zerbrechen. Inzwischen marschiert die freie Jugendbewegung auf streng gesetzlicher Bahn ruhig weiter.

Soziales.

Zum Vocholter-Krieg.

Der Geschäftsführer des Leipziger Ärzteverbandes ist mit seiner Verteidigungsklage gegen Vorstandsmitglieder des Vocholter Krankenassenverbandes nach achtstündiger Verhandlung kostenpflichtig abgewiesen. Die Freipprechung der vom Geschäftsführer des ärztlichen Kriegsführungsverbandes Verklagten erfolgte, weil der Wahrheitsbeweis voll geführt wurde. Es handelte sich in dem Prozeß um das famose Telefongespräch, durch das der Kläger den an den Einigungsverhandlungen teilnehmenden Ärzten folgende Instruktion erteilte: „Halten Sie sich im Hinterhalt, kommen Sie eventuell scheinbar den Anregungen der Herren entgegen; später, wenn wir das Heft in Händen haben, können wir die Sache noch nach unserem Geschmack drehen. Sie müssen mit der Stimmung der Bevölkerung rechnen.“

Ruhezeit in offenen Verkaufsstellen.

Die Uebertretungen der Schutzvorschriften für Handelsangelegenheiten mehren sich. Auch das Kammergericht als Revisionsinstanz hat sich mit derartigen Fällen jetzt mehr als sonst zu beschäftigen. Namentlich scheint die Erfassung des Begriffs der „Gewährung einer angemessenen Mittagspause“ gemäß § 130c der Gewerbeordnung den Geschäftsleuten einige Schwierigkeit zu machen. Dieser Paragraph regelt die Ruhezeit der Gehilfen, Lehrlinge und Arbeiter in offenen Verkaufsstellen und den dazu gehörigen Schreibstuben (Kontoren) und Lagerräumen. Im Absatz 3 bestimmt er denn: „Innerhalb der Arbeitszeit muß den Gehilfen, Lehrlingen und Arbeitern eine angemessene Mittagspause gewährt werden. Für Gehilfen, Lehrlinge und Arbeiter, die ihre Haupttätigkeit außerhalb des die Verkaufsstelle enthaltenden Gebäudes einnehmen, muß diese Pause mindestens einundeneinhalb Stunde betragen.“

Die Verkäufer und Verkäuferinnen in den kleineren Filialgeschäften sind nun meist gezwungen, ihre Haupttätigkeit im Geschäft bezw. einem Nebenraum einzunehmen. Für sie gilt also nicht die bestimmte 1 1/2stündige Mittagspause, sondern die „angemessene“ Mittagspause. Zumeist haben solche unselbständige Filialverwalter und -verwalterinnen, die als Gehilfen gelten, keine Erfindungskraft zur Seite. Wie verhält es sich nun mit ihrer angemessenen Mittagspause? Das war in einem Strafverfahren gegen Säger zu entscheiden, der in einer Verkaufsstelle in Berlin eine Verkäuferin als einzige Geschäftsvertreterin hatte. Er war angeklagt worden, weil er ihr keine angemessene Mittagspause gewährt habe. Das Landgericht verurteilte ihn zu einer Geldstrafe von 3 Mark. Es erachtete für festgesetzt, daß zwar in der Mittagszeit in dem Geschäft meist sehr wenig Verkehr sei, daß die Verkäuferin aber, wenn jemand zu der Zeit kam, doch gezwungen gewesen wäre, ihr Mittagessen zu unterbrechen, um den Kunden zu bedienen.

Das Kammergericht verwarf am Dienstag die gegen die Verurteilung eingelegte Revision des Angeklagten mit folgender Begründung: Selbst wenn in der Mittagszeit der Verkehr ein geringer wäre, müsse die angemessene Mittagspause gewährt werden, wie das Gesetz sich ausdrückt. Unter „Gewähren“ verstehe man aber nicht etwa, daß der Gehilfe nicht verhindert werde, die Pause innezuhalten, sondern ein Entgegenbringen der Pause durch den Arbeitgeber. Mit anderen Worten: der Arbeitgeber habe dafür Sorge zu tragen, daß eine angemessene Pause innegehalten werden könne nicht nur, sondern auch innegehalten werde. In einer solchen Pause gehöre, daß der Angestellte sich in Ruhe sein Essen bereiten und es ungehindert verzehren könne, sowie daß er darauf noch Gelegenheit habe, sich ein wenig auszuruhen. Das Geschäft dürfe ihn in der Zeit in keiner Weise in Anspruch nehmen. Könne der Ar-

Belagter nicht solange eine Kraft stellen, dann müsse es dafür sorgen, daß solange das Geschäft geschlossen werde. Angeklagter sei mit Recht verurteilt. Uebrigens sei es ein Mißstand, so niedrige Strafen festzusetzen — nur wenige Mark, während das Geschäft bis zu 2000 M. zulasse.

Einen derartigen Tadel gegen die wie Prämien für Gesetzesübertretungen wirkenden geringfügigen Strafen hat das Kammergericht schon wiederholt mit Recht ausgesprochen. Er freuet sich wenig.

### Wert der Rekurrsinstanz.

Der Steinträger J. erlitt am 11. Dezember 1908 durch Betriebsunfall eine Querschnitt des linken Fußes. Er stand bis zum 6. Juni 1909 in kassenärztlicher Behandlung. J. vermochte seine alte Berufstätigkeit nicht wieder aufzunehmen. Die Norddeutsche Bauergewerkschaftsgenossenschaft wies seinen Anspruch auf Unfallrente ab, weil nach einem Gutachten des Vertrauensarztes Dr. Koerner vom 13. März und 10. Mai 1909 „erwerbsbehindernde Unfallfolgen nicht zurückgeblieben seien“. Die gegen den Abrechnungsbefcheid beim Schiedsgericht für Arbeiterversicherung für den Regierungsbezirk Potsdam eingelegte Berufung wurde durch Urteil vom 27. August 1909 zurückgewiesen. Das Schiedsgericht folgte seinem Vertrauensarzt Dr. W., der lediglich in der mündlichen Verhandlung den Verlesenen untersuchte und sich dem Gutachten des Dr. Koerner angeschlossen. Er fand keine Unfallfolgen — das genügt zur Abweisung.

Das Schiedsgericht führt zur Begründung seiner Entscheidung folgendes aus: „Die Verletzung des linken Fußes ist nicht schwerer Art gewesen, insbesondere hat nach dem bei den Akten der Beklagten befindlichen Röntgenbild ein Knochenbruch nicht vorgelegen. Wenn trotzdem die kassenärztliche Behandlung über die 13 Wochen nach dem Anfälle hinaus bis zum 6. Juni 1909 gedauert, so kann diese nur nach dem Gutachten des Dr. Koerner nicht durch die Unfallverletzung bedingt gewesen sein. Denn entzündliche Erscheinungen oder sonstige Unfallveränderungen waren am linken Fuße bei der Untersuchung am 13. März nicht mehr wahrzunehmen. Der Verlesene leidet an Plattfußbeschwerden, die nach seiner eigenen Angabe schon vor dem Anfälle bestanden haben und die durch den Unfall nachweisbar nicht verschlimmert worden sind. Durch diese Verlesene allein ist anscheinend die Erwerbsunfähigkeit und Heilbehandlung nach der 13. Woche bedingt gewesen.“

Gegen diese Entscheidung legte der Verlesene beim Reichsversicherungsamt Rekurs ein. Das Reichsversicherungsamt forderte zunächst ein ärztliches Gutachten vom behandelnden Arzt, und darauf ein ärztliches Obergutachten vom Kreisarzt Medizinalrat Dr. St. ein. Beide Gutachter kommen zu dem Ergebnis, daß die Plattfußbeschwerden als Unfallfolgen nicht anzusehen sind. Dagegen besteht auch zeitig nach einer Verletzung im oberen Teile des linken Fußes, eine Beschränkung der Arbeit und eine mäßige Schwellung der Wadeumföure, eine Verminderung der Oberschenkelmuskulatur. Der erkennende Senat schloß sich diesen Gutachtern an und verurteilte die Berufsgenossenschaft, dem Kläger entsprechend dem Vorschlag des Obergutachters, vom Beginn der 14. Woche bis zum 10. Juni 1909 die Kosten, vom 11. Juni bis 19. August 50 Proz., vom 20. bis 31. August die Vollrente und vom 1. September 1909 ab eine Teilrente von 15 Proz. zu zahlen.

Wäre das Reichsversicherungsamt als Rekursinstanz nicht gewesen — was die Reichsversicherungsordnung anstrebt —, dann wäre J. das Opfer der vertrauensärztlichen Begutachtung geworden. Nicht scharf genug kann das Schiedsgericht kritisiert werden, welches sein Urteil auf eine kurze oberflächliche Untersuchung in der Verhandlung und auf zweimalige Untersuchungen des Vertrauensarztes der Berufsgenossenschaft gegenüber einer mehrmonatlichen Behandlung und Begutachtung des behandelnden Arztes stützt.

### Richtige Kündigungsberechnung.

Die Internationale Sportpalastrasse Winterfeldstr. 10, m. H. G. hatte ein Fräulein Remold gegen 80 M. und einen Herrn Hartung gegen 100 M. Monatsgehalt als Schlüsselhändler durch schriftlichen Vertrag für die erste Hälfte des Jahres 1910/11 engagiert. Die Gesellschaft hatte sich im Vertrage das Recht ausbedungen, beide mit 14tägiger Frist entlassen zu können oder aber auch durch Erklärung, die täglich erfolgen könne, die Verträge bis zur Beendigung der Saison 1911/12 zu prolongieren. Den beiden Angestellten waren derartige Befugnisse durch den Vertrag nicht eingeräumt; dafür war aber eine ihrerseits etwa vor dem Vertragsablauf erfolgende Lösung des Arbeitsverhältnisses mit einer Konditionalstrafe bedroht. Ein in Hannover im Entstehen begriffenes gleichartiges Unternehmen hatte nun seine Agenten auf die Suche nach Kräften ausgesandt, die die beiden Angestellten des oben genannten Unternehmens ab 1. Februar nach Hannover engagierten. Die letzteren kündigten nun ihr Arbeitsverhältnis Mitte Januar mit 14tägiger Frist auf. Sie wurden aber daraufhin fristlos entlassen und selbst die rückständige Gage einbehalten.

Die Kammer 8 des Gewerbebezirks hatte sich nun gestern mit der Sache zu befassen. Die beiden Kläger forderten ihren rückständigen Lohn und Entschädigung für die Kündigungsfrist mit zusammen 95 M. bezw. 125 M. Die beklagte Gesellschaft, die sich durch den Direktor Jacques Kofin vertreten ließ, forderte im Wege der Widerklage die Zahlung der Vertragsstrafen von 150 M. bezw. 200 M. Das Gericht unter Vorsitz des Magistratsrats Schulz verurteilte die beklagte Gesellschaft entsprechend den Klageanträgen und wies die Widerklage ab, weil die Abrede über ungleiche Kündigungsfristen nach § 122 der Gewerbeordnung nichtig ist. Die Kläger waren berechtigt, ihr Arbeitsverhältnis mit 14tägiger Frist zu lösen. Ihre sofortige Entlassung wegen der erfolgten Kündigung war unrichtig. Da ein Vertragsbruch der Kläger nicht vorliegt, war der Anspruch auf Zahlung der Vertragsstrafen als unberechtigt zurückzuweisen.

### Das internationale Verbot des gelben Phosphors.

Der schweizerische Bundesrat gibt bekannt, daß sich dem internationalen Übereinkommen betreffend das Verbot der Verwendung von giftigem (weißem oder gelbem) Phosphor in der Rindfleischindustrie vom 26. September 1906 bis zum 1. Januar 1911 folgende Staaten angeschlossen haben: Deutschland, Dänemark, Frankreich, Luxemburg, die Niederlande und die Schweiz. Für diese Staaten tritt dieses Übereinkommen am 1. Januar 1912 in Kraft.

Den Beitritt haben folgende Staaten erklärt: Französische Kolonien, Tunesien, Großbritannien und Irland nebst Kolonien, Nordnigeria, Keeword-Inseln, Fidschii-Inseln, Gambia, Goldküste, Sierra Leone, Vereinigte Staaten von Südamerika, Bermudas, Italien, Niederländisch-Indien und Spanien. In diesen Staaten tritt das Verbot erst in den nächsten Jahren in Kraft, am spätesten in Bermuda, nämlich erst am 19. Dezember 1915.

Oesterreich-Ungarn und verschiedene andere Länder figurieren bedauerlicherweise in der Liste der Verbotsstaaten überhaupt noch nicht.

## Gerichts-Zeitung.

### Ein schwerer Raubfall im Grunewald

Beschäftigte gestern das Schwurgericht am Landgericht III. Aus der Untersuchungshaft wurden der 18jährige Handlungsbevollmächtigte Waldemar Warendorf und der 23jährige Kaufmann August Pfister vorgeführt. Ersterer ist schon mit 3 Monaten, letzterer mit 1 Jahr Gefängnis vorbestraft und verurteilt für Straftaten zur Zeit. Warendorf stammt aus gut bürgerlicher Familie, er hat die Realschule bis Obertertia besucht, trat dann als Lehrling in das Bureau einer Lebensversicherung, wo er aber nicht ganz ausleimte, und fand dann Beschäftigung in einem Anstaltsbureau. Eines Tages blieb er plötzlich aus dem Bureau weg und lehrte auch nicht in die elterliche Wohnung zurück, so daß die Eltern sich gezwungen sahen, ihn als vermisst bei der Polizei anzumelden. Der junge Mann hatte es aber vorgezogen, in Schlafhülle zu gehen und in den Kreis solcher Leute sich zu begeben, auf die der § 175 Str.-G.-B. zugeschnitten ist. Er wurde eifriger Besucher von Lokalen in der Steinmetzstraße

und am Schöneberger Ufer, in denen sich solche Leute ein Stelldichein geben. Dort lernte er den Angeklagten Pfister kennen. Diefem erzählte er, daß er die Bekanntschaft eines Rechnungsrates gemacht habe, mit dem er fast allwöchentlich abendliche Spaziergänge in den Grunewald unternähme. Dieser habe immer viel Geld bei sich und trage wertvolle Brillenringe. Er habe sich dem Rechnungsrat unter dem Namen Waldemar Warendorf vorgestellt. Als Pfister hörte, daß Warendorf am 4. Mai abends sich wieder am Bahnhof Friedrichstraße mit dem Rechnungsrat treffen, gemeinsam mit ihm nach Grunewald fahren und dann durch den Wald nach Paulsdorn laufen wolle, gewann Pfister seinen Komplizen nach und nach für die Idee, den ahnungslosen Rechnungsrat im Walde zu überfallen und zu berauben. Als die beiden am Bahnhof Friedrichstraße den Zug bestiegen, setzte sich Pfister in denselben Wagen, aber in das daneben gelegene Abteil, und als die beiden schon beim Dunkelwerden den Weg durch den Wald antraten, folgte er ihnen in einer Entfernung von etwa 50 Metern. Richtig wurde der Rechnungsrat von hinten überfallen: ihm wurden die Augen zugehalten, ein Taschentuch in den Mund gestopft und er wurde zur Erde gestoßen. Während Warendorf den am Boden Liegenden festhielt, raubte ihn Pfister gründlich aus. Den Räubern fiel die Brieftasche mit 200 M. zur Deute, sie zogen ihm die Ringe vom Finger, raubten ihm das Portemonnaie mit stattlichem Inhalt und ließen ihn sogar sein Schlüsselbund nicht. Dann machten sie sich eiligst aus dem Staube und verschwanden in der Dunkelheit. Der Beraubte war nun gänzlich ohne Geld und hätte den weiten Weg nach seiner im Norden Berlins belegenen Wohnung zu Fuß zurücklegen müssen, wenn sich nicht ein des Weges kommender Student seiner erdarmt und ihn 20 Pf. zur Fahrt mit der Stadtbahn geschenkt hätte. Die beiden Räuber logierten dieselbe Nacht in einem Hotel, heideten sich neu ein und saßen dann nach Beisitz, wo sie den Rest des Geldes verjubelten. Ihre Entdeckung war einem Zufall zu verdanken. — Die Verteidiger Rechtsanwältin Thiede und Dr. Reß konnten nur auf Zuhilfenahme milderer Umstände plädieren, die den Angeklagten mit Rücksicht auf ihre Jugend von den Geschworenen auch genehrt wurden. Das Urteil lautete auf je 3 Jahre Gefängnis.

### Ein Streiflicht zur „Dienstbotennot“.

Agarische Blätter ereifern sich ständig über die Dienstbotennot auf dem Lande. Sie meinen damit aber nicht etwa die Not der Dienstboten, sondern die Not der Dienst-„Herrschaffen“, Dienstboten auf dem Lande unter den unwürdigen Arbeitsbedingungen zu erhalten. Was den Dienstboten alles zugemutet wird, das zeigt eine Verhandlung vor dem Landgericht Wilmanns II. Eine Dienstmagd wurde vom Schöffengericht Erbing (Ostpreußen) zu 8 Tagen Haft verurteilt, weil sie „ohne genügenden Rechtfertigungsgrund“ vor Ablauf der beurlaubten Dienzeit ihren Dienst verlassen hat. Strafverhängend war für das Gericht, daß die Magd während der Erntezeit gegangen ist. Dabei war nun besonders merkwürdig, daß das Gericht nichts Anstößiges darin erblickte, daß die Magd aus Schiffeffen essen mußte, aus denen auch die Schweine, Hunde und Katzen fraßen. Sie hatten dabei weder vom rein menschlichen noch vom hygienischen Standpunkt aus etwas einzunehmen. Die gebildeten Herren am Gerichtstisch bezeichneten diesen Grund für das Verlassen des Dienstes nicht als stichhaltig! Das Landgericht Wilmanns II als Berufungsinstanz stellte sich jedoch auf einen weniger feudalen Standpunkt. Es erblinde in dieser Zumutung eine Ungebührigkeit, hob das schöffengerichtliche Urteil auf und sprach die Angeklagte frei. — Der Fall zeigt wieder, unter welcher wahrhaft mittelalterlichen Zuständen der Dienstboten auf dem Lande zu leiden hat.

## Verfammlungen.

Handwerker- und Mittelstandsfragen lautete das Thema einer Verfammlungen, die unsere Parteigenossen im fünften Wahlkreis besonders für Handwerker und Gewerbetreibende am Dienstag nach den „Sophiensälen“ einberufen hatten. Die kleinen Gewerbetreibenden sind im fünften Wahlkreis recht zahlreich vertreten. Wenn sie Interesse hätten an den politischen Fragen, die gerade für die Lage des Mittelstandes von Bedeutung sind, dann wären sie zahlreicher in der Verfammlungen erschienen, als es der Fall war. Jedoch gehörten die Anwesenden anscheinend durchweg den Kreisen an, denen die Einladung galt. — Das Referat des Genossen Reichstagsabgeordneten Robert Schmidt erweckte lebhaften Beifall und die zustimmenden Äußerungen mehrerer Disziplinardreher zeigten, daß die Verfammlungen mit den Ausführungen des Referenten einverstanden war.

### Die Gewerkschaftskommission Berlins und der Umgegend

beschäftigte sich in ihrer in dieser Woche abgehaltenen Verfammlungen mit der Reifung und Schaffung eines Bezirks-Gewerkschaftsverbandes und der Verteilung, sowie den Resolutionen der Generalkommission und des Parteivorstandes. Die Verfammlungen war außerordentlich stark besucht. Der Genosse Körtzen berichtete im Auftrage des Ausschusses, daß eine Subkommission aus Partei und Gewerkschaft gebildet worden sei, die nach mehreren Sitzungen sich auf drei Vorschläge einigte, welche der Kommission zur Beratung vorlagen. Nach längerer eingehender Debatte verständigten sich die Vertreter der Gewerkschaften und Unterkommissionen auf folgenden Antrag, der nahezu einstimmig akzeptiert wurde:

Zur Bildung eines Raifonds wird vom 1. Mai ab eine allgemeine freiwillige Sammlung vorgenommen, zu welcher Marken im Werte von 50 und 25 Pf. herausgegeben werden.

Diese Marken sind durch die Vertrauensleute der einzelnen Organisationen abzugeben und unterliegt es dem freien Willen jedes einzelnen Abnehmers, mit welcher Anzahl Marken er zum Raifonds beisteuern will.

Es wird jedoch von jedem Organisten (gleichgültig ob Mann oder Frau) erwartet, daß er sich an der Sammlung zum Raifonds beteiligt.

Ferner wurde beschlossen, daß der Betrag dieses Fonds in diesem Jahre nicht zur Verwendung kommen solle, sondern daß die Gewerkschaften in diesem Jahre wie in den früheren die entstandenen Kosten selbst tragen.

Die Arbeiter von Pfister u. Kohnmann (Nähmaschinenfabrik) besprachen in einer am Dienstag abgehaltenen Betriebsverfammlungen Mißstände, die im Betriebe herrschen. Der Referent Wegner sowie andere Redner brachten zunächst eine Reihe von hygienischen Mängeln zur Sprache. Sie erwähnten, daß in einigen Sälen die Wascheinrichtungen so unzulänglich sind, daß ein Teil der Arbeiter sich genötigt sieht, ungewaschen nach Hause zu gehen. Ebenso mangelhaft sind die Klosettanlagen. Für 42 im Saal 35 beschäftigte Personen sind nur 2 Klosetts und für 62 im Saal 37 Beschäftigte ebenfalls nur 2 Klosetts vorhanden. Für den Saal 27 ist überhaupt kein Klosett eingerichtet; die dort beschäftigten Arbeiter müssen den Abort der Dreherei mitbenutzen. — Im Umkleiraum des Saales 35 tropft Schmieröl von den Transmissionsen auf die Kleider der Arbeiter. In diesem Saal, wo die Präferer untergebracht ist, wodurch viel Staub entwickelt wird, ist die Ventilation durchaus ungenügend. Die Löhne der Präferer belaufen sich auf 30 bis 65 Pf. pro Stunde, während in anderen Betrieben die Präferer meist 85 Pf. pro Stunde verdienen. — Alle diese Mißstände beklagten Mißstände werden von den Arbeitern und Arbeiterinnen um so schwerer empfunden, als bei Pfister u. Kohnmann eine längere Arbeitszeit herrscht als in vielen anderen Betrieben ähnlicher Art. Die reguläre Arbeitszeit geht von 7 bis 6 Uhr mit 1½ständiger Rittagspause. Schon vor einiger Zeit haben die Arbeiter die Direktion ersucht, die sogenannte englische Arbeitszeit einzuführen, das heißt, die Rittagspause abzufügen und den Schluß der Arbeitszeit entsprechend früher eintreten zu lassen. Die Direktion erklärte sich bereit, dem Antrage stattzugeben, wenn die Mehrheit der Arbeiter dafür stimmen würde. Die Abstimmung wurde durch Listen vor-

genommen. Es ergab sich, daß zwei Drittel der Arbeiter sich für die englische Arbeitszeit erklärten. Als dann der Direktion dies Resultat vorgelegt wurde, erklärte sie kurz und bündig, die technischen Einrichtungen der Fabrik lassen eine Veränderung der Arbeitszeit nicht zu. — Bei diesem Bescheide ist es trotz mehrmaliger Vorstellungen der Arbeiterkommission bis jetzt geblieben. Es kam aber in der Verfammlungen zum Ausdruck, daß sich die Arbeiter mit diesem Bescheide nicht begnügen, sondern zu geeigneter Zeit die Einführung der englischen Arbeitszeit verlangen werden. — Von verschiedenen Seiten wurden Klagen über Mißstände in hygienischer Beziehung aus allen Teilen des Betriebes vorgebracht. Gerade mit Rücksicht hierauf sei es notwendig, abends etwas früher aus dem Betriebe herauszukommen.

## Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet am 2. und 4. März 69, vorn vier Treppen — Fahrstuhl —, wochentags von 4½ bis 7½ Uhr abends, Sonnabends von 4½ bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Postkarte ist ein Quittchen und eine Zahl als Bezugszeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Einige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

- 7. 57. An Genossen seit mehreren Jahren. — M. 2. 100. Nur dann, wenn eine Verfammlungen Ihres Zustandes eingetretten ist, je nach dem Grade der Erwerbsbehinderung. — S. 90. Nicht notwendig. — 21. 100. Neben Sie bei dem Amtsgericht Ihre Absicht an. Sie erhalten demnach eine Vorladung. Kosten: 3,50 M. — R. 8. Ungenügende Entschädigung für etwaige Verluste (s. B. Untersuchung). Der Betrag von 10 M. erscheint zu hoch. — 23. G. 139. Magd, unter Ueberweisung der Milla papiera. — G. 6. Vormwärts-Buchhaltung. — Rudnick, Kiefelstraße. Sie müssen für den vollen Monat zahlen. — Adonien Tettin. Rein. — Tora. 1. Ungenügend nicht bekannt. 2. Nicht zulässig. — 76 Niederschönhausen. Gemeinshaftliches Testament. — Rummelsburg Nr. 31 S. 2. Ja. Das Mädchen hat sich selbstmordliche Mordanschläge vor Beendigung jedes Dienstverhältnisses. — 7. 70. Ja. — 7. 82. Nur dann, wenn die Löhner ein entsprechendes Einkommen oder Vermögen besitzt. Das gilt auch als Maßstab für die Höhe. — M. 3. 24. Es muß die vertragliche Kündigungsfrist eingehalten werden. — 7. 7. 77. Das Gericht würde voraussichtlich beide Teile für schuldig erklären. — Soldat 72. 1. Erst nach vorheriger Aufforderung. 2. Beilegung des Konflikts. 2. Bei wiederholten Fällen ja. — 3. 12. Nach Lage der Sache erscheint ein Vergleich ratam. Einen bestimmten Ratoff empfehlen wir nicht. — 100. M. M. Die Beitragsfreiheit kann nicht durch Leistung einer bestimmten Anzahl von Beitragsmarken erzwungen werden. — Herkules. Sie können Schadenersatz sowie Rückzahlung der etwa bereits gezahlten Infortionsgebühren fordern. — S. 2. 19. 1. Anprobierstraße. 2. Am Leipziger Platz. — R. 6. 1909. Die Doppelversicherung ist unzulässig. — R. 43. Rein. — R. 3. 101. Das ist abhängig von der Auskunft der Anwaltschaft. Der Antrag ist an das Vormundschaftsgericht zu richten. — R. 7. 79. Die zwei Mark müssen gezahlt werden.

### Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein des 6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.

Am 22. Februar verstarb unser Mitglied, der Schuhmacher

## Johann Murack

Waldstr. 34.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 26. Februar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des nördlichen Friedhofes, Müllerstraße, Ecke Seestraße, aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht

225/6 Der Vorstand.

Unserem Genossen

## Hermann Nehls

und Frau

die herzlichsten Glückwünsche zur Silberhochzeit.

Genossen des Bezirks 714.

### Zentral-Kranken- und Sterbekasse d. deutschen Wagenbauer

Filiale Berlin XII.

Am 22. Februar, früh 6 Uhr, fand unser Mitglied

## Johann Murack

im Alter von 67 Jahren an.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet Sonntag, den 26. Februar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des nördlichen Friedhofes, Müllerstraße, aus statt.

224/6 Die Ordnerverwaltung.

### Berliner Arbeiter-Radfahrer-Verein

Abteilung des Arbeiter-Radfahrer-Bundes „Solidarität“.

## Bereinstouren

zum Sonntag, den 26. Februar.

Sämtliche Abteilungen: 1/2, 1/3, 1/4, 1/5, 1/6, 1/7, 1/8, 1/9, 1/10, 1/11, 1/12, 1/13, 1/14, 1/15, 1/16, 1/17, 1/18, 1/19, 1/20, 1/21, 1/22, 1/23, 1/24, 1/25, 1/26, 1/27, 1/28, 1/29, 1/30, 1/31, 1/32, 1/33, 1/34, 1/35, 1/36, 1/37, 1/38, 1/39, 1/40, 1/41, 1/42, 1/43, 1/44, 1/45, 1/46, 1/47, 1/48, 1/49, 1/50, 1/51, 1/52, 1/53, 1/54, 1/55, 1/56, 1/57, 1/58, 1/59, 1/60, 1/61, 1/62, 1/63, 1/64, 1/65, 1/66, 1/67, 1/68, 1/69, 1/70, 1/71, 1/72, 1/73, 1/74, 1/75, 1/76, 1/77, 1/78, 1/79, 1/80, 1/81, 1/82, 1/83, 1/84, 1/85, 1/86, 1/87, 1/88, 1/89, 1/90, 1/91, 1/92, 1/93, 1/94, 1/95, 1/96, 1/97, 1/98, 1/99, 1/100.

### Dankagung.

Für die zahlreichen Beweise herzlicher Teilnahme beim Begräbnis meines geliebten Mannes und unserer Vater Karl Kuhn lassen wir allen Freunden, Kollegen, Genossen und Bekannten unseren innigsten Dank, Frau Wwe. Martha Kuhn nebst Kindern.

### Dankagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und reichen Kräftspenden bei der Beerdigung meiner lieben Frau

## Marie Rojahn

sage allen Verwandten, Freunden und Bekannten, insbesondere den Eltern des Kindes sowie den Kollegen der Genossenschaft Rummelsburg ferner auch den Kollegen der Firma Wolfhard & Goldschmidt für ihre Opferung meinen innigsten Dank.

Franz Rojahn und Sohn.

### Erstklassige Herrengarderobe

nur nach Maß

anerkannt best. Ausführung, garantiert idellober. Sie bestell auf Teilzahlung zu Kassapreisen monatlich 10 M., wochentlich 2,50 M.

## Martin Katz,

Schneidemeister,

76 Dresdener Straße 76

nahe Tholia-Theater.

### Gardinen Stores Tüllbettedecken

in solworem Jacquardtüll und in Erbstüll an jedermann zu unseren Originalpreisen.

Vertrieb von Erzeugnissen süchs.

## Gardinen-Fabriken

Johann Pollot & Co., Kommanditgesellschaft.

C. Rosenthaler Straße 2, Rosenthaler Tor.

S. Oranienstraße 37, nahe Oranienplatz.

S. Kottbusser Damm 65, (Rixdorf), nahe Hermannpl.

O. Große Frankfurter Straße 5-6, Ecke Fruchtstraße.

O. Niederrainstraße 13, Ecke Boxhagener Straße.

O. Grüner Weg 26, gegenüber der Markthalle.

Sachgemäße Bedienung. — Keine unnötige Vertourung.

### Siegfrieds Pflanzen-Butter

(MARGARINE) 270/13

Postpaket Mk. 7,50 franko per Nachnahme mit Verpackung

Versandhaus Ph. Siegfried, Braunschweig

Fernsprecher 2332 Heinrichstraße 48



# Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbüro: Hof I. Amt 3, 1232. Charitéstraße 3. Hof III. Amt 3, 1937

Sonntag, den 26. Februar 1911, vormittags 10 Uhr:

## Branchen-Versammlung der Fahrstuhlmonteure und Helfer

in den Musik-Festsälen, Kaiser-Wilhelmstraße 18a.

Tages-Ordnung:

1. Branchenangelegenheiten. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Da in dieser Versammlung festgesetzt werden soll, ob überall die tariflichen Abmachungen von 1910 eingehalten werden sind, ist es Pflicht eines jeden Kollegen, in dieser Versammlung zu erscheinen.

Sonntag, den 26. Februar 1911, vormittags 10 Uhr:

## Branchen-Versammlung der Schmiede, Kesselschmiede und autogenen Schweißer

im Lokal von A. Hoffmann, Dragonerstraße 15.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Kollegen Robert Bahn: Wärmehärme. 2. Diskussion. 3. Branchenangelegenheiten und Verschiedenes. 112/12

Das Erscheinen jedes Kollegen erwartet

Die Ortsverwaltung.

# Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin.

Heute, Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engelauer 14/15, Saal 4 (Arbeitslosensaal):

## Sitzung der Ortsverwaltung.

Achtung!

## Lehrlinge u. jugendliche Arbeiter der Holzindustrie!

Sonntagvormittag von 3-8 Uhr abends ist der Arbeitslosensaal im Gewerkschaftshause, Engelauer 14/15, als Lesesaal für die Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter geöffnet. Sämtliche Bücher und Zeitschriften der Jugendbibliothek liegen zur freien Benutzung aus.

Die Vertretungsvertrauensleute werden gebeten, die Lehrlinge auf den Besuch des Lesesaals aufmerksam zu machen.

Sonabend, **Großes Winterfest** in der „Neuen Welt“, den 4. März: Die Wärs: 4 Pf., werden von den Beitragssammelern und im Bureau abgegeben.

## Achtung, Vertrauensleute!

Die Zählkette 55 ist von Zähler Straße 99 nach Mariannestraße 41 bei Schoßtag verlegt.

Die Zählkette 44 ist von der Zillier Straße 27 nach der Sandorfer Straße 9, Ecke Löwenstraße, bei Paul Liebermann verlegt.

S. H.: Die Ortsverwaltung.

# Zentralverband der Dachdecker

Verwaltungsstelle Berlin.

Sonntag, den 26. Februar, vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engelauer 15, Saal I:

## Versammlung

Tages-Ordnung:

1. Diskussion über den Geschäftsbericht des Vorstandes.
2. Verhandlungsangelegenheiten.

Das Erscheinen aller Mitglieder erwartet

Der Vorstand.

**ZOMAROM**  
Bouillon-Würfel  
der beste und billigste

Nährmittelfabrik „Zomarom“ München, Promenadestraße 6.  
Generalvertreter: Alfred Hirsch, Berlin W. 30, Bamberger Straße 45. Fernsprecher: Amt VI No. 5737.

**Zähne 2 M.** 10 Jahre Garant. Teils wöchentl. 1 M. Plomben 1,50 M. Fast vollk. schmerzlos. Zahnziehen. Um- arbeitsung schlecht sitzender Gebisse Reparaturen sofort.  
Zahn-Arzt Wolf, Potsdamer Str. 55. (Hochbahnst. Bülowstr.) 8-7.

# Buchhandlung Vorwärts

Berlin SW. 68, Lindenstr. 69 (Laden).

Soeben erschien:

245/7\*

## Polizeispitzeleien und Ausnahme-gesetze

1878-1910.

Ein Beitrag zur Geschichte der Bekämpfung der Sozialdemokratie von **Eugen Ernst.**

Preis brosch. 2,50 geb. 3 M. (Verbandsausgabe 1,25 M.)

Die Arbeit enthält 13 Illustrationen, die die Porträts von Epitelen sowie Reproduktionen verschiedener interessanter Polizeidokumente darstellen. Die Schrift wird dem weitgehendsten Interesse begegnen.

## Ohne jede Anzahlung

# Pianos

erstklassiges Fabrikat (Einmal prämiert Staatsmedaille) in allen Holz- und Stilarten von wunderbarer Tonfülle. (Flügelton) gegen kleine monatliche Teilzahlung, ohne jeden Preisaufschlag. Für jedes Instrument gewähre ich 20jähr. schriftl. Garantie. **Berlin, Ansbacher Str. 1. Conrad Krause Nachf., Ecke Kurfürststr. Tel. Charl. 10410.** Auch Sonntags geöffnet.

## Tischler-Verein

(E. H. 89.)  
Sonabend, den 25. Februar, abends 8 1/2 Uhr, Reichstr. 15:

## Versammlung.

Lichtbildervortrag v. Herrn E. Borm, Lehrer, über: Die Wander der Erwelt, mit circa 90 farbigen Lichtbildern. Die Veranstaltung zu dem am 25. März in Kölns Festsaal stattfindenden „Kostümfest“. Die Mitglieder werden ersucht, zahlreich zu erscheinen. Damen und Herren als Gäste ladet ein. Der Vorstand.

## Redaktionen, Bibliotheken

empf. 44 Halbj.-Bde. (Bibliotheksband) **Neue Zeit**

von 1889-1910. Preis 250 M. **Simplicissimus** gebd. 1. bis 15. Jahrg. Preis Uebereinkunft. C. G. Müller, Buchhandl., Köln 68.

Von der Reise zurück 27/17

## Dr. Cohnheim

Spezialarzt f. Magen- u. Darmleiden  
Dramenburgerstr. 39. 9-10, 5-6.

**Aufsehen erregend durch Eleganz, Form, Haltbarkeit**  
Jedes Paar Damen- oder Herren-Schiefel ohne Ausnahme ohne Ausnahmepreis.  
„Propago“  
Gesetzt. Beschützt.  
Alleinverkauf für Neu-Seeland.  
Versand nach auswärts unter Nachnahme!  
**6 75 Einheitspreis**  
Berlin O. 27. Nur Andreasstr. 48.

# Kleine Anzeigen

**Jedes Wort 10 Pfennig.**  
Das erste Wort (fettgedruckt) 20 Pf. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pf.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pf. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

**ANZEIGEN**  
für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstraße 49, bis 5 Uhr angenommen.

**Mietsgesuche.**  
Zwei ältere Leute suchen Wohnung, Etage und Küche, am liebsten Unter. Offerten mit Preisangabe unter A. B. postlagernd Postamt 65, Rogauerstraße, niederkulegen.

**Verkäufe.**  
Teppiche! (sehlerhafte) in allen Größen, fast für die Hälfte des Wertes Teppichlager Brunn, Hadericher Markt 4, Bahnhofstraße. (Keller des „Vorwärts“) Sonntag geöffnet!  
Bilder kaufen Sie direkt Fabrik bei Bogdan, Weinmeisterstraße 2.  
Die Grundbegriffe der Wirtschaftstheorie. Eine populäre Einführung von August Borchardt. Preis 40 Pf. Expedition Vorwärts, Lindenstraße 69.  
Vorwärtsleser erhalten zum Preis von 1,00, selbst bei Gelegenheitskäufen.  
Teppiche, vorjährige Muster, für halben Wert. Thomas, Dramenstraße 160, Dramenplatz, Rosenhallerstraße 54.  
Gardinen, Restbestände, bis drei Fenster, fast 5-3, fast 8-5, fast 12-8. Thomas, Dramenstraße 160, Dramenplatz, Rosenhallerstraße 54.  
Vitzners Nähmaschinen ohne Anzahlung, gebrauchte (spottbillig!) Stolbergerstraße 99, Barföherstraße 67.  
Teppiche (Gardinen), Steppdecken, Gardinen, Tischdecken, Sofa- und Kissenstoffe, Spinnwebstoffe, große Frankfurterstraße 9, Flureingang. Vorwärtsleser zehn Prozent Sonntag geöffnet. 2488 Pf.  
Similiseidene Steppdecken 4,15 (Seidenersatz), Vollenas, Steppdecken 8,50, große Schlafdecken, grau-rot, 1,10, Normal-Schlafdecken 1,65. Inventur-Ausnahmepreise. Teppichhaus Emil Leffkore, Dramenstraße 158.  
Zwischen-Räumungspreise nur kurze Zeit. Extraliste gratis und franco. Teppichhaus Emil Leffkore, Dramenstraße 158.  
Zalzenbuch für Gartenfreunde. Ein Ratgeber für die Pflege und sachgemäße Bewirtschaftung des häuslichen Zier-, Gemüse- und Obstgartens von Max Hebbeler. Zweite vermehrte Auflage. Mit 127 Textabbildungen. Preis 3,50 Mark. Expedition Vorwärts, Lindenstr. 69.

**Bücher des deutschen Hauses.**  
Eine Sammlung guter Erzählungen, Geschichten, Novellen usw. Gut ausgestattet, circa 300 Seiten umfassend, zum Teil illustriert und gebunden. 90 Pfennige pro Band. Expedition, Lindenstraße 69, Laden.  
Kinderwagenhaus, Kinderbetten, Metallbetten, allerbilligste Teilzahlung. Weidenburgerstraße 3, Rothbühlendamm 90. 206/4\*  
Kinderwagen (Kassentagen), 20,00. Ungererstraße 5, partiere rechts. 195  
Herberggärten, Steppdecken, Stores, Tischdecken, Teppiche, Betten, Wäsche, Gasströme (neu), billig. Kaulnstraße 52 I. 301b  
Gartenhäusern Eihölzern billig. Span, Rantenerstraße 119.  
Kurbelmaschine, Sägen und Sontsche ist zu verkaufen. Rittenwalderstraße 39, 3 Treppen rechts.  
**Geschäftsverkäufe.**  
Milchgeschäft, kleineres, billig veräußert. Charlottenburg, Vestalozzi-straße 57. 190\*  
Seifengeschäft (Kranke) preiswert. Rigold, Boddinstraße 9. 281b\*  
Parteilokal, zahlreich, best. Ausstattung, veräußert. Diefenbach-straße 54. 113b  
Schuhgeschäft, kleines, gutgehend, billig zu verkaufen. Kleine Alexanderstraße 15. 140\*  
Kundentischlerei, Besten, zwei Bänke, gute Rundschicht, unter günstigen Bedingungen zu verkaufen. Offerten unter A. Vorwärts-Expedition. Wilmersdorf, Wilhelmstraße 26. 2161R  
Plätterei verkauft billig. Dreifelder, Oden, Blumenstraße 96. +  
Ecklokal, große Wohnung, billige Miete, wegen Krankheit sofort billig zu verkaufen. Rigold, Friedelstraße 40, Kaffergeschäft. 190  
**Möbel.**  
Möbel ohne Geld bei ganz kleiner Anzahlung gegen Rückzahlung und einfache Etage auf Kredit unter äußerster Preisnotierung; auch Waren aller Art. Der ganze Osten läuft bei uns. Krellmann u. Co., Köpenickerstraße 3, Schlesischer Bahnhof. 1951R

**Möbel-Verkehr, Brunnenstraße 7,**  
am Rosenfelder Tor. Wohnungseinrichtungen auf Kredit und gegen bar. Kleiner-Auswahl. Etage und Küche Anzahlung von 15 Mark an. Einzeln Möbelstücke von 5 Mark Anzahlung an. Hervorragend schöne Muster in bunten Köchen, Wöden, Kommoden oder vierjährige Katen nach Uebereinkunft. Lieferer auch nach auswärts. Vorgezeigt dieses Interesst erhält beim Kauf 5 Mark gutgeschrieben.  
Wohlaugedorf! Sofas, Garnituren, Kleiderstühle, Vertikal-Büretts, Schreibische, Spiegel, Besten, Küchenmöbel, Pianinos, ganze Einrichtungen (spottbillig), große Gelegenheit. Kleinauswahl, 5 Etagen. Möbelgeschäft Neue Königstr. 5/6, Aufrißgebäude. Sonntag geöffnet. Teilzahlung gestattet. 240/19\*  
Teilzahlung, Möbelanrichtung. Etage und Küche 15 Mark. Verkauft gewöhnliche Möbel (spottbillig). Gebrauchte Möbel nehmen in Zahlung. Verolina, Kasanienallee 49. 2151R\*  
Nahbaumöbel umständelbarer fast neu, zwei Zimmer, Küchenschrank, Tischgarnitur, Teppich, Krone 200, Weimarerstraße 2, Hausverwalter.  
Umgehend veräußert: Hochwertige Tischgarnitur Umbau, feines Büschel, zwei englische Bettstellen, Ankleidekranz, Spiegelwandschleife, Ausziehstuhl, Kleiderständer, Vertikal-Büretts, Truhen, Gasströme, Königsherrstraße 11, vorn I rechts, Rigold. (Händler verbeten!) 29/8  
Chaiselongue, neu, 16,00, Herbst, Lothringersstraße 47. 27/25\*  
Auswanderer-Möbel zu verkaufen. Daum, Stragmannstraße 34. 170  
**Fahrräder.**  
Gerrenfahrrad, Damenfahrrad, einmal benutzt, 35,-, Holz, Blumenstraße 36b. 2108R\*  
**Musik.**  
Gebrauchte Pianinos und neue 100 zur Auswahl. Ganzgerpforte, bestes Material, große Loufänge, Teilzahlung, auch ohne Anzahlung. Besichtigung ohne Kaufzwang. Desplaninosfabrik Rantzen, Potsdamerstraße 27b. Billige neue Pianinos 400,- an.

**Verschiedenes.**  
Lüchtige zweite Hölle sucht alter Bekannter ein. Rogauerstraße 36, Bergmann, Uebungstunde Freitag 9 1/2-11 1/2. 170\*  
Patentanwalt Müller, Gütshinerstraße 81. 1950R\*  
Patentanwalt Wessel, Gütshinerstraße 94a.  
Schmied, Wollma, Buchgold, Silber, Edelsteine, höchstschön. Werner, Papestraße 3. 1894R\*  
Marinabälle, Gramm 4,60, Gängebälle, Silber, Rigold kauft Büchel, Auguststraße 19, III. 189\*  
Kupfer, Messing, Platinabälle Silberabfälle, Goldschmelze Rigold Köpenickerstraße 30a (gegenüber Rantenerstraße). 205R\*  
Vereine (Oden, Süden) zur gemeinschaftlichen Festveranstaltung von Gesangsvereinen gesucht. Rogauerstr. 68, Wilmersdorferstraße 2. 198  
12 Mark Heuer, Einbruchanträge. D. 4, Postamt 112. 119  
Schriftliche Arbeiten. Rigold, Rigold, Bergstraße 154. 121  
Marinabälle 4,50. Knappe, Rigold, Hermannstraße 68. 110  
Rechnungen für Holz- und Eisenbau fertig billig an Goldmeyerstr. 3, vorn IV rechts. 190  
Kartenspiegel kauft. Preisangabe D. 300\* Kasse, Rosenhallerstraße 45. 27/19\*

**Vermietungen.**  
Laden, passend für Milchgeschäft, vermietet. Bernide, Rigold, Steinmeyerstraße 34.  
Zimmer.  
Möbliertes Zimmer für zwei Herren Wassertorstraße 73, II. 1100  
Möbliertes Zimmer für ein oder zwei Herren, sofort. Nähe Bahnhof Gesundbrunnen, Stettinstraße 6, Vorderhaus bei Balder. 190  
Zimmer, leeres, ohne Anzahlung, vermietet sofort. Vertheil, Treptow, Beermannstraße 7, zweiter Hof IV.

**Achtung!**  
Die Tonwarenfabrik von Krüger in Pantow ist wegen Streiks für Arbeiter aller Branchen geschlossen. 288/5\*  
**Verband der Porzellan- u. w. Arbeiter.**

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weder, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glöck, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.

Partei-Angelegenheiten.

Rixdorf. Heute Freitag, abends 8 1/2 Uhr: Extra-Zahl...
Mariendorf. Heute, Freitagabend, pünktlich 8 Uhr, bei Löwenhagen, außerordentliche Mitgliederversammlung.
Alt-Hilfen. Sonnabend, den 25. Februar, abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Zahn, Rudower Str. 54: Mitgliederversammlung des Wahlvereins.

Berliner Nachrichten.

Die Stadtverordneten

Begannen gestern noch nicht mit der Beratung des neuen Stadthaushaltplans. Gegenüber dem Vorschlag des Magistrats, die Steuererlässe zu erhöhen, halten sie es für nötig, sich den Etat zunächst mal recht genau zu ansehen.
Was sonst noch auf der Tagesordnung der gestrigen Sitzung stand, wurde ohne großen Zeitaufwand erledigt. Hervorzuheben sind die Beschlüsse über die Zuwendungen an gemeinnützige und wohltätige Vereine.

Die Bevölkerung Berlins

hat in dem eben abgelaufenen Jahre 1910 sich um 12 633 Personen vermehrt. Die vom Berliner Statistischen Amt ausgeführte Fortschreibung der Bevölkerungszahl, berichtigt nach dem Ergebnis der neuesten Volkszählung, ergibt für den Jahresanfang 2 052 065 Personen, für den Jahresabschluss 2 064 698 Personen.

Der Bevölkerungszuwachs fließt in der Regel aus zwei Quellen: aus dem Ueberschuß der Geburten über die Sterbefälle und aus dem Ueberschuß der Zugzüge über die Wegzüge. In Zeiten des wirtschaftlichen Niederganges und des Mangels an Beschäftigung, wie ihn die Arbeiterklasse in den letzten Jahren erlebt hat, bleibt für Berlin aus den Zugzügen kein Ueberschuß, sondern es ergibt sich ein Ueberschuß an Wegzügen.

Table with 5 columns: Year (1906-1910), Births (including stillborn), Deaths (including stillborn), and Net Change. Shows a significant increase in births and a decrease in deaths over the period.

Nebenbei bemerkt: auch bei Vergleichung mit der Bevölkerungszahl, die ja in zweien dieser Jahre eine Abnahme aufwies, ergibt sich, daß im letzten Jahr die Minderung der Geburten keine Unterbrechung erfahren hat.

Table showing migration statistics from 1906 to 1910. Columns: Year, In-migration, Out-migration, Net change. Shows a net gain of 10,962 people in 1910.

Die Beratung über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der städtischen Arbeiter wurde in einer am Mittwoch stattgehabten Ausschusssitzung der Stadtverordneten zu Ende geführt. Zunächst wurde eine Resolution diskutiert und beschlossen, nach welcher der Magistrat ersucht wird, die einzelnen Deputationen anzuweisen, daß bei allen die Arbeitsverhältnisse angehenden Maßnahmen erst der Arbeiterausschuß gehört werden muß.

Dann ging die Beratung im Eiltempo an den übrigen Verwaltungszweigen über. Ein Versuch, den Sammarbeitern in der Parkverwaltung 15 Pf. Lohnerhöhung zu verschaffen, mißlang. Soweit es sich um das Krankenpflege- und Wartepersonal in den Heimstätten, Krankenhäusern, Irrenanstalten usw. handelt, wurde von sozialdemokratischer Seite die Erklärung abgegeben, daß auch dieses Personal dringend einer Verbesserung ihrer Lage bedürfe.

Am Schlusse der Beratung entspann sich noch eine lebhafte Debatte aus Anlaß des folgenden von unseren Genossen Glocke, Hinz, Wegke und Reid gestellten Antrages: Der Ausschuss empfiehlt folgende Beschlussempfehlung: Die Versammlung nimmt Kenntnis von der vom Magistrat vorgelegten Nachweisung über die einzelnen Kategorien städtischer Angestellten und Arbeiter gewährten Lohnzulagen.

In der Begründung zu diesem Antrage wurde dargelegt, daß die bisherige Art der Lohnfestsetzung vollkommen verfehlt sei. Das hätten auch die Ausschussverhandlungen erwiesen, aus denen so gut wie nichts für die Arbeiter herausgekommen sei. Wie in der Industrie vielfach die Löhne auf Grund von Vereinbarungen zwischen Unternehmern und Arbeitern festgesetzt würden, so müsse das auch in der städtischen Verwaltung möglich sein.

Die Treptower Einwohnerschaft gegen die Gemeindebehörden. Gegen die Forderung der Treptower nach Rixdorf wandte sich eine Versammlung Treptower Bürger, die am Mittwochabend stattfand.

Die heute im Spreegarten Alt-Treptow tagende, von über 1000 Personen besuchte öffentliche Versammlung forderte den Gemeindevorstand und vor allem die Gemeindebeordneten auf, sich auf ihre Pflicht und politische Vernunft zu besinnen und nach dem einstimmigen Willen der Gesamtbevölkerung, und nicht zum Wohle einzelner Personen, die von einer Eingemeindung nach Rixdorf einen Vorteil haben mögen, sofort und mit allem Nachdruck für eine Eingemeindung nach Berlin einzutreten.

Ein schwerer Unfall, dem ein junges Menschenleben zum Opfer fiel, machte gestern einem „Alpenfest“ im Saale des Neuen Königl. Opernhauses (Krohn) ein jähes Ende. Bei mehreren Festlichkeiten dort diente zur Belustigung und Unterhaltung der Gäste auch ein „Zeppelin“, der acht Meter hoch über der Bühne an einem Gleitschlitten auf einem Drahtseil lief.

Schöneberg kontra Charlottenburg. Zwischen der Stadt Schöneberg und den Charlottenburger Wasserwerken schweben Streitigkeiten über die Frage, ob die Charlottenburger Wasserwerke verpflichtet sind, die Kosten der Wasserrohrverlegung, welche aus Anlaß des Untergrundbahnbaues erforderlich geworden sind, zu tragen.

Die „Große Berliner“ gegen Schöneberg unterlegen. Das Schiedsgericht, das in dem Streit um die metrische Gebühr zwischen der Stadt Schöneberg und der Großen Berliner Straßenbahn zu entscheiden hatte, hat, wie wir einem hiesigen Blatte entnehmen, sein Urteil zugunsten der Stadt Schöneberg gefällt.

Der Sattler Mielke aus der Haft entlassen. Der unter dem Verdacht des Mordes an der Witwe Hoffmann in der Blumenhalbinsel 1 verhaftete Sattler Mielke ist endlich heute im Laufe des Spätnachmittags, wie wir erfahren, aus der Haft entlassen worden.

Stadtbahnkreditor treiben seit einiger Zeit wieder ihr Antwesen. Ein Berliner Tischlermeister, der etwas über den Durst getrunken hatte, wollte an der Jannowitzbrücke aussteigen, schlief jedoch ein und erwachte erst in Rahndorf.

Seinen Verletzungen erlegen ist der 29 Jahre alte Schlosser Hermann Kohnmorgen, der vor einigen Tagen auf den Vorfigerwerken in Zegel von einem Kran gegen die Wand gedrückt wurde und schwer verwundet nach dem Paul-Gerhardtsplatz gebracht werden mußte.

Ein Opfer des Sturmes ist gestern nachmittag der 8 Jahre alte Sohn des Feuerwehmanns Weingardt vom Stralauer Platz 3 geworden. Der Knabe spielte gegen 3 Uhr mit einigen Altersgenossen, die nicht bekannt sind, auf der Ladestelle des Spreuersers an der Fruchtschraße.

Explosion in einer Wäschefabrik. In Reinickendorf kam gestern mittag in der Wäschefabrik von Heinrich Thomas, Provingstr. 57, kurz vor 12 Uhr, ein mit Chemikalien angefüllter Bottich zur Explosion, wobei zwei Personen schwere Brandverletzungen erlitten.

In dem sich ein Gemisch von Chemikalien befand, das zur Verfeinerung der in der Fabrik angefertigten „Dauerwäse“ gebraucht wird. Ueber diesem Gemisch ist ein Ventilator angebracht, der die in dem Dampfkessel entwickelten Dämpfe aufsaugt und durch ein Rohr an die Luft befördert. Da der Ventilator nicht ordentlich funktioniert, so wurde er vorgestern von zwei Monteuren repariert. Es stellte sich hierbei heraus, daß sich in dem Rohr kleine Stichflammen bildeten, denen aber keine besondere Bedeutung beigemessen wurde. Als gestern die Arbeit in dem Raum wieder aufgenommen wurde, ging der Ventilator zunächst gut. Später hat er jedoch anfangs verfaßt. Kurz vor 12 Uhr hatten sich in dem Abfuhrrohr reichliche Gasansammlungen angesammelt, die von dem Ventilator nicht mehr weiter befördert wurden. Es bildete sich plötzlich eine Stichflamme, die in den Dampfkessel hineinschlug und diesen unter gewaltigem Knall zur Explosion brachte. Eine große Flamme schlug aus dem Raum, in dem eine furchtbare Zerstörung angerichtet wurde. Sämtliche Fensterheben des Raumes und auch der benachbarten Fabrikräume schlugen und flogen auf den Hof. Während der Explosion hielten sich in dem Raum zwei Mädchen auf, die mit dem Sortieren von Wäse beschäftigt waren. Beide wurden durch die Flamme schwer verletzt. Sie erlitten Brandwunden am Kopf und im Gesicht. Die Verletzten sind die 19 Jahre alte Tochter des Fabrikbesizers Thomas und die 35jährige Fabrikarbeiterin Emma Voigt aus der Buttmanstraße in Berlin. Beide wurden in die Wohnung des Besitzers geschafft, in der ihnen ärztliche Hilfe zuteil wurde. Für ihr Leben besteht keine Gefahr. Das Feuer, das durch die Explosion entstanden war, wurde bald gelöscht. Die Feuerwehr konnte sich auf die Beförderung der Aufräumungsarbeiten beschränken.

Ein schwerer Straßenbahnunfall ereignete sich am gestrigen Mittwoch nachmittags um 1/3 Uhr in der Frankfurter Allee. Dort geriet vor dem Hause Nr. 180 der vierjährige Sohn des in der Frankfurter Allee 11 wohnenden Schumanns Rühne beim Spielen mit dem rechten Bein unter den Schuttrahmen des in der Richtung nach Lichtenberg fahrenden Straßenbahnwagens 1918 der Linie 68. Dem bedauernswerten Kinde wurde der Fuß über dem Knöchel glatt abgetrennt. Der verunglückte Knabe erhielt von einem in der Nähe wohnenden Arzt Rotverwände und wurde dann nach dem Krankenhaus Friedrichshain überführt. — Dem Führer des Straßenbahnwagens soll nach Befragung von Augenzeugen an dem beklagenswerten Unfall keine Schuld treffen.

Mit Leuchtgas suchte sich gestern früh um 7 Uhr das 10jährige Dienstmädchen A. Wölling in der Wilsstr. 59 zu vergiften. Die Gefahr wurde bemerkt, Feuerwehr und Ärzte benachrichtigt. Es gelang, das Mädchen zu retten.

## Vorort-Nachrichten.

### Wilmersdorf-Palensee.

Aus der Stadtverordnetenversammlung. Die persönlichen Mißhelligkeiten zwischen dem früheren Stadtverordnetenvorsteher Herrn Dr. Leidig und dem Magistrat waren auch in der am Mittwoch abgehaltenen Sitzung wieder der Gegenstand der Unterhaltung. Der stellvertretende Stadtverordnetenvorsteher Dr. Heinitz kam auf die von Herrn Dr. Leidig aufgestellte Behauptung zurück, daß auch der Magistrat beleidigende Ausdrücke gegen ihn gebraucht habe. Nach Herrn Dr. Heinitz sind derartige Beleidigungen schon öfters Datum; sie fielen in einer Zeit, wo Dr. Beckmann noch regierte und Herr Dr. Leidig sich mit dem Amt des stellvertretenden Stadtverordnetenvorstehers zu begnügen hatte. Aus der Stadtverordnetenversammlung heraus gab man Herrn Dr. Leidig zu verstehen, daß er gut täte, mit dem „Sänsegeschnatter“ die Dessenlichkeit nicht mehr zu befechtigen; er möge seinen Konflikt mit dem Magistrat auf privatem Wege ausheilen.

Inzwischen hat dieser konsequente Vertreter großkapitalistischer Interessen sich aber bereits ein neues Kampfbild herausgesucht. Er verbündete sich mit eifrigen Hausbesitzern in der Stadtverordnetenversammlung, um gegen die beschriebenen Anfänge kommunaler Sozialpolitik, zu denen auch Wilmersdorf endlich gekommen ist, einen Angriff zu riskieren. In der unter Aufsicht des Magistrats kürzlich errichteten Seefischhalle in der Berlinerstraße 40 werden neben frischen Fischen auch Räucherfische in bester Qualität zu angemessenen Preisen verkauft, und diese angelegte Uebertretung des Wohlfahrtsprinzips hatte es den erwähnten Herren angefallen. Der Förderer jener großkapitalistischen Industriearbeiter, die so viele kleine Existenzen zur Strecke gebracht haben, gab sich als Vertreter des Mittelstandes, der vor der städtischen Konkurrenz in Schutz genommen werden müsse. Von sozialdemokratischer wie auch liberaler Seite wurde Herrn Dr. Leidig denn auch bedeutet, daß der angelegte Mittelstandsschutz nur als Vorwand diene, um die grundsätzliche Feindschaft gegen die kommunale Sozialpolitik zu bemänteln, und daß im übrigen die starke Hebung des Verkehrs, den die Seefischhalle in der Berlinerstraße bewirkt habe, zum guten Teil gerade den Geschäftsleuten in der Nachbarschaft zugute komme. Wenn in diesem Falle die um Herrn Dr. Leidig gescharte Gruppe beträchtlich in der Minderheit blieb, so hing in einer anderen Angelegenheit die Entscheidung an einem Haar. Unsere Parteigenossen hatten mit Unterstützung einiger liberaler Stadtverordneter einen Antrag eingebracht, der die Vermehrung der Bürgerdeputierten in der städtischen Wohlfahrtsdeputation zum Ziel hat. Man wollte hiermit endlich einem nur zu sehr berechtigten Wunsch des Vorstandes der Oriskrankenasse, in der Deputation vertreten zu sein, entgegenkommen. Wie bei früheren Gelegenheiten, wo der Antrag stets Widerstand gefunden hatte, so mochte Herr Leidig auch diesmal alle möglichen Einwendungen, u. a. hörte man aus seinem Munde den geschmackvollen Witz, daß schließlich auch die Fischräucherer den Anspruch auf Vertretung in einer städtischen Deputation erheben könnten. Um die Angelegenheit auf die lange Bank zu schieben, kam die Gruppe Leidig schließlich mit dem Vorschlag, die Angelegenheit zu verlagern, bis der Magistrat mit dem gelegentlich gehäuerten Plan einer allgemeinen Aenderung in der Zusammensetzung der Deputationen hervortrete. Mit wuchtigen Gründen wandte unser Parteigenosse Niedeck sich gegen diese Verschleppung der Sache. Bei der Abstimmung über den Antrag ergab sich Stimmgleichheit; die Stimme des Stadtverordnetenvorstehers Dr. Koch gab dann zugunsten des Antrages den Ausschlag. Daß aber auch der Magistrat noch recht weit von sozialpolitischer Einsicht entfernt ist, zeigte eine Anfrage unseres Parteigenossen Niedeck, ob der Magistrat bereit sei, dem Antrage des Verbandes der Maler auf Ausschaltung des Fleiweißes bei Vergütung kommunaler Arbeiten zu entsprechen. Niedeck begründete die Anfrage überzeugend mit dem Hinweis auf die außerordentlichen Gesundheitsgefährdungen, die die Verwendung des Fleiweißes unter den Malern hervorruft. In seiner Antwort behauptete Stadtbaurat Herrning, daß so lange nicht an eine Verdrückung des Vorschlages zu denken sei, als es an einem ausreichenden Erfah der Fleiweißfarben fehle. Der Stadtbaurat mußte sich aber von dem Stadtverordneten Professor Dr. Weber bedeuten lassen, daß die Erfahfarben sich in der Haltbarkeit nur noch wenig vom Fleiweiß unterscheiden; im übrigen wünschte Professor Weber, daß alle Menngefäßen von der gewerblichen Verwendung ausgeschlossen würden.

Aus den weiteren Verhandlungen erwidern wir noch, daß einem Antrage auf Einsetzung einer gemischten Deputation zur Vertretung der Angelegenheit betreffend die Vereinerung von Wilmersdorf und Schöneberg stattgegeben wurde. Desgleichen wurde eine Magistratsvorlage bewilligt, wonach 12½ Millionen Mark durch Aufnahme einer Anleihe im Wege der Ausgabe von Schuldbriefen auf den Inhaber für den Bau der städtischen Untergrundbahn beschafft werden sollen. Zum Schluß bewilligte die Versammlung die Magistratsvorlage betreffend die Auswahl eines Grundstücks für die Errichtung einer städtischen Badeanstalt.

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glöck, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts

### Charlottenburg.

Die Mitgliederversammlung des Wahlvereins hörte, nachdem sie das Andenken der verstorbenen Genossen Singer und Hamann durch Erheben von den Plätzen geehrt hatte, einen Vortrag des Genossen Simon Ragenstein über „Die Arbeiterbewegung und ihre Feinde“. An der dem Vortrage folgenden Diskussion beteiligten sich mehrere Genossen. Den Bericht von der Kreisgeneralversammlung erstatteten Reinisch und Bode.

Hierauf wurde über die vom Zentralvorstande von Groß-Berlin empfohlene Resolution zur Kaiserzeit diskutiert. Nachdem verschiedene Redner teils für, teils gegen die Resolution gesprochen hatten, wurde dieselbe doch gegen nur wenige Stimmen angenommen.

Als Delegierte zur Generalversammlung von Groß-Berlin wurden gewählt die Genossen Witt, Rosenthal, Witt, Bode, Peters, Brühmüller, Buchs, Straßberger, Kaufschütz, Kropf, Bod und die Genossin Knobbe. Ein Antrag, welcher die Schaffung eines Montagsblattes durch den „Vorwärts“ wünscht, wurde als erledigt betrachtet, da dasselbe schon zur Verbandsgeneralversammlung gestellt ist. Der Vorsitzende Witt schloß die Versammlung mit dem Erfuchen an die Anwesenden, recht rege neue Mitglieder für die Organisation zu werden.

### Lichtenberg.

Wie den Kindern der Patrietismus beigebracht werden soll, lehrt ein Vorgang in der Gemeindefabrikule, Kronprinzstraße. Dort sollen, wie und berichtet wird, den kleinen WWC-Schülern von dem Lehrer Hoffmann sogenannte Wohlfahtskarten, auf denen sich der Kaiser mit seinem ältesten Enkel befindet, zum Preise von 15 Pf. angeboten worden sein. Ist dem so, so müßte dem Lehrer einmal Vergewaltigungen geübt werden, daß der Verkauf solcher Karten nicht zu seinen Berufsbefugnissen gehört.

### Groß-Lichterfelde.

In der Mitgliederversammlung des Wahlvereins hielt Genosse Wenzel einen instruktiven Vortrag über die Reichsverfassung, speziell das Reichstagswahlrecht. Im Anschluß hieran erfolgte die Wahl des Kandidaten zur bevorstehenden Gemeindevorstandswahl im Wahlbezirk. Als solcher wurde wieder einstimmig Genosse Wenzel, Krummeier 2, nominiert, der in einer kurzen Ansprache die anwesenden Mitglieder aufforderte, energisch in den Wahlkampf einzutreten, überall zu agitieren und nichts unversucht zu lassen, um diesmal den Sieg zu erringen. Die Wahl findet im Monat März statt.

### Groß-Lichterfelde-Ost und Rantwig.

Unseren Abonnenten zur gef. Kenntnis, daß wir vom 1. März d. J. ab die Zustellung des „Vorwärts“ durch unsere Expedition besorgen lassen. Wir ersuchen deshalb, bei unserem Expeditur Bernsee, Steglitz, Schloßstr. 118, Hofl. Frau Gonz. Hochstraße 16, oder im Restaurant „Kaiserhof“, am Kranoldplatz, das Abonnement nach erfolgter Abbestellung beim jetzigen Expeditur anzumelden. Die von unserem Expeditur bezogenen Zeitungen sind nur an diesen zu bezahlen.

Die Hauptexpedition.

### Adlershof.

Die letzte Sitzung der Gewerkschaftskommission nahm zunächst den Bericht des Genossen Jabel von der Sitzung der Berliner Gewerkschaftskommission entgegen. In der Diskussion bedauerten alle Redner, daß der Vorschlag der Subkommission, Matmarken im Werte von 1 M. für Männer und 50 Pf. für Frauen anzuschaffen, nicht angenommen wurde. Für die Frauenversammlung am 19. März bei Meyer, Bismarckstr. 10, soll eine umfangreiche Agitation entfaltet werden. Der Vertreter der Bäder teilt mit, daß bei seiner Organisationsleitung Beschwerte eingelaufen sei, daß in Adlershof einige Bäder die tariflich festgesetzte Sonntagsruhe nicht innehalten. Bevor jedoch Gegenmaßnahmen unternommen werden, sollen die Beschwerten nochmals geprüft und verurteilt werden, ob dieselben nicht auf gutlichem Wege abzustellen sind. Nicht vertreten waren die Handlungsgehilfen, Labararbeiter und Zimmerer.

### Zehlendorf (Bannseebahn).

Die 300 000 M. Unterbilanz bei unserem Etat sind gerettet. Ein zufriedenes Lächeln umschwebte die Lippen unseres Oberfinanzgenies, des Bürgermeisters, als er in der letzten Sitzung der Gemeindevorstellung zum besten gab, welches er innerhalb 10 Tagen von unserer Verwaltung ausgebrütet worden ist. Man hat es außerdem noch fertig gebracht, die geplante Erhöhung der Grundsteuer nur auf 8,7 pro Tausend zu bemessen, anstatt, wie anfangs geplant war, 4,2 pro Tausend zu erheben. Den Fehlbetrag im jetzigen Etat deckt man nun durch — Ueberflüsse, die zum größten Teil genau so in der Luft schweben wie die früheren, sodann aus solchen, die man den verschiedenen Betriebsanlagen der Gemeinde betriebe entzieht, die zur Verbesserung derselben dienen sollten. Was tuts, wenn diese dadurch auch entwertet werden, wenn nur die Gnadensonne der Haus- und Grundbesitzer wieder scheint und noch recht viele dumme aber reiche Leute durch diese Gemeindepolitik nach Zehlendorf gelockt werden. — Die 1450 M. Beitrag zur Schulerweiterung für die 26 Gymnasialklassen wurden anstandslos bewilligt. Einige Bedenken regten sich bei der Reueinstellung von 1000 M. zu dem gleichen Zweck für etwa 30 Schüler der Oberrealschule. Aber die Bedenken wurden leicht beschwichtigt. Man ging schließlich über den Antrag noch hinaus und bewilligte auch hier 1400 M., so daß wir jetzt für das Rudersberggüden von etwa 40 höheren Schülern schon 2850 M. zum Fenster hinauswerfen. Das macht für den einzelnen Teilnehmer zirka 70 M., ohne den hohen Zuschuß, den die Gemeinde an und für sich für jeden höheren Schüler zu leisten hat. Beim Gymnasium hielt man es weiter für erforderlich, 300 M. zur Beschaffung von physikalischen Apparaten und 340 M. Extrahonorar für den den Unterricht erteilenden Oberlehrer zu bewilligen. Gegen diese Position war mit Recht eingewendet worden, daß der Physikunterricht, da er nur fakultativ eingerichtet werden soll, nach der Einrichtung des Lehrplanes am Gymnasium nicht zu tun habe, und daß die Schüler, die sich in der Physik unterrichten wollen, dies ja durch Privatunterricht tun können. Das zog natürlich bei unserer Gemeindevorstellung nicht, auch nicht der Hinweis, daß es ungerecht ist, die Mittel der Gesamtheit für die Privatinteressen einiger höherer Schüler flüssig zu machen. Konnte man aber solche Privatsachen stundenlang debattieren, so verfiel die Rede bei der Volksschule vollständig. Damit ist natürlich nicht gesagt, daß sie über jede Kritik erhaben ist. Die ärztliche Untersuchung an der Schule liegt sehr im argen, da sie nebenamtlich gegen geringe Vergütung ausgeübt wird. Für zahnärztliche Untersuchungen sind nur 500 M. eingestellt. Dafür ist natürlich nicht viel zu leisten. Dessenfällige Berichte über den Gesundheitszustand an unseren Schulen gibt es nicht. Ueberhaupt ist die Berichterstattung über die Volksschule verpönt. Wohl kam zur Sprache, daß der Rektor einen Bericht eingereicht habe, aber wie der ausfiel und was darin steht, darf die Zehlendorfer Dessenlichkeit nicht interessieren. Gehört wurde an dem erst so gefährdeten Etat nur die für die Regenentwässerungsanlage eingestellten 15 000 M. bis auf 12 000 M. Von vorigen Jahre waren 3000 M. von dieser Position nicht verausgabt worden, die der Bürgermeister denn auch retten wollte, um die 15 000 M. wieder herzustellen. Aber die Vertretung blieb fest. Sie hofft, den Vorrat dadurch zur Verminderung seiner Beamtenzahl zu zwingen. Das ominöse Lächeln, das der Baurat bei diesen Darlegungen zur Schau trug, läßt erwarten, daß sich die Vertretung auch hier gründlich geizt hat. Das Bouamit unseres Ortes wird auch fernerhin 1/2 mehr Beanspruch haben, wie das neunmal größere Schöneberg und 1/4 mehr, wie das viermal größere Friedenau.

Eine besondere Methode, den Arbeitern das Geld aus der Tasche zu locken, wendet der hiesige Pastor Kaiser an. Der Herr hat, wie man uns berichtet, in der Konfirmandenstunde die Konfirmanden aufgefordert, Beiträge für den Gustav-Adolf-Verein mitzubringen, mindestens jeder 10 Pf. Mit dem Sammeln der Gelder beauftragte er den Ersten der Klasse, der ihm den Gesamtbetrag dann überbringen soll. Ist sich denn Herr Kaiser nicht darüber klar,

daß er hier einen ganz unberechtigten Gewissenszwang ausübt? Unter den Vätern der Konfirmanden hat dieses Vorgehen starke Aufregung hervorgerufen. Sie sagen, und mit Recht: Will der Herr Pastor für einen ihnen gleichgültigen Zweck Beiträge sammeln, dann soll er es selbst tun und zu den Eltern der Kinder gehen, nicht aber durch die Kinder das Geld beizutreiben suchen.

### Pankow.

Unter dem Verbaht der Brandstiftung ist der Kohlenkastenfabrikant Max Jähldorf verhaftet worden. In der Nacht zum 22. d. M. kam, wie wir mitteilten, im dritten Stock des Hauses Schulgestr. 21 ein Feuer aus, das schnell um sich griff, mehrere Leute in Gefahr brachte und erst nach längerer Arbeit der Wehr gelöscht werden konnte. Nach dem Befund mußte angenommen werden, daß der Brand böswillig gelegt worden war. Die Nachforschungen der Kriminalpolizei lenkten den Verdacht auf Jähldorf, dessen Frau von ihm getrennt im dritten Stock des Hauses wohnte und von deren Wohnungstür aus das Feuer um sich gegriffen hatte. Während Jähldorf behauptet, daß er in der kritischen Zeit bei einem Fuhrherrn in der Weichstraße zu Niederschönhausen auf dem Heuboden geschlafen habe, bekundeten zwei Zeugen, ihn kurz vor dem Brande in dem Hause gesehen zu haben. Die Untersuchung muß erst ergeben, ob Jähldorf der Brandstiftung schuldig ist.

### Neiniedendorf-Ost.

In der fast besuchten Mitgliederversammlung des Wahlvereins referierte Genosse Vied über „Schule, Kirche und Sozialdemokratie“. Hierauf erhaltete Genosse Köhn Bericht über Vorstimmnisse in der Gemeindevorstellung des Ortes. Nicht viel erfreulich war es, was er den Versammelten von den zähen Kämpfen unserer Genossen im Dorparlament berichten konnte. Die fast völlige Sterilität der bürgerlichen Mitglieder der Gemeindevorstellung einerseits und die Arge, wenn auch durch langjährige Sünden der Mehrheit der Gemeindevorstellung selbst verhäuldeten Finanzklemme der Gemeinde andererseits erschweren unseren Genossen das positive Arbeiten in sozialer Hinsicht außerordentlich. Wenn schließlich doch hin und wieder einiges erreicht würde, ist es dem Umstände zu verdanken, daß eine dicht vor den Toren Berlins gelegene Gemeinde nicht gar zu sehr gegenüber ihren Schwestern zurückbleiben darf, wenn sie nicht in völliger Einsamkeit unbeachtet das Dasein einer Provinzlerin führen will. Das leiden aber die Grundbesitzer nicht; denn dabei kann deren Grundrente nicht steigen. So sei einiges erreicht worden, die Mehrzahl unserer Forderungen aber seien noch zu erfüllen. Vorläufig sind sie für die Gemeindevorstellung noch — Geluda. In der Diskussion brachte der Genosse Ande6 noch einige recht arge Sünden der hiesigen Gemeindevorstellung zur Sprache und verlangte, daß unsere Genossen in der Gemeindevorstellung für deren Abstellung Sorge tragen. Der Genosse Köhn hat die Genossen in seinem Schlusswort noch der Kommunalpolitik erhöhte Aufmerksamkeit zu widmen. Unter Vereinsangelegenheiten beschloß die Versammlung nach längerer Debatte den Ausschluß eines Genossen zu beantragen.

Dem Beschluß des Zentralvorstandes bezüglich des zu bildenden Raifonds stimmte die Versammlung zu. Zum Schluß verteilte der Vorsitzende auf den am Montag, den 27. Februar, bei Sadau stattfindenden Frauenleseabend, der sich mit den Frauen ganz besonders interessierenden Abschnitten aus der Reichsversicherungsordnung, der „Mutterkassette“ wie auch der Witwen- und Waisenversicherung, beschäftigen wird.

### Spandau.

An minderbemittelte Einwohner, das heißt solche, die Armenunterstützung beziehen, soll unentgeltlich Land zur landwirtschaftlichen oder gärtnerischen Ausnützung von der Stadt abgegeben werden. Der „Vorwärts“ hatte über diese Angelegenheit vor längerer Zeit auch berichtet. Man ist der Sache jetzt näher getreten und hat bereits Land am Hohenjohannring nahe der Landesturnanstalt und in der Wilhelmstadt in Aussicht genommen.

Wenn man den armen Leuten neben ihrer Armenunterstützung solches Land und auch die dazu gehörigen Gerätschaften sowie Ausstattung unentgeltlich zur Verfügung stellt, wäre absolut nichts dagegen einzuwenden. Aber es sieht zu befürchten, daß man die Grundstücke aus diesen Gärten den armen Leuten auf die Armenunterstützung und zwar ziemlich hoch in Anrechnung bringt und die Armenunterstützung kürzt. Dagegen müßte entschieden Einspruch erhoben werden.

Der von der Stadtverordnetenversammlung beschlossene Erweiterungsplan der Straßenbahn nach Rixendamm und Gertenfelde wird nach dem Kostenaufschlage etwa 350 000 M. inkl. der durch den vergrößerten Verkehr bedingten Vermehrung der Betriebsmittel erfordern. Die Bewilligung des Geldes wird die Stadtverordnetenversammlung in einer der nächsten Sitzungen zu beschließen haben, da mit den Gleisbauten bereits im Frühjahr begonnen werden soll. Es werden sich dadurch sicher auch die Betriebseinnahmen erhöhen.

### Falkenhagen-Seegefeld.

Dem Kosigänger des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie, dem „Spandauer Tageblatt“ scheint es offenbar unangenehm zu sein, daß die Sozialdemokratie nun auch am hiesigen Orte erfreuliche Erfolge verzeichnen kann. Das Blatt nennt unsere vorgestrichle Notiz ein Remonieren und meint, es scheint fast, als wenn sich die Sozialdemokratie durch solche Berichte Mut machen wolle. Dieser sache Witz des fast unter Ausschluß der Dessenlichkeit erscheinenden Blattes wirkt um so komischer, als in derselben Nummer und zwar auf derselben Seite sich ein Reichsverbandesartikel befindet, in dem gegen den immer drohenden inneren Feind zum Sturm gelassen wird.

### Witterungsübericht vom 23. Februar 1911, morgens 8 Uhr.

Ort	Barometer Höhe mm	Wind- richtung	Windstärke	Wetter	Temp. in 1 m Höhe Celsius	Stationen	Barometer Höhe mm	Wind- richtung	Windstärke	Wetter	Temp. in 1 m Höhe Celsius
Berlin	754,5	SW	3	bedeckt	5	Charlottenburg	754,5	SW	3	bedeckt	5
Brandenburg	755,5	SW	5	wolkig	5	Potsdam	755,5	SW	5	wolkig	5
Frankfurt	758,5	SW	3	bedeckt	5	Stettin	758,5	SW	3	bedeckt	5
Hamburg	760,5	SW	3	bedeckt	5	Magdeburg	760,5	SW	3	bedeckt	5
Wien	767,5	SW	2	wolkig	6						

Wetterprognose für Freitag, den 24. Februar 1911.  
Mild, zunächst vorwiegend trübe mit Regenschauern und starken westlichen Winden; später zeitweise aufklarend.

Berliner Wetterbureau.

### Wasserstands-Nachrichten

Wasserstand	am		am	
	22. 2.	21. 2.	22. 2.	21. 2.
Wemel, Elbe	—	—	—	—
Wegeln, Elbe	158'	+11	144'	+10
Wegeln, Elbe	272'	+20	245'	+5
Ober, Elbe	393'	-154	300'	-82
Wegeln, Elbe	294'	+11	262'	+9
Wegeln, Elbe	294'	+28	262'	+9
Wegeln, Elbe	150'	+18	133'	+17
Wegeln, Elbe	102'	+20	82'	+20
Wegeln, Elbe	104'	+10	94'	+10
Wegeln, Elbe	229'	-41	205'	+55
Wegeln, Elbe	162'	+8	155'	-27
Wegeln, Elbe	319'	-46	314'	+36
Wegeln, Elbe	247'	-43	214'	-17

+) bedeutet Wuchs, — Fall, — \*) Unterpegel, — \*) Eisstand, \*) eisfrei, — \*) Eisbedeckung, — \*) am 22. um 1 Uhr nachts höchste Wasserstand; 167 cm. — Der Wasserstand der Ober-Elbe ist nach telegraphischer Meldung bis heute vormittag am Pegel Rathor auf 340 cm gesunken. Auch die Elbe hat jetzt Hochwasser, das voraussichtlich unter dem Mittelhochwasser bleiben wird.

Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.